Nr. 132 — Halle (Saale), Mittwoch den 10. Juni 1914 — 25. Jahrg.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Bezugspreis monatl. 60 Pf. frei ins Haus, durch die Post vierteljährlich 1.66 Mark ohne Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), monatlich 10 Pfennig.

Schriftleitung: Harz 42/43. Fernsprecher 888. Sprechstunde: werktags von 12—1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigengebühr beträgt für die Gespaltene Kolonelzeile od. deren Raum 30 Pf., für auswärtige Anzeigen 25 Pf., Anzeigen unter dem Textteil die Zeile 75 Pf.

Anzeigen für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags 9½ Uhr in der Geschäftsstelle aufgegeben sein.

Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/43. Fernsprecher 1047. Geöffnet: werktags ununterbrochen von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Volksschullehrer und Arbeiter.

Abg. Gen. Heinrich Schulz schreibt uns:

Drei Gegenstände von recht verschiedener Art haben die deutschen Volksschullehrer auf ihrer soeben beendeten Pfingsttagung in Kiel erörtert: die nationale Einheitsschule, die pädagogische Wissenschaft und die Gefahr einer Veräußerlichung der Schularbeit. Aber durch alle drei Erörterungen, durch die Referate wie durch die Diskussionen, zog sich wie ein roter Faden die starke Sehnsucht der Lehrer nach einer Hebung ihres Standes und ihrer Arbeit.

In dieser Sehnsucht äußert sich ein gesunder proletarischer Instinkt, in dem zugleich ein Stück Wesensverwandtschaft der deutschen Volksschullehrer mit den deutschen Arbeitern zum Ausdruck gelangt. Beide sind jahrhundertelang unterdrückt worden, beide sind von den Nutznießern dieser Unfreiheit über die Achsel angesehen worden, beide haben mit zäher Energie um ihre Anerkennung gekämpft, beide müssen sich noch Tag für Tag ihrer zahlreichen Feinde erwehren.

Doch nein! In dem letzten Punkte ist schon eine Gleichheit nicht mehr zu erkennen, wie sie in manchen anderen Dingen von vornherein nicht vorhanden gewesen ist. Die Lehrer sind nicht wie die Arbeiter durch die wirtschaftliche Entwicklung in knapper Zeitspanne aufgerüttelt und zusammengeschweißt worden. Die Lehrer waren als einzelne verstreut über das ganze Land und die demütige Abhängigkeit des einzelnen Schulmeisterleins von dem großen „Herrn" hinderte lange die Koalition. Als sie aber endlich nach vielen Mühen zustande gekommen war, fehlte ihr der richtige Geist. Das trotzige Klassenbewußtsein der modernen Arbeiter haben die deutschen Volksschullehrer bis heute noch nicht empfunden. Dazu fühlten sie sich immer zu sehr als „Beamte", die schwer an der Verantwortung für das Ganze zu tragen und deshalb stets die eigene Ueberzeugung den Staatsnotwendigkeiten zum Opfer zu bringen hatten. Die tapfere und soziologisch einzig richtige Doktrin der Arbeiterklasse, daß dieser „Staat" keineswegs ein über den Parteien, Ständen und Klassen stehendes und alle mit gleicher Liebe umfassendes ideales Wohnhaus ist, sondern nichts anderes als eine Trutzburg der jeweils herrschenden Klasse zur Unterdrückung der anderen, eine Doktrin, die allein den Unterdrückten die Möglichkeit eines rücksichtslosen und befreienden Kampfes bietet, sie ist den deutschen Volksschullehrern bis zur Stunde fremd und beängstigend geblieben. Sie sehen darin vielmehr etwas Schlimmes, Ungeheuerliches, etwas, das sich mit dem „Diensteid" nicht verträgt. Solange aber die Lehrer freiwillig solche Fessel tragen, werden sie trotz aller tapferen Worte die Sache ihrer inneren und äußeren Befreiung wenig fördern.

Gewiß sind die Lehrer allmählich ein gutes Stück vorwärts gekommen. In vielen Dingen sogar viel weiter als die Arbeiter! Auf den wichtigsten Arbeiterkongressen sucht man vergeblich nach dem Vertreter irgendeiner Behörde. Nur der Schutzmann thront irgendwo oben, damit dem Staat kein Schad' geschieht. Bei den Lehrerkongressen aber wächst von Jahr zu Jahr die Zahl und die Feierlichkeit der Behörden, die zur Begrüßung der deutschen Volksschullehrer erscheinen: Kultusminister, Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Bürgermeister, dieses Mal sogar Admirale! Gerade der schlaue Tirpitz, der für seine Marine aus allen Blüten Honig zu saugen sucht, hat sich die erdenklichste Mühe gegeben, den Lehrern den Aufenthalt in Kiel und bei seiner Marine so angenehm als möglich zu gestalten. Er weiß warum! Die Früchte seiner gastfreundlichen Politik wird er gelassen abwarten.

Aber gerade da, wo die Lehrer den Arbeitern scheinbar weit voraus sind, haben sie es auf Kosten ihrer idealen Ziele getan. Diese scheinbare Stärke der Lehrer ist in Wirklichkeit ihre Schwäche. Was die Volksschullehrer fordern, wonach die leidenschaftliche Sehnsucht ihrer Besten immer wieder stürmisch verlangt, das ist nie und nimmer in Güte und Liebe von den herrschenden Klassen zu erreichen. Wenn die Lehrer sich auf ernste und zeitgemäße Reformen einigen, wenn sie sich zu den freiheitlichen und sozialistischen Schulforderungen Comenius' und Pestalozzis bekennen, wenn sie sich um die flatternde Sturmfahne der demokratischen Schulpolitik Diesterwegs scharen, so werden sie sehr bald erkennen, daß außer einigen Idealisten aus dem bürgerlichen Lager nur noch die kämpfende Arbeiterklasse hinter ihnen steht. Nicht der Lehrer wegen, auch nicht aus irgendwelcher übelangebrachter Sentimentalität heraus, sondern weil jeder wirkliche Fortschritt der Schule zunächst und unmittelbar nur der Arbeiterklasse zugute kommt, und weil wiederum die Arbeiterklasse allein, sowohl um ihrer selbst als auch um ihrer hohen gesellschaftlichen Kulturziele willen, das stärkste Interesse an jeder wahrhaften Schulreform hat. Dabei beschränkt sie sich nicht nur auf die Bekundung dieses Interesses, sondern sie schreitet zu entschiedener Tat, wo immer sich nur die Gelegenheit bietet. Umgekehrt aber versagen alle bürgerlichen Parteien in den Fragen der Schulreform; selbst die liberalen Parteien bequemen sich immer erst dann zu bescheidenem Weitergehen, wenn sie der Druck der hinter ihnen stehenden und drängenden Arbeiter dazu zwingt.

Wenn also die Lehrer die „gute Gesinnung" und die Hoffähigkeit über die Kampfesbereitschaft stellen sollten, so wird die Verwirklichung all der schönen Forderungen, die sie in ihren Resolutionen formulieren, in immer weitere Ferne gerückt.

Die Kieler Tagung läßt erkennen, daß noch immer die zwei Seelen in der Brust der deutschen Volksschullehrerschaft miteinander ringen. Die vorsichtige Leitung will oben nicht anstoßen und gibt sich Mühe, das Schiff der Verhandlungen um gefährliche Klippen herumzusteuern. Aus der Mitte der Versammlung heraus aber und in den Reden erklingt's zeitweise recht resolut, angriffslustig und zukunftsfroh. Der Rede Kerschensteiners über die nationale Einheitsschule können wir gewiß nicht in allen Punkten zustimmen — es fehlt dem liberalen Reichstagsabgeordneten für München doch noch manches zum Sozialisten —, aber alles in allem war sie doch ein offenes und freudiges Bekenntnis zur einheitlichen Schulorganisation, die alle Kinder des Volkes einschließt und die notwendige und nützliche Differenzierung nur von Begabung und Neigung, nicht vom Geldbeutel des Vaters abhängig macht. Die Kieler Lehrerversammlung hat sich einstimmig zu diesen Anschauungen bekannt und ist damit erfreulicherweise ein gutes Stück über frühere Beschlüsse, die bei der sogenannten allgemeinen „Volksschule" stehen blieben, hinausgegangen.

Der energische Wunsch der Lehrer, die Pädagogik als vollgültige Wissenschaft anerkannt zu sehen und sie in den Mittelpunkt der Lehrerbildung zu stellen, findet gleichfalls unsere volle Billigung, und ebenso unterstützen wir grundsätzlich das starke Bestreben, die Schularbeit vor Veräußerlichung zu schützen, wenn wir auch weder den Referenten noch den Diskussionsrednern in allen Einzelheiten zustimmen können. Hier gab es manche Unklarheit über das, was unter Aeußerlichkeit und Innerlichkeit zu verstehen ist. Das beste Wort sagte hierzu der Hamburger Lehrer Köster, der für die Schularbeit zwar die Autorität anerkennen will, aber nur die Autorität des besseren Könnens, der größeren Erfahrung und des größeren Wissens; die hergebrachten Autoritäten, die „sich auf Gewalt und Macht stützen", und die heute gerade am meisten zur Veräußerlichung der Schularbeit beitragen, schob Köster mit kräftiger Armbewegung aus dem Wege.

Es wäre zu wünschen, daß die deutschen Volksschullehrer nicht nur in vereinzelten Personen und gelegentlichen Redewendungen, sondern als machtvolle Berufsorganisation, der 130 000 Lehrer und damit fast alle Lehrer Deutschlands angehören, bald die Kraft gewönnen, im frischen und fröhlichen aber auch im harten und unnachgiebigen Kampfe allen schulfeindlichen Autoritäten, die „sich auf Gewalt und Macht stützen", Schulter an Schulter mit der kämpfenden Arbeiterklasse zu Leibe zu rücken. Damit würden die Lehrer sich selbst, der Schule und der Gesamtheit die besten Dienste leisten!

Abschreckungs-Justiz.

Die sogenannten Charlottenburger „Denkmalsschänder" wurden wegen Anbringens von ein wenig roter Farbe an einem Stein zu insgesamt fünf und ein halb Jahren Gefängnis verurteilt.

Es lebe die preußische Gerechtigkeit! Sie hat zur Wirklichkeit gemacht, was die nationalen und patriotischen Hetzblätter forderten. Die preußische Justiz hat ungeheuerliche Gefängnisstrafen diktiert an Leute, die einen dummen Streich begingen, der niemand beschädigt, durch den nur ein steinernes Denkmal mit ein wenig Farbe bemalt wurde. Aber die Farbe war rot und die Buchstaben lauteten: „Rote Woche" — und die Maler waren Arbeiter, keine Studenten! Dadurch wurde die Sache von den betriebsamen Arbeiterfeinden von vornherein als eine — „politische" abgestempelt, für die die — Sozialdemokratie die Verantwortung trage. Diese künstlich vorbereitete Atmosphäre sollte bis in den Gerichtssaal wirken, das war das heiße Streben aller Gegner der Sozialdemokratie. Und nun hat das Gericht ein solch hartes Urteil gefällt, das geeignet ist, innerliche Empörung auszulösen.

Wir haben von vornherein betont, daß wir solche Streiche auf das schärfste verurteilen. Das ist überall in der Sozialdemokratie selbstverständlich. Wir können niemals Beschmutzungen öffentlicher Denkmäler dulden, seien diese „Kunstwerke" auch so öde und unkünstlerisch wie die üblichen Hohenzollerndenkmäler. In der Tat hat die Sozialdemokratie auch in dem Charlottenburger Falle vollkommen reine Hände gehabt. Der Täter war niemals Mitglied der Partei und die andern waren in keinen Parteiämtern und haben noch viel weniger im Auftrage irgendeiner Parteiinstanz gehandelt. Im Gegenteil, die Parteileitung hat diese Streiche entschieden verurteilt. Solche Art der „Werbung" nutzt nicht der Partei, sondern schadet ihr. Also: die Partei hat diesen Denkmalsbemalern ob ihrer Dummheit zu zürnen.

Aber trotz alledem muß man feststellen, daß das verhängte Urteil denn doch alles übertrifft, was man selbst in Preußen für möglich halten konnte. Ein und ein halbes Jahr Gefängnis für das Anmalen von zwei Worten an einem toten Stein! War das bisher erhört? Und die gleiche Strafe dem, der den Farbtopf hielt! Dasselbe Strafmaß auch noch dem, der aufpaßte! Ein weiteres volles Jahr dem Wirte, der die Farbe hergab! In der Tat, das ist preußische Justiz!

75 Mark hat es gekostet, den Stein wieder blank zu machen. Nun, diese Summe wäre als Strafe angemessen gewesen, das hätte man gelten lassen können. Aber 5½ Jahre Gefängnis!

Freilich: der tote Sockelstein trägt eine zwar ebenso tote Figur, aber eine Figur, die einen früheren Hohenzollern darstellen soll. Hier liegt der Schlüssel zum Verständnis des Urteils. Das Bemalen mit Farbe ist nichts als eine Albernheit. Aber der Stein! Der entscheidet. Und dann die Klasse der Angeklagten. Man denke nur einmal an die Streiche der Studenten! Welche Roheiten, Rüpeleien und Skandale sind nur in letzter Zeit allein in Halle von den gebildeten und wohlhabenden Herrchen verübt worden! Freilich waren die Objekte hier keine Kaiserdenkmäler, überhaupt keine toten Steine, sondern oft lebendige Denkmäler, Menschen, die angepöbelt, gekränkt und angeschmutzt wurden. Doch da hört man nicht von 1½ Jahren Gefängnis, sondern von höchstens 75 Mk. Geldstrafe. Patriotischer Denkmalsschutz dünkt der preußischen Gerechtigkeit wichtiger als einfacher Bürgerschutz.

Die Arbeiterklasse lernt auch aus diesem Berliner Urteil. Das Vertrauen zu einer über den Parteien stehenden Justiz ist bis auf den Nullpunkt gesunken. Das Urteil soll abschreckend wirken! Ja, das wird es; — es schreckt die Arbeiterklasse immer mehr von der bürgerlichen Klassengesellschaft und ihrer Rechtsprechung ab. Und das ist der einzige Weg für sie zur dereinstigen Herbeiführung besserer Zustände.

Verhandlungsbericht.

P. B. Berlin, 8. Juni 1914.

Angeklagt waren der Arbeiter Linke, die Schlosser Göpfert und Kuhls, sowie Gastwirt Rau wegen Vergehens gegen den § 304 des Str.-G.-B. bezw. wegen Beihilfe. An 14 Stellen des Kaiser-Friedrich-Denkmals auf dem Luisenplatz in Charlottenburg waren die Worte „Rote Woche" mit roter Farbe angeschrieben.

Der Angeklagte Linke bekannte sich schuldig, diese Worte angeschrieben zu haben. Auf die Frage des Vorsitzenden, wie er dazu gekommen sei, gibt er folgende Darstellung: Am Vormittag des 10. März war er in der Gastwirtschaft des Gastwirts Rau und spielte Billard. Er hatte vorher zu dem in der Gastwirtschaft stattfindenden Rosenfest Sträuße geholt. Bei seiner Anwesenheit in der Gastwirtschaft hörte er, daß an dem Abend ein Extragalabend der sozialdemokratischen Partei stattfinden sollte. Da er nicht Mitglied der sozialdemokratischen Partei sei, habe er sich darum nicht weiter gekümmert. Nach dem Zahlabend, es mag gegen 11 Uhr gewesen sein, und die Teilnehmer am Zahlabend waren bereits fortgegangen, sagte der Angeklagte Kuhls zu einem ihm Unbekannten, sie wollen nach dem Luisenplatz gehen. Der Grund hierfür wurde nicht gesagt. Erst später wurde er aufgefordert, mitzukommen. Wer das zu ihm gesagt hat, könne er mit Bestimmtheit nicht angeben. Hierbei hörte er auch, es sollten die Worte „Rote Woche" an das Kaiser-Friedrich-Denkmal geschrieben werden. Rau hat ihn gefragt: „Na, Rudolf, geht auch mit?" Er erklärte sich dazu auch bereit. Wer ihn dazu veranlaßte, weiß er nicht; er hatte ziemlich viel getrunken und war sich über sein Handeln nicht mehr klar. Am Tage hatte er für Rau in dessen Auftrag für 10 Pfg. Anilinfarbe geholt. Er glaubte, daß diese für Plakate sein sollte, da er für Rau schon einige Plakate, die zu dessen Geschäftszwecken dienten, gemalt hatte. — Vors.: Wer wollte die Zettel mit der Aufschrift „Rote Woche" ankleben? — Angeklagter: Das weiß ich nicht. — Vorsitzender machte darauf aufmerksam, daß die heutigen Angaben des Linke von früheren Vernehmungen erheblich abweichen. Der Angeklagte erklärte, daß er nicht seine eigenen Beobachtungen wiedergegeben habe, sondern nur das, was er vom Hörensagen kenne. Nach seiner Meinung haben alle in dem Lokal anwesenden Gäste von dem Plan, die Schrift an dem Denkmal anzubringen, gewußt. Keiner habe das Gefühl gehabt, sich strafbar zu machen. Ob Kuhls mitder dabei war, weiß er nicht.

Angeklagter Göpfert gibt zu, Zettel angeklebt zu haben. Er ist mit Rau als ehemaligen Werkstattsfollegen bekannt. Zur fraglichen Zeit war er arbeitslos und hat sich häufiger in der Gastwirtschaft bei Rau aufgehalten. Mitglied der sozialdemokratischen Partei war er zur Zeit nicht mehr. Kuhls habe ihn gefragt, ob er Farbe habe. Er erwiderte, diese für seine Laube gebrauchen zu wollen. Später sei er von Kuhls eingeladen worden, mit nach Charlottenburg zu kommen. (Das Lokal von Rau liegt an der Moabiter Grenze.) Sie besprachen auch, über den Luisenplatz zu gehen. Auf dem Wege dahin sind sie noch in einer Gastwirtschaft in der Uhlandstraße gewesen. Göpfert behauptete noch, von keinem Menschen aufgefordert worden zu sein, das Denkmal zu bemalen. Von Bemalen sei überhaupt keine Rede gewesen. (In der Voruntersuchung soll er angegeben haben, von Kuhls dazu aufgefordert zu sein.) Auf den Widerspruch der beiden Aussagen aufmerksam gemacht, erklärte er, daß in der Voruntersuchung bei dem Richter oder dem Polizeikommissar unbedingt ein Irrtum vorgeherrscht haben müsse. Bei dem Denkmal angekommen, habe ihn Linke aufgefordert, den Farbentopf — einen Blumenuntersatz — zu halten, da er Farbe zurecht machen wolle. Dieser Aufforderung kam er nach. Was dann geschehen sei, wisse er nicht, da er dann fortgegangen sei.

Angeklagter Kuhls gibt an, erst nach der zur Anklage stehenden Affäre zum Bezirksführer des Wahlvereins von seinem Bezirk gewählt worden zu sein. Nach dem Zahlabend saß er noch in dem allgemeinen Schankraum bei einem Glase Bier, ein für ihn sehr seltenes Vorkommnis. Er hörte dabei, wie an

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140610-10/fragment/page=0001

anderen Tischen erzählt wurde, daß noch Personen nach dem Kaiser-Friedrich-Denkmal gehen wollten. Der Zweck wurde nicht besprochen. Den Angeklagten Linke habe er vordem nicht gekannt. Die Behauptung, er hätte den Linke aufgefordert, die Worte „Rote Woche" an das Denkmal zu schreiben, sei widersinnig, da er doch dann keinen Unbekannten aufgefordert hätte. Vielmehr hatte er die Absicht, festzustellen, ob überall die Zettel angeklebt worden seien. — Vom Vorsitzenden wird auch dieser Angeklagte darauf aufmerksam gemacht, daß er in früheren Vernehmungen anders als jetzt ausgesagt habe. Den Widerspruch erklärte er dadurch, daß er in seiner Aufregung der Vernehmung nicht richtig folgen konnte. Er sei in Sorge um seine Familie, die aus Frau und fünf unmündigen Kindern besteht, gewesen, und durch die mit der Sache verbundenen Aufregungen vollkommen irritiert worden. Tatsache sei, daß er nicht am Denkmal war und auch nicht „Schmiere gestanden" habe. —

Angeklagter Rau bestreitet, von einem Plan, das Denkmal zu beschmieren, gewußt zu haben. Er hatte an dem fraglichen Abend in seiner Wirtschaft viel zu tun. Seine Frau war nicht anwesend, so daß er allein die Gäste bedienen mußte. Auf die im Vereinszimmer gepflogene Unterhaltung habe er nicht geachtet, da er vor allen Dingen seine geschäftlichen Obliegenheiten erfüllen mußte. Linke habe ihr um Farbe und Spiritus gebeten. Den letzteren habe er ihm in einer Medizinflasche verabfolgt und dann habe er ihm auch noch, da er keine Farbe mehr hatte, 10 Pf. gegeben, damit er solche kaufen könne. Er habe nicht danach gefragt, was Linke damit machen wollte. Gegen ½12 Uhr hörte er, daß einige Gäste nach dem Luisenplatze gehen wollten. Dabei fragte er Linke: „Rudolf, du gehst auch mit?" Das war mehr in Frageform geschehen, keineswegs konnte das eine Aufforderung zum Mitgehen sein. Linke und auch die anderen folgten nicht, daß sie zum Denkmal gehen und dieses bemalen wollten. Wer den Gedanken ausgeprägt oder angeregt hatte, weiß er nicht. Erst aus der Zeitung habe er gesehen, was passiert war.

Zeuge Westerweller: An dem fraglichen Abend sei er von 8—10 Uhr in der Gastwirtschaft von Rau gewesen und habe Karten gespielt. Von Linke habe er die Aeußerung gehört, daß er noch zum „Luisendenkmal" gehen müsse, bezw. daß Linke mit Göpfert dorthin müsse. Linke habe dabei die Bemerkung gemacht, daß er vielleicht morgen schon in Moabit sei. Wer mitgegangen sei, wisse er nicht. Gegen 12 Uhr kam seine Frau und Frau Rau aus der Gefangstunde. Nach seiner Meinung müsse Rau gewußt haben, daß das Denkmal bemalt werden sollte. Einige Tage später ging Linke mit ihm an dem Denkmal vorbei, dabei sagte ihm dieser, er (Linke oder Göpfert — bestimmt kann das der Zeuge nicht mehr angeben — habe die Farbe und den benutzten Pinsel ins Wasser geworfen. Weiter sagte ihm Linke: Wer etwas aussagt, wird unschädlich gemacht. Linke gab auch noch ein Gespräch wieder, wonach Göpfert gesagt habe: Wenn etwas herauskommt, so liege genügend Geld bereit, um die Betreffenden ins Ausland zu bringen. — Göpfert sowohl wie Linke bestreiten, jemals diese oder ähnliche Aeußerungen getan zu haben. Göpfert habe im Gegenteil vor der falschen Auffassung gewarnt, daß für solche Dinge Geld beschafft werden würde oder könnte. — Verteidiger Justizrat Sonnenfeld fragt den Zeugen Westerweller, ob er oder seine Frau die Anzeige erstattet habe. Verschiedene Anzeigen sprechen sehr deutlich dafür. Zögernd verneinte der Zeuge die Frage.

Zeuge Rosenberg ist mit einigen Bekannten bis zum Denkmal mitgegangen, wo er sich dann von diesen trennte. Gesehen hat er nicht, daß jemand Farbe hatte. Sie haben einen Rundgang in Charlottenburg gemacht, um zu sehen, wo überall Zettel angeklebt seien. Er habe nichts davon gehört, daß das Denkmal bemalt werden sollte. Ebenso hat er nicht gesehen, daß Rau dem Linke Farbe gegeben habe. — Rosenberg wird nicht vereidigt.

Magistratsbaurat Walter berichtet, daß insgesamt 75 Mark für Beseitigung der Aufschriften ausgegeben worden sind.

Sachverständiger Dr. Brüning sagt aus, daß es relativ einfach war, den Farbstoff vom Denkmal zu entfernen. Es sei auch nicht anzunehmen, daß sich der Farbstoff am Denkmal wieder bemerkbar macht.

Damit war die Beweisaufnahme geschlossen. — Der Staatsanwalt führt aus: An 14 Stellen sei das Denkmal, ein Kunstwerk, von frevelhafter Hand besudelt worden. Das Anbringen der Inschrift sei beleidigend, besonders für jeden nationalen Mann. Es kommt nicht darauf an, daß die Inschrift beseitigt werden konnte. Es wirke beschämend, daß die Angeklagten ihre früheren Aussagen zurücknehmen. Sicher ist, daß Linke als Werkzeug gedungen worden sei, um die Schrift anzumalen. Die Angeklagten haben sich noch zu ihrer Tat Mut angetrunken. Bei den Angeklagten liege ein bewußtes und gewolltes Zusammenwirken vor. Kuhls sei der Leiter gewesen und habe die anderen zur Tat angespornt. Bei Rau sei nicht anzunehmen, daß er Linke zu der Tat angestiftet hat. Sicher aber hat er von dem Plane gewußt. Er sei der Beihilfe schuldig. Die Triebfeder zu dieser Tat sei parteipolitischer Fanatismus. Im Interesse der öffentlichen Ordnung und Sicherheit sei ein hohes Strafmaß geboten. Das Urteil müsse abschreckend wirken. Angebracht wäre die Höchststrafe von drei Jahren Gefängnis. Wenn er diesen Antrag nicht stelle, dann deshalb, weil das Denkmal keinen dauernden Schaden habe. Gegen jeden der Angeklagten beantrage er zwei Jahre Gefängnis, und wegen der ehrlosen Gesinnung, die die Angeklagten durch ihre Tat bezeigt haben, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre.

Verteidiger Rechtsanwalt Leonhard Friedmann bemerkt, daß es sich bei der Tat der Angeklagten um keine Denkmalsschändung, sondern um eine Denkmalsbeschädigung handelt. Wenn das politische Moment aus der Verhandlung ausgeschieden wird, sei das ganze eine objektive Lumperei.

Justizrat Sonnenfeld kommt als scharfer politischer Gegner der Sozialdemokratie zu dem Ergebnis, **daß die Tat der Angeklagten mit einer politischen Demonstration nicht das geringste zu tun hat.**

Nach kurzer Beratung verkündet der Vorsitzende, **das Gericht habe gegen Göpfert, Linke und Kuhls auf eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr 6 Monaten erkannt; gegen Rau wegen Beihilfe auf ein Jahr Gefängnis.** Den Angeklagten wird je ein Monat der Untersuchungshaft auf die Strafe angerechnet. — Zur Begründung führte er aus: Am Abend war bei Gelegenheit des Zahlabends der Plan gefaßt worden, das Denkmal zu bemalen. Die Tat ist durch die Angeklagten verabredet und die Ausführung nach einem bestimmten Plane vollzogen worden. Für die Abmessung der Strafe ist berücksichtigt worden, daß die Tat in ganz Deutschland Aufsehen hervorgerufen hat. Es sei eine bodenlose Frechheit, wenn die Sozialdemokratie für ihre Parteireklame Denkmäler benütze. Zu berücksichtigen sei auch, daß die Angeklagten ungebildete Leute seien, die durch die Partei verhetzt und verführt worden sind. Die Angeklagten glaubten, der Partei zu dienen und in ihr einen Rückhalt zu finden. Die Tat selbst ist so frech, daß das Urteil abschreckend wirken muß, und zwar so, daß in Zukunft jeder Frevler sagen muß: Hände weg von dem Denkmal eines deutschen Kaisers.

Die Haftentlassungsanträge der Verteidiger wurden wegen Fluchtverdachts abgelehnt. Die Angeklagten erklärten, auf die Einlegung von Rechtsmitteln gegen das Urteil verzichten zu wollen. Damit wird das furchtbare Urteil rechtskräftig.

Politische Uebersicht.

Halle (Saale), 9. Juni

Die preußische Beholdungsvorlage.

Am Montag begann die verstärkte Budgetkommission des preußischen Dreiklassenhauses die Beratung des Gesetzentwurfs über Abänderung der Besoldungsordnung. Der Berichterstatter wies darauf hin, daß alle geäußerten Wünsche der Beamtenschaft eine jährliche Erhöhung des Etats um 550 Millionen Mark bedeuten. Diese Wünsche zu befriedigen, sei unausführbar. Jedenfalls müsse eine völlige Gleichmäßigkeit zwischen dem Reiche und Preußen erstrebt werden. In einer zu vereinbarenden Resolution sollen der Staatsregierung grundsätzliche Erwägungen für die spätere Reform in die Hand gegeben werden. Der Finanzminister erklärte hierauf, daß jede Abänderung der Novelle nach gründlicher Erwägung der Kgl. Staatsregierung unannehmbar sein würde, da eine feste Umgrenzung unbedingte Notwendigkeit sei. Für die Berücksichtigung weitergehender Wünsche könne zunächst ein Termin noch nicht festgelegt werden, so lebhaft auch die Kgl. Staatsregierung bestrebt sei, die Beseitigung von Härten baldmöglichst in die Wege zu leiten. Die Innehaltung des Termins (1. Januar 1916) werde auch von Preußen angestrebt werden, mit der Voraussetzung einer Regelung im Reiche. Ob indes dieser Termin eingehalten werden könne, sei jetzt mit Sicherheit noch nicht zu sagen. Auf jeden Fall würden die Gehälter der gehobenen Unterbeamten vor 1918 geregelt werden; dieser Termin dürfte auch für eine weitere Besoldungsreform angestrebt werden.

Konservativer Terror.

Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Dr. Böttger hatte kürzlich im Tag den Agrarkonservativen, die so gern über sozialdemokratischen Terrorismus zetern, einen Spiegel vorgehalten, über den die Deutsche Tageszeitung nicht wenig ungehalten war. Dr. Böttger sandte daher dem Oertel-Blatt eine Entgegnung, in der es heißt: „Was ich vom Terrorismus (der in ländlichen Gegenden von Agrariern und Konservativen ausgeübt worden ist) erwähnt habe, ist nicht nur bei der Wahl in Osterburg-Stendal in die Erscheinung getreten. Ich verstehe darunter in erster Linie Saalabtreiben und Einschüchtern von Geschäftsleuten, durch einflußreiche Grundbesitzer. Beispiele liegen hierzu in so großer Zahl vor, daß ein Abstreiten sinnlos ist, und daß eine gesetzliche Regelung allmählich geboten erscheint. . . . ."

Die Deutsche Tageszeitung weiß hierzu in langen Ausführungen so gut wie nichts zu sagen. Sie entgegnet zunächst widerspruchsvoll, alle Parteien ohne Unterschied hätten im Wahlkampfe die Taktik des Saalabtreibens angewendet; ein Druck auf die Saalbesitzer sei aber von den Konservativen nicht ausgeübt worden, sondern erstere hätten bei der Verweigerung ihrer Säle zu Versammlungen in ihrem eigenen Interesse gehandelt, um den Frieden unter ihren Gästen nicht stören zu lassen. Zum Schluß bemerkt das Blatt noch, außer bei der Sozialdemokratie finde man den organisierten geschäftlichen Boykott nur noch auf liberaler Seite, und Herr Dr. Böttger sei den Beweis für seine Behauptungen schuldig geblieben. — Dr. Böttger wird nun wohl deutlicher werden müssen. Es wird ihm dies nicht schwer fallen, da ihm ja die Wahlprüfungsakten des Reichstags zur Verfügung stehen.

Titelschacher aus neuester Zeit.

Zwei weiteren Briefen, die der Breslauer Volkswacht zugegangen sind, ist zu entnehmen, daß ein gewisser Düssinger aus Magdeburg den Hoflieferantentitel für 2509 Mark auch an Handwerksmeister mit „besserer" Kundschaft vermittelt hat, und zwar noch im Januar 1914. Im übrigen ist es das alte Bild, neu ist höchstens, daß dieser Schacher nicht wartet, bis ein Titelhungriger sich auf Inserate oder andere Angebote hin meldet, sondern daß man sich die geeigneten Opfer aus Katalogen und Adreßbüchern heraussucht und dann auf „ehrenwörtliche Diskretion" verpflichtet. Herr Düssinger reist dann selbst in die Orte, um alles andere „korrekt" zu erledigen. Immer „Zug-um-Zug-Geschäft"!

Deutsches Reich.

— **Zum Kampf ums preußische Wahlrecht.** Am Sonntag nachmittag fand in Düsseldorf eine von 5000 Personen besuchte Versammlung in einem Zirkusgebäude statt, die Stellung nahm zur preußischen Wahlrechtsfrage. Eine Resolution, die den politischen Massenstreik als notwendig zur Erringung des freien Wahlrechts in Preußen verlangt, wurde einstimmig angenommen. Außerdem erklärte sich die Versammlung einstimmig mit der Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages einverstanden.

— **Von den Fortschrittlern.** Die Fortschrittliche Volkspartei hat am Sonntag Bezirksparteitage in Schlesien und in Oldenburg abgehalten. Auf dem schlesischen Parteitage nahm Abg. Fischbeck Gelegenheit, die Sammlungspolitik namens der Fortschrittlichen Volkspartei abzulehnen. Natürlich rieb sich Fischbeck auch an der Sozialdemokratie, deren Tätigkeit im Reichstage er scharf angriff und der er „falsche Taktik" vorwarf. — Der Oldenburger Parteitag beauftragte den Abg. Fegter, daß vom Gesamtvorstande der Fortschrittlichen Volkspartei eine Schrift herausgegeben werde über die geschichtliche Entwicklung der Unterstützung sozialdemokratischer Abgeordneter durch die bürgerlichen Parteien.

— **Heinze hat es erreicht.** Der ehemalige nationalliberale Reichstagsabgeordnete und sächsische Landgerichtsdirektor Heinze ist zum Reichsgerichtsrat ernannt worden. Heinze war früher in Dresden tätig und zeigte bei seinem ersten politischen Auftreten gewisse nationalsoziale Neigungen, die ihn in den falschen Verdacht brachten, ein liberaler Mann zu sein. Gelegentlich der Blochwahlen 1907 gelang es ihm, den Dresden-Altstädter Kreis zu erobern, und im Reichstag entpuppte er sich dann bald als einer der eifrigsten freiwilligen Regierungskommissare. Wenn es irgendeine vom liberalen Standpunkt aus gemagte Sache zu verteidigen galt, Heinze war der richtige Mann dazu; er ließ sich von den Desperados der äußersten Rechten kaum übertrumpfen. Seine parlamentarische Tätigkeit fand bei den Wählern 1912 ein Ende und wollte man sollte der so brauchbare Mann unter allen Umständen beim Reichsgericht untergebracht werden. Es war ein offenes Geheimnis, daß hinter der wiederholt gestellten Forderung der Regierung, einen sechsten Reichsanwalt statsmäßig anzustellen, die Absicht stand, Heinze mit diesem Posten zu — na, sagen wir belohnen. Die Forderung der Regierung wurde aber regelmäßig abgelehnt, und nun hat man sich so geholfen, daß man ihn zum Reichsgerichtsrat ernannte. Heinze dürfte einer der jüngsten Reichsgerichtsräte sein, er ist noch nicht 49 Jahre alt.

Frankreich.

Ein Ministerium Ribot? Die Ministerkrise scheint kein Ende nehmen zu wollen. Nachdem der Präsident Poincaré von einer ganzen Reihe Politikern, denen er die Bildung des Ministeriums übertragen wollte, Absagen erhalten hat, entschloß sich endlich Ribot, den Auftrag zu übernehmen. Indes auch er hat sich über die Möglichkeit, daß ihm die Bildung des Ministeriums gelingen werde, sehr pessimistisch geäußert. „Ich habe," so erklärte er, „den Auftrag aus Ehrerbietung für den Präsidenten der Republik übernommen, aber ich glaube nicht, ihn durchführen zu können. Mein Gesundheitszustand legt mir Schonung auf, und ich fühle nicht den Mut, mich mit der Kammer herumzuschlagen."

Leon Bourgeois und Delcassé haben Ribot ihre Mitarbeit zur Bildung des Kabinetts für den Fall des Gelingens seiner Mission zugesagt. Sollte aber Ribot jedoch zu der Ueberzeugung kommen, daß er in der Kammer auf den geschlossenen Widerstand der äußersten Linken stößt, so wird er Herrn Poincaré raten, Briand wieder zu berufen. Briand dürfte voraussichtlich in diesem Falle ein Ministerium zustande bringen (?), vielleicht mit Clemenceau.

Paris, 9. Juni. Trotz der Bitten Ribots weigerte sich Briand endgültig, das Unterrichtsministerium zu übernehmen. Ribot sicherte sich die Mithilfe von Delcassé, Noulens, Clémentel, Jean Dupuy und Leon Bourgeois, der, wie es heißt, das Ministerium des Auswärtigen übernehmen wird

Italien.

Generalstreik gegen die polizeilichen Ausschreitungen in Ancona. Als Zeichen des Protestes gegen die infame Niederschießung demonstrierender Arbeiter durch die Polizei in Ancona hat die Arbeiterkammer von Ancona den Generalstreik proklamiert, der Montag früh begann. Die Läden wurden geschlossen, die Arbeiter feierten. In einer am Vormittag abgehaltenen Versammlung hielten einige Redner Protestansprachen. — Nach Schluß einer Protestversammlung durchzogen Scharen von Demonstranten die Straßen und begaben sich zum Gebäude der Stadtverwaltung, wo sie veranlaßten, daß eine Fahne halbmast gehißt wurde. — Der königliche Kommissar hat einen Erlaß an die Bevölkerung gerichtet, in dem er das lebhafte Bedauern der Regierung über die Opfer der Zusammenstöße zum Ausdruck bringt, eine „strenge Untersuchung der Angelegenheit" zusagt und zur Ruhe mahnt.

Auch die Arbeiterschaft von Rom hat den Generalstreik erklärt; der gesamte Trambahn- und Droschkenverkehr ruht. Die wichtigsten Gebäude wurden militärisch besetzt.

Rom, 8. Juni. Bei Beginn der Kammersitzung beantragte der Deputierte von Ancona, Bocconi (Republikaner), die Aufhebung der Sitzung als Zeichen der Trauer über die Vorgänge in Ancona. Als nach kurzer Debatte über den Antrag namentlich abgestimmt werden sollte, ergab sich, daß das Haus beschlußunfähig war. Die Sitzung wurde auf morgen vertagt.

Rom, 9. Juni. Der gestrige Nachmittag ist ruhig verlaufen. Ein großer Teil der Arbeiterschaft feierte und die Straßenbahner und Droschkenkutscher schlossen sich dem Streik an. Am Abend fand im Volkshause eine große, von der Arbeiterkammer einberufene Volksversammlung statt, in der einige sozialistische Abgeordnete Stellung zu den Ereignissen in Ancona nahmen. Nach Schluß der Versammlung versuchte die Menge in das Stadtinnere vorzudringen, wurde aber von der Polizei und dem Militär daran verhindert. Ernstere Zwischenfälle haben sich nicht ereignet.

Balkan.

Die Wirren in Albanien werden jetzt in Wien an „unterrichteten Stellen" angeblich „wesentlich günstiger" beurteilt, als noch vor 24 Stunden. Die dem Fürsten zur Verfügung stehenden Streitkräfte sollen „beträchtlicher" sein, als man anfangs annahm. Vor allem aber sind die Unstimmigkeiten zwischen den diplomatischen Vertretungen der Adria-Mächte behoben. Auch der jüngste Zwischenfall von Durazzo ist erledigt, nachdem die albanische Regierung des- und wehmütig Abbitte geleistet hat. Der italienische Gesandte hatte eine Vesprechung mit dem Fürsten und den Ministern, welche anerkannten, daß der holländische Oberst falsch gehandelt hatte, und versprachen, volle Genugtuung zu geben. Der italienische Gesandte bestand auch auf einer Prüfung der Papiere; diese wurde seitens einer gemischten Kommission vorgenommen, weil der Gesandte die Haltlosigkeit der Anklage beweisen will unabhängig von der Genugtuung, die für die Verletzung der Kapitulationen geschuldet wird. Es heißt, daß die holländischen Offiziere, besonders Oberst Thomson, der albanischen Regierung den Gehorsam verweigern, weil sie ihr Amt aus einem Mandat der Mächte herleiten, wie es auf der Londoner Konferenz beschlossen worden sei. Die albanische Regierung hat an den italienischen Gesandten ein offizielles Schreiben gerichtet, in welchem sie die bereits schriftlich abgegebenen Versicherungen wiederholt, daß sie Italien für die Verhaftung des Majors Murrichio Genugtuung geben wolle.

Die Aufständischen geschlagen? Bei Tirana sollen die Aufständischen geschlagen worden sein. Auch aus Elbassan werden „schwere Niederlagen" der Aufständischen gemeldet (?). — Auch sollen im Lager der Aufständischen „ernste Zwistigkeiten" ausgebrochen sein, infolgederen größere Neigung zur Unterwerfung vorhanden sein soll (?). — Wie aus Elbassan gemeldet wird, hat eine Gendarmerieabteilung die Aufständischen nach heftigem Kampfe aus dem Dorfe Bradaschesch vertrieben. Eine große Anzahl von Freiwilligen hat sich den Gendarmen, welche gegen Tirana vorgehen, angeschlossen.

Valona, 9. Juni. Als gestern einige Einwohner von Fieri, dessen Bevölkerung dem nach den Ereignissen von Durazzo ergangenen Mobilisierungsbefehl Widerstand entgegengesetzt hatte, verhaftet und nach Berat transportiert werden sollten, nahmen die Einwohner gegen die Gendarmerie Partei und suchten die Gefangenen zu befreien. In dem sich entspinnenden Handgemenge wurden vier Personen getötet.

*

Sozialistenverfolgung in Griechenland. Die alte historische Tatsache, daß ein siegreicher Krieg eine starke Reaktion im Gefolge hat, offenbart sich zurzeit wieder einmal in Griechenland. Die griechische Regierung gefällt sich darin, die sozialistische Bewegung besonders in den durch den Krieg neugewonnenen Landesteilen in der gehässigsten Weise zu verfolgen. Um die öffentliche Meinung für ihr Vorgehen zu gewinnen, schickt sie die bürgerliche Presse vor. Diese ist selbstverständlich, wie überall, wo es gegen die Arbeiter und den Sozialismus geht, gern bereit zu jeglicher Schandtat. Deshalb hat eine gewisse griechische Presse auch einen planmäßigen Verleumdungsfeldzug gegen die sozialistische Bewegung eingeleitet. Sie behauptet, daß die Genossen von Saloniki im Dienste der bulgarischen Komitadschis stünden, daß sie von fremdem Gelde bezahlt werden und verlangen nun auf Grund ihrer Verleumdungen die schärfsten Maßnahmen und Ausnahmegesetze gegen unsere Genossen von Saloniki.

Ein starker Dorn im Auge ist der griechischen Regierung auch die gewerkschaftliche Bewegung. Sie soll mit allen Mitteln niedergedrückt werden. So wurde vor einigen Tagen eine Versammlung der Tabakarbeiter unter Anführung eines Untersuchungsrichters und Polizeioffiziers von Gendarmen überfallen. Das ganze Versammlungslokal wurde umstellt und vom Keller bis zum Boden durchsucht. Sie suchten angeblich nach Bomben und nahmen dann zwei Säcke mit Papieren der Organisationen mit sich.

Das Ziel, welches die griechische Regierung mit diesen Verfolgungen erreichen will, liegt klar zutage. Sie gibt sich des

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140610-10/fragment/page=0002

Wahnes hin, die sozialistische Bewegung sowohl wie die gewerkschaftliche vernichten zu können. Und sie ist in den Verfolgungen um so eifriger und brutaler, da die Wahlen nahen und die Regierung Venizelos es mit allen Mitteln verhindern will, daß mit der Sozialdemokratie eine ernste und gut organisierte Opposition ihren Einzug in dos griechische Parlament hält. Da die griechischen Genossen noch immer unter einem Ausnahmezustand leben — der Belagerungszustand ist noch nicht aufgehoben — können sie leider nicht selbst das erbärmliche und reaktionäre Treiben der Regierung gebührend öffentlich an den Pranger stellen; auf die Unterstützung irgendeiner fortgeschrittenen Partei im Land können sie ebenfalls nicht rechnen. Sie rechnen daher auf die Solidarität der sozialistischen Parteien der Internationale. Sie hoffen, in ihrem Kampfe die Unterstützung des internationalen Proletariats zu erhalten. Die öffentliche Meinung muß aufgerüttelt werden, um die griechische Regierung zu hindern, die sozialistische Bewegung in Griechenland zu unterdrücken und die Genossen mit den brutalsten Mitteln zu verfolgen.

Mexiko.

Die amerikanisch-mexikanischen Verhandlungen in Niagara Falls sind, dem Londoner Daily Telegraph zufolge, nicht abgebrochen, sondern angeblich fortgesetzt worden. Es sei, so schreibt das Blatt, sogar zu einer Verständigung (?) gekommen, mit der sich alle Parteien einverstanden erklärt hätten. Einzelheiten hierüber würden vorläufig „geheim" gehalten.

Die Aufhebung der Blockade über Tampico erfolgte auf eine bei der mexikanischen Regierung eingelaufene Meldung, daß die Vermittler in Niagara Falls wegen der Bewegungen des Dampfers Antilla einen Schritt unternehmen würden. Amtlich wird erklärt, die Regierung habe bei Anordnung der Blockade nicht beabsichtigt, den Handelsverkehr zu stören, sondern nur gewünscht, zu verhindern, daß die Konstitutionalisten Munition erhielten.

Die mexikanische Regierung bereitet alles für die Präsidentenwahl und die Kammerwahlen zum 5. Juli vor. Die Wiederwahl Huertas scheint ziemlich sicher zu sein. Das heißt, Huerta wird sich ganz einfach nach bekanntem Verfahren wieder für „gewählt" erklären lassen; in dieser Methode hat er ja bereits Uebung. General Velasquez ist aus Lerrem in Mexiko eingetroffen. Man versichert, daß er an Stelle des Generals Blanquet das Portefeuille des Krieges übernehmen wird.

Neunter Verbandstag der Transportarbeiter.

Köln, den 7. Juni 1914.

k. r. Der Transportarbeiterverband hält im hiesigen Volkshaus seine Generalversammlung ab. 181 Delegierte, die 212 724 Mitglieder vertreten, sieben Vorstandsvertreter, je ein Vertreter des Ausschusses, der Redaktion, der Revisionskommission, der Reichssektion der Straßenbahner, der Reichssektion der Eisenbahner und etwa 20 Gauleiter und Gauvorsitzende nehmen an den Verhandlungen teil.

Für die Generalkommission ist Legien-Berlin erschienen. Zu Vorsitzenden wurden Döring-Berlin und Knösel-Düsseldorf gewählt; zu Schriftführern Stier-Hamburg, Leibe-Bremen, Schwierske-Magdeburg. Die Vertreter der Auslandsorganisationen, Conzett-Zürich, Malz-Wien, Gösling-London, überbrachten dem Verbandstag die Brudergrüße ihrer Organisationen.

Die Montagsitzung begann mit der mündlichen Erläuterung des Geschäftsberichtes durch den Vorsitzenden Schumann. Nach einer kurzen Schilderung der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse behandelte Redner die Agitation und ihre Erfolge seit dem Jahre 1912. Der Schutz- und Verkehrskommission im Hafengebiet Hamburg-Altona wurde besondere Aufmerksamkeit geschenkt und es besteht die Absicht, für diese Kommission und deren Aufgaben eine besoldete Kraft einzustellen. Für die seemännischen Arbeiter wurde eine Lohnstatistik aufgenommen, an der sich die Kollegen mit 59,7 Proz. beteiligten. Die Erfolge aller mündlichen und schriftlichen Agitation drücken sich aus in den Eintrittssziffern und gezahlten Beiträgen. Prozentual ist die Ziffer der neuaufgenommenen weiblichen Mitglieder größer als die der männlichen. Ganz erfreulicherweise wurden in der Berichtszeit 6842 Kolleginnen und 13 219 Jugendliche für den Verband gewonnen. Groß waren auch die Uebertritte aus andern Organisationen. Aus dem Baugewerbe traten allein 3808, aus gegnerischen Organisationen 861, und aus der Nahrungsmittelbranche 740 Mitglieder zu uns über. Doch war die Fluktuation auch sehr groß. Aufgabe des Verbandestages muß es sein, genau zu prüfen, ob die Verbandseinrichtungen lückenlos sind oder ob Aenderungen zu treffen sind, die die Mitglieder mehr und fester an die Organisation fesseln. Der Vorstand hegt den Plan, auch die Lichtbildervorträge der Agitation dienstbar zu machen. Durch Lichtbilder mit Vorträgen soll den Kollegen die Entwicklung des Transport- und Verkehrsgewerbes gezeigt werden. Redner kummiert, nachdem er noch bis ins kleinste über die Organisation und Verwaltungskörper gesprochen, daß die agitatorische Tätigkeit eine Menge Mehrarbeit gegen frühere Jahre aufzuweisen hat. Im weiteren erörterte Redner die Anträge, die sich auf das Beamtenverhältnis beziehen. Diese Anträge wollen dem Vorstand das Recht der Beamten-Anstellung streitig machen. Schumann schildert, wie bisher die Anstellungen vor sich gingen und warnte, die bisherige Basis zu verlassen, da wirklich kein Grund dafür vorliege. Uebergehend zu den Konferenzen ist er der Meinung, daß diese sehr gut gewirkt haben und eine Notwendigkeit seien. Auf allen diesen Konferenzen waren besondere Fragen zu behandeln, die die betreffenden Gruppen interessierten. So handelte es sich auf der Eisenbahner-Konferenz um die Beratung eines sogenannten Staatsarbeitrechts, und bei den Straßenbahnern um Festlegung von Freiheiten und Rechten für diese Arbeiter. Schumanns Ausführungen klangen aus in einer Schilderung und Erläuterung der Vorlagen: Konkurrenzklausel, Sonntagsruhe und Arbeitswilligen-Schutzgesetz, die im Reichstag das besondere Interesse der Mitglieder wachriefen. Wie die Unternehmer-Interessen von der Regierung gewahrt werden, zeigt Redner in verschiedenen Beispielen. Scharfe Kritik wurde auch an einem Entwurf zur Regelung des Verkehrs in der Stadt Frankfurt a. M. geübt. In dieser Verordnung ist u. a. festgelegt, daß die Führer von Kraftwagen nicht länger als 16 Stunden beschäftigt werden dürfen. Auch die Verfügung des Polizeipräsidenten von Berlin, wonach der Transportarbeiter-Verband als politischer Verein bezeichnet wurde, weil er sich mit sozialpolitischen Fragen beschäftige und im Verbandsorgan auch Propaganda für die Sozialdemokratie gemacht habe und ferner für den Achtstundentag agitiere, wurden eingehend gewürdigt. Die Maßnahmen des Polizeipräsidenten bezwecken ja lediglich die Hemmung der Agitation unter den Jugendlichen, und doch werden die Verbände Gelegenheit finden, auch ferner die jungen Arbeitskollegen für die Organisation zu gewinnen. Denn es wird ja nicht möglich sein, hinter jeden Jugendlichen einen Schutzmann zu stellen. Weiter werden vom Redner Ausführungen über die Kassenverhältnisse und Lohnbewegungen gemacht. Im Jahre 1913 kam der Verband dem Grundsatz, „wir führen nur Kämpfe für unsere Mitglieder", ziemlich nahe, denn von allen an den Lohnbewegungen Beteiligten waren 83,4 Prozent Mitglieder des Verbandes. Am Schluß des Jahres 1913 bestanden für den Verband 1175 Tarifverträge in 7227 Betrieben mit 93 700 Arbeitern. Die Stellung zu anderen Organisationen gab Veranlassung zu Klagen mancher Art. Besonders wurde über die Organisationsart der Brauerei- und Mühlenarbeiter, der Gemeindearbeiter und der Maschinisten und Heizer lebhafte Klagen geführt. In den Streitigkeiten mit dem Brauerei- und Mühlenarbeiter-Verband hat ein Schiedsgericht getagt, mit dessen Spruch der Transportarbeiter-Verband nicht zufrieden ist und der dem Verbandstag zur Entscheidung vorliegt. Auch mit dem Holzarbeiterverband sind Differenzen vorgekommen, doch sind jetzt die Gebiete durch Vertrag abgegrenzt und ein besseres Arbeiten ist möglich geworden. Die Unstimmigkeiten, die sich mit dem Fabrikarbeiterverband abgespielt haben, werden als nur winzig bezeichnet.

Die Hausbaubteilung verfügt augenblicklich über einen Baufonds von 323 198,14 Mk., der aus den Zahlstellen in verschiedenen Raten der Hauptkasse überwiesen wurde. Der Vorstand wünscht, daß der Verbandstag beschließt, daß jede Zahlstelle zu der Aufbringung von Mitteln für den Baufonds verpflichtet ist. — Auch der Verlag und die Buchhandlung haben sich gut entwickelt. Die eigene Buchhandlung hat viel dazu beigetragen, daß außer den Kalendern auch Tausende von Broschüren den Weg zu den Mitgliedern fanden. — Schumann gedachte noch der Mitarbeit all der in der letzten Geschäftsperiode verstorbenen Kollegen, und ersuchte zu deren Ehrung die Delegierten, sich von den Plätzen zu erheben. (Lebhaftes Bravo!)

Den Kassenbericht erläuterte Pfeiffer-Berlin an Stelle des erkrankten Zentralkassierers. Ueber Einnahmen und Ausgaben berichteten wir zur Hauptsache bereits im Vorbericht.

Dann berichtete die Mandatsprüfungskommission. Alle Mandate wurden für gültig erklärt.

Gewerkschaftliches.

Deutscher Anwaltsangestelltentag.

Eine Berufsgruppe, die noch immer dem Harmoniegedanken anhing, die Angestellten der Rechtsanwälte, beginnt endlich aufzuwachen. Nach jahrzehntelanger Organisationsarbeit hatte sich die Regierung endlich vor zwei Jahren dazu verstanden, Erhebungen über eine gesetzliche Regelung der Berufsverhältnisse vorzunehmen. Die Regierung hat die Ergebnisse auch in einer Denkschrift an den Reichstag zusammengefaßt. Inzwischen kam es auch zwischen einer Vertretung des Deutschen Anwaltsvereins und Vertretern der drei Zentralorganisationen der Angestellten zu Verhandlungen, die auch zu einer Verständigung über zentrale tarifliche Grundsätze führten. Diese letztere Tatsache veranlaßte die Regierung, im Reichstag zu erklären, das Eingreifen der Gesetzgebung sei durch das in Aussicht stehende Tarifabkommen überflüssig geworden. Die Hoffnungen, die die Angestellten an die tarifliche Regelung geknüpft hatten, **scheiterten jedoch an dem Starrsinn und dem sozialen Unverständnis der deutschen Anwälte.** Auf dem Vertretertag des Deutschen Anwaltsvereins in Weimar im März d. J. lehnten die Anwälte ein Tarifabkommen ab. So waren die Angestellten von beiden Seiten genarrt. Dieses Verhalten scheint den Anwaltsangestellten nun doch die Augen zu öffnen.

Bisher haben sich die drei zentralen Verbände der Angestellten auf das schärfste bekämpft. Die gewerkschaftliche Organisation der Angestellten, der Verband der Bureauangestellten hat seit mehr als fünfzehn Jahren gegen den Harmoniegedanken, gegen die anderen Verbände zu kämpfen gehabt. Für diese Harmonieverbände war aber das Verhalten der Regierung wie der Anwälte geradezu ein Schlag ins Gesicht. Man setzte sich über die trennenden Momente hinweg und entschloß sich zu einer gemeinsamen Aktion. Diese ist eingeleitet worden durch den Allgemeinen deutschen Anwaltsangestelltentag, der am Sonntag in Leipzig stattfand und der von mehr als 600 Vertretern aus allen Teilen Deutschlands beschickt war. Auf der Tagung fand der Herrenstandpunkt der Anwälte, den sie auf ihrer Weimarer Tagung wieder hervorgekehrt haben, die denkbar schärfste Zurückweisung. Selbst jene vorsichtigen Elemente, die die Anwälte sogar als Ehrenmitglieder in ihre Vereine aufnahmen, gaben ihrer Empörung beredten Ausdruck. Die überaus klägliche Entlohnung des größten Teils der Angestellten und die zehn- bis zwölfstündige Arbeitszeit, die Ausbeutung der zahlreichen Jugendlichen schreien ja auch geradezu nach einer Regelung. Die Anwaltskammer in Weimar hat nun zwar einen Reichstarif abgelehnt, aber die Möglichkeit örtlicher Verhandlungen offen gelassen. Infolgedessen beschloß der Angestelltentag, diese örtlichen Verhandlungen zu verlangen. Sollten auch diese scheitern, so müsse mit der rücksichtslosesten Sperre gegen widerspenstige Anwälte vorgegangen werden. Außerdem verlangte die Tagung die schleunige Vorlegung des vom Reichstag schon so oft geforderten Gesetzentwurfs, der den achtstündigen Arbeitstag, Verbot der Sonntagsarbeit, Mindesturlaub von zwei Wochen, Einbeziehung der Bureaubetriebe in die Gewerbeinspektion, Regelung des Lehrlingswesens, der Kündigungsfristen, der Fortzahlung des Gehalts bei Arbeitsbehinderung, Einbeziehung in die Kaufmannsgerichtsbarkeit fordert.

Die Tagung bildet eine glänzende Demonstration der Angestellten für eine Verbesserung ihrer Existenzbedingungen. Sie zeigt, daß auch bei diesem Teile der Privatangestellten der Harmoniegedanke verschwindet. Sie wurde geschlossen mit dem Wunsche, daß diese Tagung der Auftakt zu einer weiteren Entwicklung in der Angestelltenbewegung sein möge. Wenn die Angestellten erst in größerem Umfange den Gedanken gewerkschaftlicher Organisation in sich aufgenommen haben, wird es auch ihnen gelingen, zu besseren tariflich geregelten Arbeitsbedingungen zu gelangen.

Gipsarbeiterstreik in Osterode am Harz. Seit fünf Wochen stehen die Gipsarbeiter im Streik. Mit seltener Erbitterung wird dieser Kampf geführt. 1911 war es dem Fabrikarbeiterverband gelungen, für drei Betriebe mit 80 Arbeitern einen Tarif abzuschließen. Am 1. Februar 1914 wurde der Tarif gekündigt und ein neuer Tarifentwurf in sechs Betrieben mit 140 Arbeitern eingereicht.

Die Unternehmer erklärten den Tarif für unannehmbar. Trotz der Bemühungen der Verbandsleitung, auf friedlichem Wege zum Ziele zu kommen, kam es zum Streik. Rund 100 Arbeiter treten im Streik. Die Unternehmer bekamen noch einigen Tagelöhnerstreikbrecher, Italiener und Hamburger. Die Streikbrecher bekommen einen Lohn, der für örtliche Verhältnisse einzig dasteht. Die Brucharbeiter erhalten 6 Mk. Tagelohn garantiert, und die Mühlenarbeiter 3,50 Mk. bei voller Kost und freiem Logis. Bei Beginn des Streiks wurde die Gendarmerie verstärkt. Wiederholt wurden Streikposten von ihren Plätzen verwiesen. Die Gendarmen berieten sich bei ihrem Vorgehen auf eine Verfügung des Landrats.

Wenn auch die Streikbrecher nicht viel arbeiten, so wird um so mehr Bier umgesetzt. Nach einem Betriebe wurde in einer Woche für 130 Mk. Bier geliefert. Die von den Streikbrechern fertiggestellten Produkte sind derart, daß die Unternehmer nicht viel Freude daran haben.

Der Malerstreik in Koblenz, der von der Arbeiterorganisation um die Durchführung des Tarifs geführt wird, zeigt auch noch die gleiche Situation. Die Unternehmer machen außerordentliche Anstrengungen, Arbeitswillige zu beschaffen. Bis jetzt ist es den Streikenden gelungen, die herangezogenen Arbeitswilligen wieder zur Abreise zu veranlassen. An die Streikenden sind einige Unternehmer herangetreten und boten ihnen den geforderten Lohn von 50 Pfg. Jedoch lehnten die Streikenden dieses Ansinnen ab; ihr Verlangen ist die Anerkennung des Tarifvertrages.

Achtung, Steinarbeiter! Die Arbeiter der Taunus Quarzitwerke Köppern Homburg v. d. H. haben wegen Lohndifferenzen die Arbeit eingestellt. Die Gesellschafter weigern sich, den Arbeitern eine kleine Lohnerhöhung zu geben. Der Lohn der Arbeiter beträgt im Jahresdurchschnitt 950 bis 1050 Mk., in diesem Jahre sogar nur 17 Mk. wöchentlich. Zuzug nach den Saalburg Taunus Quarzitwerken ist fernzuhalten.

Allgemeine Aussperrung in Marseille. Auf den Beschluß der Maurer, nacheinander alle Unternehmungen von Marseille zu sperren, hat der Arbeitgeberverband mit einer allgemeinen Aussperrung geantwortet. Alle Werften sind geschlossen.

Großer Fischerstreik in Frankreich. Aus Nantes wird gemeldet: Infolge des Beschlusses der Fischkonservenfabriken die Fische nicht mehr nach der Zahl, sondern nach Gewicht zu kaufen, sind 1500 Sardinenfischer in den Ausstand getreten.

Aus der Provinz.

Kreistag für Zeitz-Weißenfels.

Der Sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Naumburg-Weißenfels-Zeitz hielt am Sonntag in Theißen seine Kreiskonferenz ab. Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl im verflossenen Jahre von 5454 auf 6389 gestiegen ist, sie hat also um fast 1000 zugenommen. Die Zahl der weiblichen Mitglieder beträgt 1308, ein verhältnismäßig hoher Prozentsatz. Im vergangenen Jahre konnte das 50jährige Bestehen der Ortsvereine von Zeitz und Weißenfels gefeiert werden. Der Verein hat im Kreise 47 Verwaltungsstellen. In 37 Orten hat die Partei 127 Gemeindevertreter, davon 5 in der zweiten Klasse. In Zeitz, Weißenfels, Hohenmölsen und Teuchern ist die ganze dritte Abteilung mit Sozialdemokraten besetzt. — Die Arbeiter-Jugend hat 572 Abonnenten; Bildungsausschüsse bestehen an 8 Orten, Bibliotheken an 19 Orten. Die Einnahmen der Hauptkasse und der Verwaltungsstellen belaufen sich auf 49 268, die Ausgaben auf 49 037 Mk. Der Volksbote hat sich in den drei Jahren seines Bestehens erfreulich entwickelt; er erscheint jetzt in einer Auflage von 12 000 Exemplaren.

Die durch den Wegzug des Genossen Gehrmann freigewordene Parteisekretärstelle gab Anlaß zu einer lebhaften Diskussion. Der Zentralvorstand hatte mit Rücksicht auf die augenblicklich nicht besonders günstige Finanzlage des Kreises die Stelle nicht besetzt und dem Kreistag einen entsprechenden Antrag unterbreitet, wonach auch ohne Sekretär die Arbeit im Kreise erledigt werden könnte. Der Kreis sollte in 7 Bezirke eingeteilt werden, und die eingesetzten Bezirksführer könnten dann viel intensiver die einzelnen Orte bearbeiten als eine eigens dazu angestellte Person. Der durch Aufhebung des nicht florierenden Weißenfelser Parteigeschäfts freiwerdende Gen. Burgau sollte in das Parteigeschäft in Zeitz als Hilfsarbeiter eintreten und nebenbei die Arbeiten im Sekretariat mit erledigen. Die Delegierten sprachen sich aber in der Mehrzahl für Anstellung eines Sekretärs aus und beschlossen auch so. Ebenso wurde beschlossen, das Weißenfelser Parteigeschäft, das große Zuschüsse vom Verlag des Volksboten zu seiner Existenz erfordert, noch ein Jahr bestehen zu lassen.

Sodann machte Reichstagsabg. Gen. Thiele einige Ausführungen über die augenblickliche politische Lage, und verbreitete sich dann über die der Fraktion gemachten Vorwürfe aus Anlaß des Scheiterns der Besoldungsvorlage und der Demonstration beim Kaiserhoch. Die Delegierten hielten die Taktik der Fraktion für gut, da man niemandem zumuten könne, wider seine innere Ueberzeugung an irgendwelchen unnötigen Huldigungen oder Kundgebungen teilzunehmen. Auch fand eine Resolution einstimmige Annahme, die den Parteiinstanzen dringend empfahl, im geeigneten Moment mit einer kühnen, keine gesetzlichen Mittel scheuenden Aktion einzusetzen, um das bestehende, elende Wahlrecht zum preußischen Landtag endlich zu beseitigen. Auf Beschluß des diesjährigen Kreistages werden alle Wahlen zum Kreisvorstand, Preßkommission, Bezirkstag und Parteitag auf dem Kreistage vorgenommen. Zum Vorsitzenden des Zentralvorstandes wurde Genosse Leopold wiedergewählt. Nach Erledigung der übrigen Wahlen wurde der von 112 Delegierten beschickte Kreistag geschlossen.

Wittenberg. Betriebsunfall. Der Arbeiter Krüger geriet in der Brachschen Tonwarenfabrik mit der Hand in die Maschine, wobei er schwere Quetschungen erlitt. Er wurde nach dem Paul-Gerhardt-Krankenhaus gebracht. — Vermißt. Der 20jährige Sohn des Gemüsegärtners Hermann Knape in der Bruchstraße verließ am 2. Pfingstfeiertag die elterliche Wohnung und ist seitdem nicht wieder zurückgekehrt. Es liegt die Vermutung nahe, daß dem Vermißten ein Unglück zugestoßen ist.

Torgau. Aus der Untersuchungshaft entlassen. Der Bürgermeister Bernhard Haußmann von Jarmen (Pommern), der aus Weißenfels gebürtig ist und früher in Weißenfels auch tätig war, ist aus der Untersuchungshaft, in der er fünf Monate saß, entlassen worden. Haußmann war verdächtigt worden, in die Stadtsparkasse zu Liebigau, wo er auch angestellt gewesen ist, einen Einbruch verübt zu haben. Es hat sich nunmehr seine Unschuld ergeben.

Mühlberg. Mord oder Selbstmord? Oberhalb der Elbe, an der Kahnfähre bei Moritz, wurde die Leiche eines ungefähr 25jährigen Mannes aus dem Wasser gezogen. Nach dem Befund muß die Leiche schon längere Zeit im Wasser gelegen haben. Dem Umstande nach liegt zweifellos ein Verbrechen vor. Auf den Rücken der Leiche war ein Sandstein von 50 Pfund, fein nach Schifferart verknotet und die Enden kurz abgeschnitten, gebunden. Daß der Tote sich diese Beschwerung selbst gemacht hat, ist kaum anzunehmen. Die Leiche wurde seziert und es wurden im Schädel Bleistücke, die von einem Gewehrschusse herzurühren scheinen, gefunden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Tote, um die Entdeckung eines Verbrechens zu verhindern, in die Elbe gestürzt worden ist.

Im Sommer ist auf die Ernährung ihres Säuglings besondere Sorgfalt zu verwenden. Darmkatarrhe treten in dieser Zeit häufiger auf, weil die Nahrung im Darm der Kinder schneller in Gärung übergeht. Wenn Sie Ihr Kind jedoch mit „Kufeke" und Milch ernähren, so beugen Sie in wirksamster Weise den gefürchteten Darmkrankheiten vor. *711

1679

Waschstoffe empfiehlt in grosser Auswahl **M. Schneider.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140610-10/fragment/page=0003

Walhalla-Theater

Anfang 8 Uhr 20.

Im Monat Juni: Gastspiel der **glänzenden** 1677

Winter-Tymians

Sanatorium für Gemütskranke!

Auf der Strasse hört man die **„Lachstürme!“**

Rechtzeitig — 10—1½ u. 4—6 — gute Plätze sichern.

Donnerstag, 11. Juni, alles neu!

„Der lebendige Tote“

Herrliches, neues, **lebendes Lied** in prachtvoller Dekoration: „ **O Jugendzeit**“ und jede Nummer ein neuer Schlager!

PASSAGE-THEATER

Lichtspielhaus

Halle a. d. Saale **Leipzigerstr. 88.**

Ab Dienstag den 9. Juni cr.

Programm-Wechsel.

Der Wechsel enthält:

1. **Bous-Bous-Mée,** der neueste franz. Tanz.
2. **Wenn Nachbarn sich zanken.** Köstliche Komödie.
3. **Es galt ein Menschenleben.** Fesselnde, dramatische Handlung.
4. **Militär-Sportfest des Feld-Artillerie-Regiment No. 55 zu Naumburg a. d. S.**
5. **Moritzen's Flirt.** Humoreske.
6. **Christian als glücklicher Erbe.** Humoreske.
7. **Gaumont-Woche.** Das Neueste im Bilde.
8. **Gensdarm Möbius.** Dramatischer Schlager in 3 Akten, nach der gleichnamigen Erzählung.

1680 **Die Direktion.**

Himbeersaft

mit feinster **Raffinade eingekocht,** pro Pfund 50 Pfennige, bei 5 Pfund pro Pfund 45 Pfg., empfiehlt [1583

Carl Booch, Breitestr. 1 und Marktplatz, im Turm.

H. Böhlert's Roßschlächterei,

Glauchaerstrasse 75

(dicht an der Glauchaisch. Kirche)

1113 empfiehlt

Fleisch, Rouladen, Gehacktes, Lende, gekochten Schinken

sowie alle Arten

Wurstwaren

in bekannter Güte. D. O.

Krätze

juckender Hautausschlag, wird unter Garantie in drei Tagen mit der echten Krätze-Seife Marke „Pura“ geheilt. Geruchlose Kur ohne Berufsstörung. Für 1-2 Personen M. 1.90, für veraltete Fälle M. 2.90. Dazu gehörend **Luna-Blutreinigungstee,** Paket 50 Pf. u. M. 1.00. Aerztlich empfohlen.

Niederlage in **Halle (S.):**

Drogerie Bruno Gruner, Presslers Berg 4. Wo nicht zu hab. Vers. d. Nachn. J. P. Hennes, Gelsenkirchen Nr. 365. *115

Bauschule Rastede (Old.-burg).

Meister- und Polier-Kurse

Vollständige Ausbildg. i. 5 Monaten. Ausführl. Progr. frei.

*591

Teilzahlung

Fahrräder, ges. gesch. Marke, Anzahlg. 20-40 M. Monatsrate 7-15 M. Näh- und Sprechmaschinen. Gegen Kasse Zubehörteile, Gummi, Waffen, Uhren, Feuerzeuge spottbillig. Katalog gratis.

J. Jendrosch & Co., Charlottenburg Nr. 172

*62

Bitte probieren Sie

Nr. 60

Fehlfarben einer 10 ₰-Zigarre

10 Stück 70 Pfg.

Ansprechendes Format. Weisser Brand. Feines Aroma. F.

Joh. Sanow

Nachfl., H. Spengler

Geiststrasse 5.

Gegr. 1887.

Möbel-Ausstattungen

Schrank, Vertiko, Trumeau, Ausziehtisch, Sofa, 4 Stühle, 2 Bettst. m. 2 Matr. **1 Küchenbüfett 1 Tisch, 2 Stühle,** **M. 425.**
Als Geschenk 1 moderne Wanduhr.

Schrank, Vertiko, Trumeau, Ausziehtisch, Sofa, 4 Stühle, 1 Waschtisch, 2 Bettstellen mit 2 Matratzen, **1 Küchenbüfett, 1 Tisch, Rück,** Halt. **2 Stühle,** **M. 535.**
Als Geschenk 1 moderne Wanduhr.

Schrank, Vertiko, Trumeau, Ausziehtisch, Sofa, 4 Stühle, 2 Bettstellen mit 2 Matratzen, **1 Waschtisch** mit Marmor, **1 Küchenbüffet, 1 Tisch, 1 Rück, 1 Halter, 2 Stühle,** **M. 650.** *642
Als Geschenk 1 moderne Wanduhr.

R. Harmann, Brüderstrasse 13.

Gültig bis 1. 7. 14.

Wanzen-Tinctur

Radikalmittel gegen **Wanzen** u. deren **Brut**

Flasche 50 Pf. u. 1 M.

allein echt bei 1678

Max Rädler,

nur Raunischestrasse 2, Ecke Sternstrasse.

Diebe *716

ſie und echte hausſchlachtene

Landwurst

empfiehlt **Heinrich Lehmann, Schweineschlächterei Löbejün.**

Bratwurst **90 Pfg.,** Rot- u. Leberwurst **80 Pfg.,** Schwartenwurst **70 Pfg.,** Kamm u. Karbonade 80 Pfg. Sende portofrei per Nachnahme.

Die Rechte u. Pflichten des Mieters.

Preis 20 Pfennig.

Volksbuchhandlung Halle a. S.

Gendarm J. Hocherl in Deiningen schreibt: **Allen,** welche an

Gesichts-Ausschlägen

leiden, möchte ich **Obermeyers Med.-Herba-Seife** empfehlen. **Herba-Seife,** à Stück 50 Pf., **30% verstärktes Präparat** 1.00 Mark. — Zur Nachbehandlung **Herba-Creme** à Tube 75 Pf., Glasdose Mk. 1.50. Z. h. i. allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien. *712

Vereins-Anzeiger.

Die Veröffentlichung nachstehender Veranstaltungen erfolgt wöchentlich. Jahresbeitrag 5 Mk. pro Zeile.

Halle (Saale).

Arbeiter-Sängerchor. Abteilungs-Singestunde: Mittwoch um 9 Uhr bei Streicher und Freitag um 9 Uhr im Volkspark.

Freier Gemischt. u. Frauenchor. Jeden Freitag im „Engl. Hof“: Uebungsstunde.

Maschinisten u. Heizer. Vereinslokal Gold. Kette. Freitag, 12. Juni, abds. 8 U.: Verslg.

Arbeiter-Radfahr.-Bund „Solidarität“. Freitag den 12. Juni, im Volkspark: Versammlung. Sonntag den 14. Juni: **Ausfahrt** nach **Osendorf.** Abfahrt 1½ Uhr von Streicher.

Gemeindearb.-Verbd. Sonnabd., 13. Juni i. Volkspark: Versamml.

Arb.-Samariter. Jeden Freitag in der Gold. Kette: Uebungsstunde.

Bockwitz.

Arb.-Radf. Jed. 1. Donnerstag i. Mon., ab. 8½ U., b. Ledwig: Vers.

Delitzsch.

Sozialdem. Verein

Sonnabend den 13. Juni:

Versammlung.

Tagesordnung:

Bericht vom Kreistag.

Eisleben.

Ges.-Ver. Hoffnung. Jed. Mittwoch v. 8-10 U. b. Fessel: Uebung.

Hettstedt.

Arb.-Gesangver. Freier Sängerchor. Jeden Sonnabend: Singestunde.

Holzweißig.

Gesg.-Ver. Hoffnung. Jed. Donnerstag, ½9 U., b. Sonntag: Singest.

Merseburg.

Sozialdem. Verein hält seine Mitgl.-Versammlung jed. 2. Donnerstag i. Mon., abds. ½9 Uhr, i. d. Kais.-Wilh.-Halle ab.

Schkeuditz.

Gewerkschaftskartell. Dienstag den 9. Juni: Sitzung.

Apollo-Theater.

Heute, Dienstag, abends 8.10 Uhr zum **letzten Male:**

„Die Braut vom Ulmenhof“

Schauspiel in 5 Akten von **A. E. Preuss.**

Mittwoch, Donnerstag u. Freitag: **Nur 3 Aufführungen!**

Mit neuer glänzender Ausstattung

„Krone und Fessel“

Militär-Schauspiel in 5 Akten von **W. Howard.**

Fürst Ulrich . . . . **Albert Hübener,** Königl. Preuß. Schausp. a. D.

In Vorbereitung: **„Schneider Wibbel“**

1676 **Repertoirstück des Künstler-Theaters, Berlin.**

Feuerzeuge 10 Pf.

7 Feuersteine 10 Pf.

20 Dochte 10 Pf.

nur kurze Zeit 1581

Leipzigerstrasse 53,

neben **Kaiser-Automat.**

Sangerhausen.

Heute Schlachtefest.

Von nachm. 6 Uhr ab **ff. frisches Gehacktes** und **frische Bratwurst;** ferner von morgen früh 7 Uhr ab **Wellfleisch** sowie alle Sorten **frische Wurst.**

Wilhelm Kunze,

*312 **Töpfersberg 29.**

Fernsprecher 233.

Mittwoch: Schlachtefest.

C. Wilke, 4

Triftstraße 2.

Rechte und Pflichten des Mieters, 0.20

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek, Heft 0.20

Der Lehrmeister im Garten u. Kleintierhof, p. Quart. 1.00

Das Mädchenbuch, von Ad. Popp, 0.20

Musterbriefsteller, statt 0.40, jetzt 0.20

Universal-Haushaltungsbuch, statt 3.00, jetzt 1.50

Ratgeber fürs Haus, statt 5.00, jetzt 3.00

Geographisches Handbuch, statt 1.00, jetzt 0.50

Singers Taschen-Atlas, statt 1.60, jetzt 1.00

Kleintierzucht als Nebenerwerb, statt 3.00, jetzt 0.65

Die Nonne . . . . jetzt 0.50

Jul. Vernes Reiseromane, geb. Band, statt 1.00, jetzt 0.50

Modenzeitungen aller Art.

Schüler-Globus mit Kompaß, Lupe und Lehrbuch, 1.50

Schulbücher, Tafeln, Federkast., Federhalter, Bleistifte usw.

Zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung

Halle (Saale), Harz 29.

Wegekarte des Thüringer- und Frankenwaldes

nebst Sommerfahrplan 1912.

Preis 40 Pfg.

Zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung

Halle (S.), Harz 29.

Deutscher Landarbeiter-Verband, Ortsgruppe Lauchstädt-Clobikau.

Nachruf!

Nach langem und schwerem Leiden verschied am Montag den 1. Juni unser treues Mitglied, der Landarbeiter

Hermann Holland,

Ober-Clobikau,

im noch nicht vollendeten 34. Lebensjahre.

Sein selbstloses Eintreten für unsere Organisation soll uns stets als Richtschnur dienen.

Ehre seinem Andenken!

*709 **Die Ortsverwaltung.**

Für die große und ehrenvolle Teilnahme bei dem Begräbnis unseres, durch sein Leiden so früh aus dem Leben geschiedenen, unvergeßlichen Sohnes und Bruders, des

Tischlers **Friedrich Bindenagel,**

sagen wir allen unseren herzlichsten Dank.

Besonderen Dank dem Holzarbeiter-Verband wie auch seinem Meister und Kollegen für ihr ehrenvolles Geleit.

Dank allen denen, die seinen Sarg so reich mit Kränzen und Blumen schmückten.

Döllnitz. *714

Familie **Bindenagel.**

Fritz Schulz jun. A.-G., Leipzig.

Globin

beste Schuhcreme

Verkaufsstellen d. Plakate kenntlich. *551

Kleiner Anzeiger.

Preise für „Kleine Anzeigen“: Die einspaltige Kolonel-Zeile kostet 20 Pfennig. Bei 5- und mehrmaliger Aufgabe Rabatt nach Uebereinkunft.

Abonnenten erhalten auf Kleine Anzeigen bis zu 6 Zeilen gegen Rückgabe der Abonnements-Quittung im Fälligkeitsmonat 50% **Rabatt.**

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

Expedition **Volksblatt,** Harz 42/44,

Zigarrenhandlung v. **A. Albrecht,** Lindenstraße 54
" " **E. Bendlin,** Torstraße 43
" " **J. Schneider Nachf.,** Beesenerstr. 23
" " **J. Sanow Nachf.,** Geiststraße 5
" " **P. Leuschner,** Mittelwache 9
" " **E. Jungmann,** Pfännerhöhe 33
Materialwarenhdl. v. **G. Gerig,** Triftstraße 28.

Ebenso nehmen die **Volksblatt-Austräger Anzeigen** entgegen.

Verkäufe.

Sofas aller Art, Tische, Stühle, Küchenschr., Etageren, Kommoden, Bettstell. m. Matr. sind **billig zu verkauf. Schülerhof 10.** [1676

Gruden zu verkaufen [966
Alfred Rein, Königsberg 5.

2 jährige Ziege zu verk. Seeben, Gutenbergerstr. 9. [*710

Speisekartoffeln verkauft billig [*703 **H. Fleischer,** Dölau, Kirchstr. 24.

745 **Tauben-Futter.** Bernh. Lailach, Schwetschkest. 11a.

Böttcher-Waren dauerhaft u. billig. **P. Horlebeck, Kleine Ulrichstraße 1/2 und Dachritzstraße 5.** 14 **Rabattmarken.**

Zigarren, Zigaretten empfiehlt Ed. Jungmann, Pfännerhöhe 33.

Kaufgesuche.

Fahrräder, Näh-Maschinen und Pfandscheine kauft zu soliden Preisen **H. Schindler, Kleine Ulrichstraße 35.** [1674

Arbeitsmarkt.

Tüchtige Uniform-Schneider für Joppen, Hosen, Litevken **sofort gesucht.**
G. Assmann, Hoflieferant. Abteil. Uniform-Habite. 1675

Konsum- u. Spargenossenschaft f. Merseburg u. Umg., e. Gen. m. b. H.
Für eine **ländliche Verkaufsstelle,** welche neu eröffnet wird, suchen wir einen **tüchtigen,** energischen [*701
Lagerhalter.
Der Lohn ist tariflich geregelt. Der Antritt hat Anfang August zu erfolgen. Bewerbungen sind nur schriftlich, bis zum 25. Juni, im Kontor abzugeben. Mitglieder werden für diese Stelle bevorzugt. **Der Vorstand.**

6 Steinsetzer werden angenommen. [*715 **Nordhausen. Wilh. Sonnabend,** Grimmelallee 35.

Möbel-Transporte jeder Art, besorgt bill. 1126] R. Weihmann, Bernhardyst. 35.

Möbel-Transporte besorgt bill. [1335 Fr. Behrendt, Inh.: **Gottlob Griese,** Streiberst. 33

Unterricht.

Restaurant „Drei Könige“, Kleine Klausstraße 7.
Tanz-Unterricht.
Jed. **Donnerstag abds. ½9 Uhr,** wird jung u. alt: **links wie rechts, alle Rund- u. neuen Tänze** in kürzester Zeit gelehrt. Honorar 5 Mk. Kursus geht nie zu Ende. 9] **G. Wollrath.**

Verschiedenes.

Volkspark Burgstr. 27. Guter reichhaltiger Mittagstisch v. **50** Pf. an.

Verloren.

Autobereifung verloren
Sonnabend zum Sonntag Strecke **Wittenberg—Bitterfeld—Halle a. d. Saale.** Gleitschutz Grodrich 815×105. [1669
Gegen Belohnung Nachricht erbeten an
Opel & Wolff, Halle a. d. Saale, Berlinerstraße 5 I.

Pfänder nach dem Leihamte besorgt diskret **Wwe. Just,** Mühlberg 3, pt. [1673

Makulatur verkauft **Expedition Volksblatt.**

Echte Holsteiner **Nuss-Butter** (Ersatz für feinste Meierei-Butter) à **Pfd. nur 75 Pfg.**
Georg Gerig, Triftstraße 28.

Die neuen **Krankenkass.-Anmeldungen** sind zu beziehen durch die **Volks-Buchhandlung** Halle (S.), Harz 29.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140610-10/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 132 — Halle (Saale), Mittwoch den 10. Juni 1914 — 25. Jahrg.

Wer Soldatenmißhandlungen erlebt hat....

Wer einmal während seiner Dienstzeit Soldatenmißhandlungen erlebt hat, wer sie selbst erdulden hat oder mit ansehen mußte, wie Söhne des Volkes durch harten Drill, durch Quälereien aller Art gepeinigt wurden, der weiß, wie notwendig die rücksichtslose Kritik ist, die die Sozialdemokratie bei jeder Gelegenheit an dem heutigen Militärsystem übt. War es nicht die unbarmherzige Kritik Bebels im Reichstag, die in den 90er Jahren eine merkliche Abnahme der Mißhandlungen in der Kaserne bewirkt hat? Ist es nicht die Angst vor der Sozialdemokratie und ihrer öffentlichen Kritik in Wort und Schrift, in den Parlamenten, in der Presse, in den Versammlungen, die dahin geführt hat, daß auf die Mißstände im Heere mehr Acht gegeben und ihnen einigermaßen entgegengewirkt wird?

Aber gerade diese aufklärende, aufrüttelnde Kritik der Sozialdemokratie am Militarismus wird den Herrschenden immer unheimlicher. Bei der allgemeinen Zuspitzung der Klassengegensätze, dem rauhen Kampf, der auf allen Gebieten tobt, ist bei den Vertretern der herrlichen heutigen Gesellschaftsordnung der Glauben an sich selbst längst geschwunden. Die brutale Gewalt der Bajonette ist für sie zur ultimo ratio, zum letzten Rettungsanker geworden, an den sie sich halten und mit dessen Hilfe sie sich vor dem unaufhaltsam herannahenden Weltgericht der Geschichte zu schützen wähnen. Zugleich müssen sie aber wahrnehmen, wie das „Volk in Waffen", das diese Bajonette führt, immer mehr und mehr durch die Sozialdemokratie aus einem blinden Werkzeug der Herrschenden zum denkenden Volk erzogen wird, wie immer mehr der letzte Schimmer des Prestige schwindet, womit der Moloch ehemals unaufgeklärte Massen noch fasziniert haben mag.

Die Kritik der Sozialdemokratie mit allen Mitteln zu ersticken, seinen Kritikern den Mund gewaltsam zu verschließen, dies ist das neueste Unterfangen, auf das der Moloch in seinen krampfhaften Zuckungen verfallen ist. Schon im vorigen Jahre beschritt die Staatsanwaltschaft in Düsseldorf diesen Weg, als sie die Broschüre: Der moderne Militarismus — ein Segen oder ein Unglück für das Volk? beschlagnahmte und den Genossen Limbertz wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen verfolgte. Das Urteil entsprach damals nicht dem Wunsche der Staatsanwaltschaft. Dann zeigte der Frankfurter Prozeß gegen die Genossin Luxemburg, mit welchen Mitteln der „Lebensnerv" des modernen Klassenstaates geschützt werden soll. Aber alles, was auf diesem Gebiete bisher erlebt ist, wird übertroffen durch den neuen Prozeß, der der Genossin Luxemburg jetzt vor der Strafkammer in Berlin gemacht ist, und durch die gegen den verantwortlichen Redakteur des Vorwärts eingeleiteten Prozesse.

Die Genossin Luxemburg hat in einer Rede in Freiburg die allgemein bekannte Tatsache festgestellt, daß die Kasernendramen in Deutschland auf der Tagesordnung stehen. Nicht mehr und nicht weniger. Und nun fühlt sich der Kriegsminister v. Falkenhayn im Namen sämtlicher Offiziere und Unteroffiziere des preußischen Heeres „beleidigt", und der Staatsanwalt, der diese Beleidigung in seine mitfühlende Brust geschlossen hat, klagt sie an. Der Vorwärts veröffentlichte ein einem bekannten Liede nachgebildetes Soldatenlied, das der traurigen, bitteren Stimmung eines seines Lieb gedenkenden Soldaten Ausdruck gibt. Das kann der Militarismus nicht mehr ertragen. Der Vorwärts gibt den Soldatenbrief wieder, den das Mannheimer Parteiblatt vor Kurzem veröffentlicht hat, und bezeichnet das Erlebnis des jungen Soldaten als typisch für das Kasernenleben.

Wieder fühlt sich der Militarismus in seinem Lebensnerv getroffen. Man muß sich förmlich an den Kopf fassen, um diese ungeheuerlichen Prozesse für möglich zu halten. Es vergeht beinahe kein Tag, ohne daß die Zeitungen Soldatenmißhandlungen melden. Unzählige Male ist das Kapitel der Soldatenmißhandlungen als einer im System des heutigen Militarismus liegenden ständigen Erscheinung von Abgeordneten im Reichstage, von sozialdemokratischen Rednern in Volksversammlungen, von Parteiblättern in Artikeln und Notizen beleuchtet worden. Gerade in den letzten Monaten ist die Oeffentlichkeit wiederholt durch Berichte über Scheußlichkeiten in den Kasernen aufs tiefste erregt. Und just in dieser Zeit verfällt die hohe Obrigkeit auf die Idee, sich „beleidigt" zu fühlen, auf den Versuch, der öffentlichen Kritik an den Soldatenmißhandlungen mit gerichtlichen Strafandrohungen den Mund zu knebeln! Fürwahr, wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit. Es heißt aber in der Tat die Götter versuchen, wenn man sich mit einem so üppigen Sündenregister, wie es unser Militärsystem nun einmal hat, an das Licht der Oeffentlichkeit, vor die Gerichtsschranke wagt.

Die Prozesse kennzeichnen sich von Anfang an als politische Tendenzprozesse. Es ist der verhaßte politische Gegner, es ist die vernichtende Kritik der Sozialdemokratie, die hier zur Strecke gebracht werden soll. Die Prozesse leiten deutlich **einen neuen Kurs** ein, den Kurs systematischer Verfolgungen der Sozialdemokratie durch den Militarismus.

Damit ist schon gesagt, daß die Prozesse durchgefochten werden mit aller Energie und mit allen Mitteln, die zu Gebote stehen. Und dieser Mittel sind wahrlich nicht wenige. Der Militarismus will das Gericht zur politischen Kampfarena gestalten, nun wohl, wir nehmen den Kampf auf. Nicht darum handelt es sich jetzt, von einigen sozialdemokratischen „Sündern" die Strafe abzuwehren. Opfer gehören zum Kampf, zumal in der jetzigen Zeit der rauhen Winde und scharfen Kämpfe, und jeder Sozialdemokrat trägt stolz und freudig die Opfer, die ihm für die allgemeine Sache auferlegt werden. Es handelt sich darum, das Lebenselement der Sozialdemokratie, das höchste Gut des öffentlichen Lebens und die Gewähr jedes Fortschritts: **das Recht der öffentlichen Kritik in Deutschland zu verteidigen.** Es handelt sich ferner darum, in die Dunkelkammer des Militarismus hineinzuleuchten, **die Soldatenmißhandlungen in ihrem ganzen Umfange vor das Licht der Oeffentlichkeit zu ziehen**, da dies bislang doch das einzige wirksame Mittel war, um dem System der heutigen Kasernenerziehung einigermaßen den Zaum anzulegen und das traurige Dasein zahlreicher Soldaten ein wenig zu erleichtern.

Der beleidigte Kriegsminister mit seinen Offizieren und Unteroffizieren sollen also in den jetzt eingeleiteten Prozessen reichlich zu ihrem Rechte kommen. Damit dies aber in möglichst weitem Maße geschieht, ist die energische Mitwirkung breiter Volkskreise erforderlich. Viele der vor den Militärgerichten vernommenen Zeugen haben inzwischen ihren Aufenthalt gewechselt. **An alle ehemaligen Soldaten, deren Mißhandlungen Gegenstand einer militärgerichtlichen Verhandlung gewesen,** ergeht deshalb die Aufforderung, unverzüglich **ihre jetzigen Adressen** der Redaktion unseres Blattes mitzuteilen. **Ebenso müssen die Opfer und Zeugen von Mißhandlungen,** die nicht zur militärgerichtlichen Aburteilung gekommen sind, sich bei unserer Redaktion **melden.** Auch diese Prozesse sollen den Beweis liefern, daß jeder Streich, zu dem der heutige Staat gegen das kämpfende Proletariat ausholt, mit verdoppelter Kraft auf den Urheber selbst zurückfällt.

Soziales.

Der Sonntagsruhekampf und die Geistlichkeit.

Du sollst den Feiertag heiligen, sagt ein göttliches Gebot. Danach müßte die Kirche die eifrigste Verfechterin des Sonntagsruhegedankens sein. Wie schaut nun aber ihre Haltung in dem gegenwärtigen Kampfe um die handelsgewerbliche Sonntagsruhe aus? Das zeigt ein Vorgang in der Diözesanversammlung der Ephorie Großenhain in Sachsen, über den die Handlungsgehilfen-Zeitung berichtet. Da sprach ein Herr Pastor Jäsich über die Sonntagsruhe. Er dankte u. a. der Staatsregierung für das große Verständnis, das sie dieser Frage entgegengebracht hat. Aber ganz zufrieden war dieser Herr mit den gegenwärtigen Zuständen doch nicht. Sonntagsentheiligung ist es, so führte er aus, wenn Lehrlinge am Sonntag bis kurz vor Gottesdienst beschäftigt werden, wenn am Karfreitag, unserem größten Feiertag, Kuchen gebacken werden, wenn Vereinsbeiträge gerade während des Gottesdienstes kassiert werden und ähnliches mehr. Weiter wetterte er gegen die Abhaltung von Tanzfestlichkeiten am Sonnabend abend. Auch an die kühnen Fliegeroffiziere richtete der gute Mann die Bitte, ihre Flüge nicht gerade zur Stunde des Sonntagsgottesdienstes auszuführen. Nach einer längeren Aussprache wurde von der Versammlung eine Entschließung angenommen, in der es heißt: „Sie (die Versammlung) bittet die Staatsregierung, auch weiterhin die strenge Durchführung der bestehenden Sonntagsbestimmungen nach dem Gesetze vom 10. September 1870 im Interesse nicht nur der Kirche, sondern des gesamten Volkes zu veranlassen. Dazu erscheint aber dringend erforderlich, daß die durch Gesetz vom 5. Oktober 1910 erlassenen Abänderungen der §§ 6 bis 8, wonach Tanzmusik und Vergnügungen an Vorabenden zu Sonn- und Festtagen bis 2 Uhr morgens gestattet sind, zurückgezogen werden. Diese Aufhebung der genannten Paragraphen zu erbitten, erscheint der Diözesanversammlung ernste Gewissenspflicht." Das war alles, was die Herren zu fordern haben! Es ist ihnen Gewissenspflicht, zu fordern, daß die Tanzvergnügungen an Vorabenden der Festtage untersagt werden, aber sie können es mit ihrem Gewissen vereinbaren, wenn Angestellte und Arbeiter nicht nur Sonntagsvormittags, sondern auch Sonntagsmittags und sogar Sonntagsabends zur Arbeit angehalten werden. Sie wettern dagegen, wenn sich jemand am Karfreitag seinen Osterkuchen bäckt, aber die hohen Herren finden es ganz in der Ordnung, wenn z. B. die Bäckergesellen gezwungen werden, an den Feiertagen, auch am Karfreitag, ihre Arbeit zu verrichten und wenn die Ladenangestellten die Backwaren den ganzen Sonntag hindurch feilzubieten haben. Welches Pharisäertum prägt sich doch in der Haltung dieser Geistlichen aus! Jetzt noch soziale Gesinnung von diesen Leuten zu fordern, auf den Gedanken wird wohl so leicht niemand mehr kommen. Die evangelischen Geistlichen geben an Anpassungsfähigkeit an die Forderungen des Unternehmertums, wie dieses Beispiel zeigt, den Zentrumspfaffen nichts nach.

Keine Arbeitslosenversicherung in Halle!

Die Petition des Gewerkschaftskartells und der liberalen Arbeiter um Arbeitslosenfürsorge vor der Stadtverordneten-Versammlung. Mehrstündige Debatte. Ergebnis: Uebergang zur Tagesordnung!

Die Stadtverordneten erledigten in der gestrigen Sitzung eine Tagesordnung stark sozialen Charakters. Es mußte Stellung genommen werden zu zwei Petitionen von Arbeitern auf Einführung einer städtischen Arbeitslosenversicherung und zu einem das gleiche Verlangen stellenden Antrag der sozialdemokratischen Fraktion; weiter war zu entscheiden über die Petition der städtischen Arbeiter um Zahlung des Lohnes auch für die Feiertage. Und drittens sollte sich das Kollegium mit dem Thema Sonntagsruhe im Handelsgewerbe befassen.

Den Debatten, die über diese Fragen während vier Stunden gepflogen wurden, lagen zumeist die Beschlüsse einer Körperschaft zugrunde, die die Stadtverordneten vor nicht allzu langer Zeit als „Sozialen Ausschuß" eingesetzt hatten, als Oberbürgermeister Rive wieder einmal sein „soziales" Herz entdeckt hatte. Dieser Soziale Ausschuß verdient wirklich die anderen Namen, die man ihm gestern beilegte: „Sogenannter sozialer Ausschuß" oder „Antisozialer Ausschuß". Er hat bei der Erledigung seiner ersten Aufgabe keinen Zweifel darüber gelassen, daß von ihm recht wenig zur Förderung der kommunalen Sozialpolitik zu erwarten ist. Das um so mehr, als eines der einflußreichsten Mitglieder der Ober-Scharfmacher Hoffmann von Riebeck Montanwerken ist, einer jener Menschen, die nicht als Vertreter der Bürgerschaft Stadtverordnete sind, sondern als Vertreter der Großindustrie, des Großkapitals, der Hochfinanz. Und diese Leute, die ein Interesse an hohen Dividenden und niedrigen Arbeiterlöhnen haben, sind deshalb geschworene Feinde des von uns und wohl auch von einem Teile des Bürgertums vertretenen Grundsatzes, daß die öffentlichen Betrieben mustergültige Arbeitsbedingungen stellen sollen. Das ist in der Hallischen Stadtverordnetenversammlung schon so oft zutage getreten und das geschah auch gestern. Freilich, so brutaloffen, wie es von Herrn Hoffmann beliebt wurde, wohl noch nicht ein einziges mal.

Den Weisungen dieses Oberscharfmachers, der im Verein mit dem „sozialen" Oberbürgermeister den sozialen Ausschuß zu einer Ablehnung der Arbeitslosenversicherung gezwungen hatte, folgte gestern, wie nicht anders zu erwarten war, das Plenum der Stadtverordneten. Unter Antrag fiel, und auch über die Petitionen des Gewerkschaftskartells wie des Vereins der liberalen Arbeiter „ging man zur Tagesordnung über". Es nützte nichts, daß unser Genosse Gröbel unter Anführung eines umfangreichen Tatsachenmaterials die Notwendigkeit der Arbeitslosenfürsorge durch die Gemeinden überzeugend nachwies. Die Not der Arbeitslosen, das Elend hungernder Eltern, hungernder Kinder läßt die Mehrheit jener Leute kalt, die dort oben im Rathaus Klassenvorrechte und große Geldsäcke vertreten. Die lassen sich auch nicht aus ihrer Abneigung gegen jede soziale Fürsorge herausbringen durch so ein Rechenexempel, an dem ihnen Genosse Emmer zeigte, daß der Handwerksmeister und der Fabrikant geringere soziale Lasten zu tragen haben wird, wenn die Krankenkassen nicht mehr so viele arbeitslose Kranke zu unterstützen brauchen, falls die Allgemeinheit für sie sorgt. Solcher Zynismus der Satten gegen die Hungerleider, wie ihn Generaldirektor Hoffmann zum besten gab und den Genosse Osterburg mit wenigen Sätzen treffend charakterisierte, ist mit Vernunftsgründen nicht zu besiegen.

Die Stadtverordneten sind über die Wünsche der Arbeitslosen erneut zur Tagesordnung übergegangen. Was werden die Arbeitslosen und ihre von dem gleichen Geschick bedrohten, jetzt noch arbeitenden Kameraden nun? Werden auch sie zur Tagesordnung übergehen? Oder werden sie — was wir hoffen — die aufreizende Wirkung des ablehnenden Stadtverordneten-Beschlusses in Sachen der Arbeitslosenversicherung ihrer Kasse nutzbar zu machen wissen?! ...

Ein klein wenig mehr Aussicht haben die städtischen Arbeiter auf Berücksichtigung ihrer Wünsche. Aber wirklich nur ein klein wenig mehr. Wenn für Arbeiter ein paar tausend Mark ausgegeben werden sollen, damit diese an Feiertagen nicht zu hungern brauchen, dann will die Stadtverwaltung erst überlegen, erwägen, prüfen, schätzen und andere Vorsichtsmaßnahmen treffen. Merkwürdig, daß man auf dem Hallischen Rathaus diese Eigenschaften nicht spielen läßt, wenn es sich um Gelder handelt, die den Reichen und ihren Vereinen zugute kommen. Z. B. beim Fünftausend-Mark-Rennpreis!

Aufsehen erregend war die Stellung, die der Beamtenvertreter Hüllemann (wohl in Sorge um sein Mandat) in der Debatte einnahm. Dieser Stadtverordnete verlangte nicht mehr und nicht weniger, als daß die Stadt sozialdemokratisch gesinnte Arbeiter aus ihren Betrieben entfernen soll. Ja, noch mehr: er redete der Begünstigung der nationalen Arbeiter bei der Feiertagsbezahlung das Wort, also dem politischen Schmarotzertum. Pfui Teufel! Was Genosse Osterburg und Gröbel diesem Kollegen im Reserveoffiziersrang erwiderten, das saß und es wirkte nicht weniger herzerquickend für den Freund politischer Reinlichkeit, als Oberbürgermeister Rive den Scharfmacher Hüllemann kräftig ablaufen ließ.

Zum Schluß gab es noch ein hübsches politisches Satirspiel. Es sollte eine Petition um einheitliche Regelung der Sonntagsruhe an den Reichstag abgesandt werden. Die bürgerliche Mehrheit hatte aber erst neulich ihr Gewissen mit dem Verbrechen belastet, solche „politischen" Petitionen nicht zuzulassen, weil damals unsere Genossen um Erweiterung des kommunalen Wahlrechts baten. Ließ man die jetzige Petition zu, so erklärte man, daß man damals nur die Sozialdemokraten treffen und vergewaltigen wollte. Von unserm Redner wurde das denn auch ausgesprochen, während der herrliche Staatsrechtskundige Meyer, ein — Rechtsanwalt, sekundiert vom reaktionären Oberbürgermeister, in der Tat „konsequent" sein und auch diesmal das winzigste Bittrecht der Stadtverordneten niedertrampeln wollte. Einigen anderen Bürgerlichen schlug aber das böse Gewissen, und die Mehrheit der Herrschaften stimmte dann für Zulässigkeit. Damit hat das Stadtparlament das Urteil über seine Vergewaltigung der sozialdemokratischen Petition höchstselbst ausgesprochen und sich selber gerichtet. Das wird bald genug von unsern Genossen mit erneuten Petitionsanträgen ausgenutzt werden müssen.

* * *

Interpellation Horstmann und Genossen über die Geruchsbelästigungen durch die Kröllwitzer Papierfabrik.

Der Magistrat ist zur Beantwortung bereit.

Stadtv. Horstmann führt aus, die Bevölkerung namentlich des nördlichen Stadtteiles leide gesundheitlich unter den Ausdünstungen der Fabrik. Die Grundstücke würden entwertet, weil den Hausbesitzern das Vermieten ihrer Wohnungen schwer würde. Die Stadtverwaltung sollte alles tun, um Abhilfe zu schaffen. Der Einzelne ist machtlos. Gegen die Fabrik selbst haben wir nichts; wir würden es bedauern, wenn die Fabrik nach auswärts verlegt würde.

Oberbürgermeister Rive: Die Polizeiverwaltung hat die gegen die Kröllwitzer Papierfabrik erhobenen Beschwerden als begründet anerkannt und stets versucht, Abhilfe von der Fabrik zu erlangen. Die Fabrikleitung hat sich dem Verlangen der Polizei nicht ablehnend gegenüber verhalten, aber alle technischen Maßnahmen haben keinen Erfolg gehabt. Der Stadtarzt hat die Beschwerden insofern bestätigen müssen, als er aussführte, daß die Belästigungen oft sehr schlimm seien, er hat in einem Gutachten aber doch die Zusicherung gegeben, daß die Gesundheit durch die Sulfatdämpfe nicht geschädigt wird. Der Stadtausschuß ist zu dem Antrag an die Polizei gekommen, die Beleitigung der Dämpfe von der Fabrik zu verlangen. Bei der Durchführung haben sich dann allerdings Schwierigkeiten ergeben. Es mußte damit gerechnet werden, die ganze Fabrik still zu legen. Daran will man natürlich, weil es sich um ein Jahrhunderte bestehendes Unternehmen handelt, das 600 Arbeiter beschäftigt, gar nicht denken. Es sollen erst noch weitere Versuche gemacht werden zur Bekämpfung der Sulfatdämpfe. Der Fabrik ist aufgegeben worden, einen neuen Schornstein zu bauen, mit besonderer Einrichtung zur Unschädlichmachung der Dämpfe; diese Anlage wird in einigen Wochen fertiggestellt sein. Man muß abwarten, ob die erhoffte Wirkung eintreten wird; wenn nicht, so muß eben nach anderen chemischen und technischen Maßnahmen Umschau gehalten werden. Vorläufig muß man sich mit dem Erstreben zufrieden geben.

Auf Antrag Osterburg wird die Besprechung der Interpellation beschlossen.

Stadtv. **Osterburg:** Bei der Rede des Hrn. Oberbürgermeisters mußte ich an das Dichterwort denken: Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube! Wohl ein Dutzend Mal hat sich die Stadtverordnetenversammlung in den letzten 15 Jahren mit den Belästigungen durch die Kröllwitzer Papierfabrik beschäftigt; eben so oft ist Abhilfe versprochen worden. Dabei ist es aber immer geblieben. Die Erklärung, daß die Sulfatausdünstungen nicht so gesundheitsschädlich sind, ist ein schlechter Trost, da doch hygienische Sachverständige sehr oft das Gegenteil festgestellt haben. Daß im Laufe der Jahre, wie der Oberbürgermeister weiter sagte, Hunderttausende aufgewendet worden sind, um die Geruchsbelästigungen zu beseitigen, ist kaum zu glauben. Mit einem solchen Kapital kann man doch eine ganze Fabrik bauen! (Heiterkeit). Eigentümlich ist, daß die Beschwerden über die Geruchsbelästigungen nur gegen die Kröllwitzer Fabrik laut wurden. In Ammendorf sind wohl niemals solche Gerüche wahrzunehmen und auch aus anderen Städten, wo Papierfabriken sind, hört man nichts von

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140610-10/fragment/page=0005

solchen Klagen. Daraus scheint mir hervorzugehen, daß ein anderes Verfahren doch noch angewendet werden kann. Herr Kollege Lehmann hat bei früheren Beratungen wiederholt versprochen, er wollte für die Abstellung der Beschwerden sorgen. Leider hat auch er nichts ausgerichtet und leider ist er heute nicht einmal hier. Auffällig erschien mir aber vor allem die Kühnheit, mit der der Oberbürgermeister die Fabrik in Schutz nahm. Bald sah es so aus, als ob die Interessen der Aktionäre ausschlaggebend wären (Heiterkeit). Weil unsere Beschwerden nichts genützt haben und die beschlossenen Maßnahmen nicht helfen, müssen wir die Anwendung anderer Mittel zur Anwendung bringen, eventuell den Boykott der Produkte der Papierfabrik. Wenn auch die Behörden bedauerlicherweise machtlos sind, sollten wir doch die Interessen der Bürgerschaft wahrnehmen und zusehen, ob nicht noch wirksamere Mittel in Anwendung gebracht werden können.

Oberbürgermeister Rive: Mehr, als sie getan hat, kann die Polizei nicht tun. Ich habe gedacht, daß auch gerade die Sozialdemokraten von dem scharfen Vorgehen der Polizei befriedigt gewesen wären; das ist aber nicht der Fall. Mit den Sozis läßt sich schlecht regieren. Bei meinen Ausführungen über die Aufwendung von Hunderttausenden habe ich mich wohl mißverständlich ausgedrückt. Die große Summe wurde nicht für den einen Zweck verausgabt, sondern zur Beseitigung mehrfacher Beschwerden innerhalb längerer Zeit.

Stadtv. Döhler will sich mit der Erklärung des Oberbürgermeisters zufrieden geben. Man müsse Rücksichten nehmen.

Stadtv. Giese: Der Stadtausschuß hätte die jetzt unternommenen Schritte schon vor zehn, fünfzehn Jahren unternehmen sollen, und die Polizei sollte energischer gegen die Kröllwitzer Papierfabrik vorgehen. Mit den Eigentümern der Kaisersäle ist man nicht sanft umgesprungen. Die Stadt wendet große Mittel auf für die Förderung der Gesundheit ihrer Bewohner, sie gibt neun Millionen aus für den Kanal, Hunderttausende für die Wasserversorgung; sie sollte aber nicht unterlassen, das notwendigste zu tun: für frische Luft zu sorgen. Es wird allgemein darüber geklagt, daß in Halle infolge der schlechten Luft kaum zu leben ist, man sollte Beschwerden bei der Regierung einreichen.

Oberbürgermeister Rive: Wenn wir aufs schärfste vorgehen, wird der Erfolg die Schließung der Fabrik sein. Ehe man aber jemand umbringt, überlegt man wohl noch einmal. Wir haben unablässig verhandelt, das weisen die großen Aktenstöße aus. Aber übertreiben dürfen wir hier nicht, um die Stadt nicht zu schädigen.

Stadtv. Föhring: Wir als freie Bürger sollten nicht nach der Polizei suchen. Der Zivilrechtsweg nach der Gewerbeordnung bietet nicht nur dem Besitzer aus der Nachbarschaft, sondern jedem Belästigten die Möglichkeit zum Vorgehen.

Stadtv. Giese: Ich habe nichts weiter als die Wahrheit gesagt und was leider auch auswärts schon bekannt geworden ist. Die schlechte Luft bringt Gesundheitsschädigungen mit sich. Deshalb soll nicht der einzelne vorgehen, sondern die Stadt hat die Pflicht, das im Interesse der gesamten Bürgerschaft zu tun.

Oberbürgermeister Rive: Mehr Energie wie geschehen, kann nicht aufgewendet werden. Mehr als die Schließung der Fabrik ist wirklich nicht zu verfolgen. Es ist nicht richtig, daß die Luft in Halle so verpestet ist. (Bravo!)

Es sprechen noch die Herren Kallmeyer und Giese, darauf ist die Rednerliste erschöpft und die Debatte beendet.

*

Mittelbewilligung für Erweiterung der Spielwiese.

Auf der Weißnitz-Spielwiese sollen noch Laufbahnen geschaffen werden, wofür eine Magistratsvorlage 5000 Mk. verlangt. Stadtv. **Osterburg** führte dabei aus, daß die sozialdemokratische Fraktion stets für solche Vorlagen eingetreten ist und das auch in diesem Falle tun wird, wenn vom Magistrat die Zusicherung gegeben wird, daß diese Wiese auch von allen Kreisen der Bevölkerung benutzt werden könnte.

Stadtv. Hoë (Referent) erklärt, daß die Wiese zuerst den städtischen Schulen zur Verfügung stände.

Oberbürgermeister Rive: Ich halte es für richtig, wenn der Platz von jedermann benutzt werden kann. Die Spielwiese, das ist es überhaupt, was uns fehlte: ein Platz, auf dem der Bürger ohne Unterschied und ohne große Wanderung den Fuß auf grünen Rasen setzen kann. Die Mittel werden mit den sozialdemokratischen Stimmen bewilligt.

*

Keine Arbeitslosenfürsorge!

Es steht zur Beratung der Antrag Gröbel: Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, über folgende drei Punkte Vorlage zu machen: 1. Unterstützung derjenigen Arbeiterfamilien, welche durch lange Arbeitslosigkeit in Not geraten sind. Diese Unterstützung darf jedoch nicht als Armenunterstützung gelten. 2. Inangriffnahme von Notstandsarbeiten. 3. Einführung einer Arbeitslosenversicherung für alle Arbeiter. Ferner die Petition des Gewerkschaftskartells und des Reichsvereins liberaler Arbeiter um Einführung einer Arbeitslosenversicherung.

Stadtv. Kühme (Referent): Dem Sozialen Ausschuß lagen zwei Petitionen vor betreffend die Notstands- und Arbeitslosenversicherung: vom Gewerkschaftskartell und dem liberalen Arbeiterverein, sowie der Antrag Gröbel. Darin wird erstens gefordert, die Unterstützung solcher Familien, die in Not geraten sind. Der Ausschuß empfiehlt Uebergang zur Tagesordnung. Zur Unterstützung in Not befindlicher Familien ist die Stadt ohnehin verpflichtet; wenn aber gefordert wird, daß solche Unterstützungen nicht zum Verlust des Wahlrechts führen sollen, so widerspricht das dem Gesetz und man könnte evtl. erfolgte Wahlen anfechten.

Stadtv. **Gröbel:** Dieser Antrag berührt eigentümlich, besonders weil er von Herrn Kühme vertreten wird. Dieser war es, der vor kurzem bei der Wohnungsdebatte besonders anschaulich geschildert hat, wie groß die Not in Halle ist. Wenn wir die Absicht haben, einen Weg ausfindig zu machen, um arme Teufel zu unterstützen und ihnen doch das Wahlrecht zu erhalten, dann brauchen wir nur wie München und Dresden zu handeln. Wir sollten den Antrag des Sozialen Ausschusses, zur Tagesordnung überzugehen, ablehnen und für Ueberweisung zur Berücksichtigung eintreten.

Es wird Uebergang zur Tagesordnung beschlossen.

Stadtv. Kühme (fortfahrend): Die Schaffung von Notstandsarbeiten ist nicht nötig, weil die Stadt noch auf Jahre hinaus Arbeiten zu vergeben hat. Der Ausschuß hat aber beschlossen, dem Magistrat zu ersuchen, gewerbliche Arbeiten künftig zeitig auszuschreiben mit langen Lieferungsfristen. — Im übrigen wird gleichfalls Uebergang zur Tagesordnung beantragt und beschlossen.

Stadtv. Kühme: Die Einrichtung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung ist die wichtigste Forderung. Darüber herrscht noch ziemliche Unklarheit, und die Schwierigkeiten der Materie sind groß. Das Reich scheint diese Sache den Kommunen zu, die Kommunen wieder dem Reich. Um über die Erfahrungen anderer Städte mit der Arbeitslosenversicherung ein zuverlässiges Material zu bekommen, hat sich der Ausschuß an fünf Städte gewandt: Straßburg, das sich ein Zuschußsystem an die Gewerkschaften 7000 Mk. jährlich kosten läßt. Erlangen, das einen Schritt weiter gegangen ist und auch die Nichtorganisierten unterstützt; Schöneberg, das neben dem Zuschuß- noch das Sparsystem hat; Mannheim, das auf Grund des Zuschußsystems auch noch für die Kinder einen Satz von je 10 Pfg. bezahlt; endlich Köln, wo mit städtischer und privater Hilfe ein Verein sich die Unterstützung der Arbeitslosen angelegen sein läßt. Aus der großen Verschiedenheit ersieht man, daß die Städte noch arg im Dunkeln tasten in der Frage der Arbeitslosenversicherung. Es fehlen uns die Grundlinien für die Organisation, vor allem ein gut ausgebauter, gut funktionierender Arbeitsnachweis. Deshalb empfiehlt auch in diesem Punkt der Ausschuß Uebergang zur Tagesordnung. Das Zuschußsystem stärkt auch die freien Gewerkschaften und stellt deren ganze Mittel, auch den Reservefonds von 80 bis 100 Millionen, für den Kampf zur Verfügung.

Stadtv. **Gröbel:** Ich beantrage, die Petition dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen und meinen Antrag anzunehmen. Die Arbeitslosenversicherung hat sich doch schon ein größeres Feld erobert, als die Rede des Herrn Kühme vermuten ließ. Eine erhebliche Zahl deutscher Städte hat das Zuschußsystem in Verbindung mit den Gewerkschaften eingeführt. In Halle hinken wir auch in dieser Angelegenheit nach. Den Antrag des Sozialen Ausschusses (Zuruf: antisozialen!) bitte ich abzulehnen. Ein stärkerer Zuzug vom Lande in die Stadt ist nicht zu erwarten, das geht aus den Erfahrungen der Stadt Köln hervor; wir können uns außerdem zu schützen durch Einführung einer sechsmonatlichen Karenzzeit. Wir würden in Halle, das ist meine Ueberzeugung, nicht mehr als 10- bis 20000 Mk. für die Zuschußkasse nötig haben. Auf die Mängel des Arbeitsnachweises sollten wir uns nicht berufen. Selbstverständlich soll die Arbeitsvermittlung verbessert werden — auch in Halle sollte man den jetzt bestehenden Zustand der Rechtlosigkeit beseitigen —, aber es bleibt doch Tatsache, daß auch das beste und ausgedehnteste Netz von Arbeitsnachweisen nicht imstande ist, die Schwankungen der Konjunktur auszugleichen. Bei der Krise haben die Arbeitsnachweise bisher versagt und werden auch in Zukunft versagen. M. H., niemand von Ihnen wird heute noch der Meinung sein, die man früher des öfteren hörte, daß jedermann Arbeit fände, wenn er arbeiten wolle. Tausende von einheimischen Arbeitern, Familienväter, werden auch noch durch die billigen ausländischen Arbeiter aus Lohn und Brot gebracht, unschuldigerweise, und für solche bedauernswerten Opfer sollte die Kommune eintreten. Mit Notstandsarbeiten wird zwar der Arbeitsmarkt ein wenig entlastet, aber im allgemeinen haben sie nur bedingten Wert, und nur für bestimmte Berufe. Herr Kühme sagte, wer längere Jahre an einer Stelle arbeitete, der hätte kein Interesse an einer Arbeitslosenversicherung. Das trifft nicht zu. Herr Kühme, gerade in Halle ist es in der letzten Zeit in den Fabriken sehr oft vorgekommen, daß ältere Arbeiter, die zehn, fünfzehn und zwanzig Jahre an einem Platze geschuftet und gefrondet und den Reichtum des Kapitalisten mit verdient haben, durch jüngere Arbeitskräfte ersetzt und entlassen sind. Die Herren Fabrikanten zeigen da wenig christliche Nächstenliebe. Sie billigen den Arbeitern, wenn sie bei schlechtem Geschäftsgang den Vorschlag machen, nicht einmal kürzere Arbeitszeit zu. Auch Herr Kühme, der sich immer sozial geben möchte, sollte das Bibelwort von der christlichen Nächstenliebe mehr beherzigen: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst!

Neuerdings sind auch Breslau und Stuttgart mit der Arbeitslosenfürsorge vorgegangen, weil die Not zu groß ist. Auch in Halle leiden die Arbeiter furchtbar unter den Wirkungen der Krise. Oftmals liest man in den hiesigen Blättern, daß sich Arbeiter das Leben nehmen infolge Verzweiflung durch lange Arbeitslosigkeit. Es ist noch nicht lange her, daß ein Vater von sechs unmündigen Kindern aus Not Selbstmord beging.

Die Arbeiter selbst tun alles mögliche, um sich vor den Gefahren der Arbeitslosigkeit aus eigener Kraft zu schützen. Auch die Hallischen Gewerkschaften haben große Aufwendungen gemacht, der Not und dem Elend infolge der Arbeitslosigkeit zu steuern. 1911 wurden von ihnen verausgabt zur Unterstützung der Arbeitslosen 50387,98 Mk., 1912 schon 75271,43 Mk., 1913 aber **132316,04 Mk.** und die Zahl für 1914 wird, das läßt sich aus der großen Arbeitslosigkeit im Frühjahr und Sommer schon sagen, wiederum größer sein. An sonstiger Arbeitslosen-Unterstützung (an Kranke, die gleichfalls den Arbeitslosen zugute kommt), wurden verausgabt 1911: 85170 Mk., 1912: 103815 Mk., 1913: **146667** Mk. Die deutschen freien Gewerkschaften haben zusammen während der Jahre 1903 bis 1912 für die Unterstützung der Arbeitslosen den Riesenbetrag von **58 Millionen Mark** verausgabt. Meine Herren, diese Leistungen müßten bei jedem gerecht denkenden und empfindenden Menschen Anerkennung und deshalb Unterstützung finden. Es wäre der Stadt Halle mit ihrem 14-Millionen-Etat doch ein leichtes, 10000 oder 12000 Mk. für die Arbeitslosenfürsorge bereitzustellen. Sämtliche Berufsvereine sollen natürlich bedacht werden mit Zuschüssen für Familien, deren Ernäher arbeitslos ist. Meine Herren, wir haben für alles mögliche Geld und geben oft für Dinge große Summen aus, die nicht entfernt die Wichtigkeit haben, als dies von uns geforderte soziale Fürsorge. Wenn wir beispielsweise für Pferderennen 5000 Mk. bewilligen, dann **müssen wir auch Geld haben, um unsere beschäftigungslosen, unverschuldet in Not geratenen Mitbürger vor dem schlimmsten Elend zu bewahren.** Beschließen Sie im Prinzip, daß eine Arbeitslosenversicherung eingeführt werden soll. Wie und wann, das wird sich noch finden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Kühme: Ich habe im Referat nicht meine persönliche Auffassung, sondern die des Sozialen Ausschusses vertreten. Mein Antrag auf Ueberweisung an den Magistrat fand nicht die Mehrheit.

Stadtv. **Emmer:** Als vom Gewerkschaftskongreß zu Stuttgart 1902 eine Reichsarbeitslosenversicherung gefordert war, wurde hier beschlossen, eine Denkschrift vorzulegen. Die Einführung der Versicherung glaubte man aber doch nicht empfehlen zu sollen. Das Resultat der Debatten in den ersten zwei Sitzungen des sog. Sozialen Ausschusses war erfreulicher. Die Mehrheit zeigte sich geneigt, etwas Positives für die Arbeitslosenzutun. In der letzten Sitzung wurde aber von einem Herrn kräftig abgepfiffen, da wehte gleich ein anderer Wind, und von einer Seite, die die Interessen des Großkapitals vertritt, wurde ausgeführt, es müßte endlich Halt gemacht werden mit der sozialen Gesetzgebung. Wenn in einer Körperschaft solche Stimmungen laut werden, dann kann doch von einem Sozialen Ausschuß keine Rede sein. Bedauerlich ist auch, daß in die Erörterungen politische Momente hineingetragen worden sind. Wir haben die Absicht, die Arbeitslosenfürsorge allen Organisierten zugute kommen zu lassen. Die Stadt hat auch noch aus anderen Gründen die Pflicht, den Gewerkschaften zu helfen bei der Unterstützung der Arbeitslosen. Denn wenn die Arbeiter sich nicht selbst helfen würden, könnten die Städte viel kräftiger und viel tiefer in den Beutel greifen bei der Armenunterstützung. Weil nun die Gewerkschaften beteiligt sein sollen, entsetzen sich die Herrschaften über unser Verlangen. Oberbürgermeister Rive sprach sogar im Ausschuß **vom Untergang des Vaterlandes** (Zuruf: Huh, huh! Heiterkeit) bei Einführung der Arbeitslosenversicherung. Mir erscheint es unfaßbar, daß ein Oberbürgermeister einer Großstadt derartige Ausführungen machen kann. Die Denkschrift der Generalkommission der Gewerkschaften habe ich dem Magistrat übergeben; man hat das Material als großartig bezeichnet, aber trotzdem hat man nichts getan, und es wird auch nie dazu kommen. Dabei haben doch alle Städte, die berichtet haben, gute Erfahrungen mit der Arbeitslosenversicherung gemacht, um so unverständlicher ist aber die Haltung des Magistrats und des Ausschusses. Die Arbeitgeber kann ich gar nicht verstehen. Mancher Arbeiter, der heute arbeitslos ist, wird sich krank melden — denn die Erfahrung lehrt, daß jeder Hungernde krank und arbeitsunfähig wird —, das müssen die Krankenkassen bezahlen, und selbstverständlich werden auch die Arbeitgeber belastet. Da ist es doch vernünftiger, wenn wir die Arbeitslosen als Arbeitslose unterstützen unter Zuhilfenahme der allgemeinen Mittel. Sie werden besser fahren, wenn sie der Wahrheit die Ehre geben. Die Stadtverwaltung sollte von der Bürgerschaft gezwungen werden, etwas für die Arbeitslosen zu tun. Deshalb ist es notwendig, daß der Antrag Gröbel angenommen wird und die Petitionen zur Berücksichtigung überwiesen werden.

Stadtv. Hoffmann: Ich möchte meine Behauptungen im Ausschuß aufrecht erhalten. Bei zunehmender sozialer Belastung wird die deutsche Industrie nicht mehr mit dem Ausland konkurrieren. Es wird schwer festzustellen sein, wer arbeitslos ist. Wenn die Bauarbeiter keine Arbeit mehr haben, dann sind daran ihre großen Forderungen mit schuld. Dadurch wird dem Unternehmertum das Bauen unmöglich gemacht. 120000 Mk. Aufwendungen für Arbeitslose sind nicht sehr viel bei den unendlich großen Einnahmen der Gewerkschaften. Wenn die Sozialdemokraten den Sozialen Ausschuß für antisozial halten, dann können sie ja austreten.

Stadtv. **Osterburg:** Herr Hoffmann hat sich einige kühne Behauptungen geleistet. Die Sozialpolitik soll die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt bedrohen. Das ist ein Märchen, denn seit der Einführung der sozialen Versicherungen hat die deutsche Industrie sich doch gerade die führende Stellung erobert. Ununterbrochen ist die deutsche Industrie gewachsen, das sieht man an der Kapitalskonzentration und vor allem an den hohen Dividenden, die auch in den Hallischen Unternehmungen bis zu 30 Prozent gezahlt werden. Es wird immer so dargestellt, als ob das Ausland gar keine Sozialpolitik hätte. Das ist falsch, den Tatsachen widersprechend; viele europäische Staaten leisten auf sozialem Gebiet heute schon mehr als Deutschland. (Widerspruch.) Daß die Sozialdemokratie zuerst gegen die sozialen Gesetze stimmte, dazu war sie gezwungen, weil die Leistungen ungenügend, unzulänglich waren. Im Prinzip aber ist die Sozialdemokratie immer für die Förderung der sozialen Gesetzgebung eingetreten. Das hat auch Bismarck anerkannt, als er sagte: Ohne Sozialdemokratie keine Sozialpolitik! Herr Hoffmann weiß auch nicht, was arbeitslos ist. Merkwürdig, das von dem Generaldirektor eines Industrieunternehmens zu hören. Arbeitslos ist, wer keine Arbeit hat, und das ist doch sehr leicht festzustellen. Wer nichts verdient, ist eben arbeitslos. Die heutige Gesellschaft erkennt ja das Recht auf Arbeit überhaupt nicht an, höchstens das Recht auf die Almosen der Armenunterstützung. Der eine nimmt Tausende und Zehntausende, vielleicht auch Hunderttausende ein, die große Masse aber lebt im Elend. Und dann sollen die Arbeiter schuld sein, daß nicht gebaut wird! Wenn die Bauarbeiter Forderungen stellen, dann sind sie stets berechtigt. Sie haben ja in der Regel auch nur 40 Wochen im Jahr Arbeitsgelegenheit, die Behörde gibt das sogar bei der Steuerveranlagung zu — da müssen die Bauarbeiter eben sehen, in der Saison den Unterhalt für das ganze Jahr zu verdienen. Ganz andere Momente sind schuld daran, daß nicht mehr gebaut wird: das Hausbesitzer- und Bodenspekulantentum, das von der Wohnungsknappheit profitiert. Die hochbesoldeten Direktoren, die tantiemenschluckenden Aufsichtsräte verteuern die Produktion, und diese Leute, die Hunderttausende jährlich einnehmen, ohne daß sie arbeiten, haben die Stirn, über die Begehrlichkeit der Arbeiter zu zetern. Wahrlich: das Schamgefühl ist zu den Hunden geflohen. (Der Vorsitzende ruft den Redner zur Ordnung.)

Oberbürgermeister Rive will den Ausdruck, den Emmer ihm vorgehalten hatte, nicht gebraucht haben. Es müsse ein Mißverständnis vorliegen.

Stadtv. **Gröbel:** Der Grundsatz des Schädeleinschlagens wird nicht von freiorganisierten Arbeitern geübt, eher von Vereinen, die im Schiffchen tagen, wo öfter mit Stuhlbeinen hantiert wird. Jede Roheit, jedes Vergehen des einzelnen Arbeiters gegen Andersdenkende wird von uns auf das schärfste verurteilt. Und glauben Sie vielleicht, daß wir uns hier anders verhalten? (Heiterkeit.) Allerdings wird die Arbeitslosenversicherung nur mit Hilfe der Gewerkschaften durchgeführt werden können; die Stadt braucht dann nur Zuschüsse zu leisten, was sehr einfach ist. Ich möchte noch sagen, daß der Metallarbeiterverband an Mitglieder, die mehr als ein Jahr steuerten, pro Woche 7 bis 12 Mk. zahlt bis zur Dauer von zwanzig Wochen. Bedenken Sie, welche gewaltige Leistung durch Selbsthilfe das ist. Andere Länder sind in der Arbeitslosenversicherung viel weiter, als Deutschland. Die deutschen Städte haben, da das Reich versagt, die Pflicht, voranzugehen. Stimmen Sie meinem Antrag im Prinzip zu.

Stadtv. **Emmer:** Der Oberbürgermeister hat den von mir wiedergegebenen Satz tatsächlich gebraucht. Ich habe ihn in der Sitzung wortgetreu niedergeschrieben. Er hatte sich in Wolle gerebet, und hat sich dabei verhauen. Jetzt bereut er ihn vielleicht.

Oberbürgermeister Rive: Ich habe den Ausspruch nicht getan.

Die Rednerliste ist erschöpft. Bei der Abstimmung wird der Antrag des Sozialen Ausschusses auf Uebergang zur Tagesordnung mit großer Mehrheit angenommen. Außer den Sozialdemokraten bleiben nur drei bürgerliche Vertreter sitzen.

*

Die Löhne der städtischen Arbeiter

Eine Petition der städtischen Arbeiter um Bezahlung der in die Woche fallenden Feiertage soll nach dem Antrag des Ausschusses in der Weise erledigt werden, daß sie in bezug auf die Wochentage dem Magistrat zur Berücksichtigung, im übrigen zur Erwägung überwiesen wird. Der Referent Kühme meint, wenn Wochenlöhne für alle Arbeiter eingeführt würden, seien alle Beschwerden aus der Welt geschafft.

Stadtv. Coqui: Mir genügt der Beschluß des Petitionsausschusses nicht, um zufriedene Arbeiter zu schaffen. Ein Familienvater blickt trübe in die Zukunft, wenn ein Jahresfest naht und ihm ein oder zwei Tagelöhne fehlen. Ich beantrage, die Petition in ihrem ganzen Umfange zur Berücksichtigung zu überweisen.

Stadtv. Hüllemann befürwortet die Berücksichtigung, aber nur für Arbeiter mit nationaler Gesinnung und einwandfreier Führung.

Oberbürgermeister Rive: Als wir Weihnachten Ihren Beschluß in die Tat umsetzten, haben sich doch mancherlei erhebliche Schwierigkeiten ergeben. Würden wir die Festtage bezahlen, käme das einer Belastung der Stadtkasse mit etwa 25000 Mark gleich. Nach politischen Gesichtspunkten kann hierbei nicht verfahren werden, denn selbstverständlich sind unter den städtischen Arbeitern auch Sozialdemokraten. In der Ueberweisung zur Berücksichtigung liegt schon ein starker Ton.

Stadtv. **Gröbel:** Wir ersuchen um Beitritt zur Petition, würden auch entsprechend unserer alten Forderung die Zahlung von Wochenlöhnen lebhaft begrüßen. Die Beamten, die meist viel günstiger besoldet werden als Arbeiter, bekommen alle Feiertage bezahlt, selbstverständlich auch Herr Hüllemann (Sehr gut!), der die nationale Gesinnung von den städtischen Arbeitern fordert. Er würde sich vielleicht gar entrüsten, wenn ein städtischer Arbeiter Kotkohl zu Mittag ißt. (Heiterkeit.) Das ist ein unerhörtes Verlangen, dem Herr Hüllemann hier Ausdruck verliehen hat, ein Verlangen, das zur Gesinnungslumperei führt. Ich habe eine Zusammenstellung vor mir, wonach 43 deutsche Städte die gegenwärtige Forderung der städtischen Arbeiter erfüllt haben, große, mittlere und kleinere Städte. Und so hohe Kosten würden bei allgemeiner Durchführung der Stadt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140610-10/fragment/page=0006

Halle nicht erwachsen. Ich habe festgestellt, daß nur etwa 15 000 Mark gebraucht würden. Scheuen wir uns nicht, die berechtigten Forderungen unserer Arbeiter zu erfüllen. Der nächste Feiertag, der bezahlt werden muß, ist der Bußtag, da müssen wir sowieso Buße tun. (Heiterkeit.)

Stadtv. Hüllemann: Ich will die Feiertagsbezahlung nur für national gesinnte Arbeiter empfehlen, weil ich für das Prinzip der Stubenreinheit bin. Wer sozialdemokratisch denkt, gehört nicht in einen städtischen Betrieb. Man sollte jedenfalls von städtischen Arbeitern verlangen, daß sie mit der Sozialdemokratie nicht sympathisieren. (Gelächter. Widerspruch.)

Stadtv. Meyer: Der Hüllemannsche Standpunkt hat etwas für sich. Ich kann mich heute nicht mehr für die Berücksichtigung der Petition erklären.

Es läuft ein Antrag auf Schluß der Debatte ein.

Dagegen wendet sich Stadtv. Osterburg: Die Hüllemannschen Ausführungen dürfen nicht unwidersprochen bleiben, denn etwas ähnliches sei wohl noch niemals in einem Parlament gefordert worden. Das gibt eine gewaltige Korruption. (Vorsitzender erregt: Sie dürfen jetzt nicht zur Sache sprechen!)

Der Schlußantrag findet mit großer Mehrheit Annahme. (Zurufe: Hüllemann stimmt auch für Schluß!)

Bei der Abstimmung wird der weitestgehende Antrag Coqui gegen ungefähr 12 Stimmen abgelehnt, mit der gleichen Minderheit der Antrag Gröbel auf Wochenlöhne. Der Antrag des Petitionsausschusses wird darauf mit anscheinend knapper Mehrheit angenommen.

*

Eine politische Debatte um die Sonntagsruhe

Die kaufmännischen Verbände hatten eine Petition eingereicht, die vom Reichstage die gleichartige Behandlung der Städte in der Frage der Sonntagsruhe erbittet. Der Petitionsausschuß empfahl durch den Stadtv. Kühne, der Petition beizutreten.

Stadtv. Meyer bestreitet, daß die Stadtverordneten-Versammlung ein Recht habe, derartige „nichtkommunale" Angelegenheiten zu beraten. Der Wunsch der Petenten sei verständlich, aber das ginge uns hier nichts an.

Der Vorsteher sagt, nach dem kürzlichen Beschluß, wonach der sozialdemokratische Petitionsantrag auf Einführung der geheimen Stimmabgabe als „unzulässig" hier von der Verhandlung ausgeschlossen worden sei, müsse man erneut prüfen, um konsequent handeln zu können.

Der Oberbürgermeister hält die Versammlung nicht für zuständig zur Beratung solcher Petitionen. Das Herrenhaus habe bereits so beschlossen.

Stadtv. Prof. Biermann bezweifelt die Richtigkeit des vorigen ablehnenden Beschlusses. Kompetente Juristen hätten ihm mitgeteilt, daß der sozialdemokratische Petitionsantrag wohl hätte verhandelt werden dürfen. Stadtv. Döhler ist ebenfalls für Verhandlung.

Stadtv. Hennig: Ich stelle fest, daß Ihnen jetzt Ihr Gewissen zu schlagen beginnt, weil Sie neulich unseren Petitionsantrag zu Unrecht nicht zuließen. Aber selbst wenn Sie glauben sollten, daß wir nicht einmal ein Bittrecht über solch wichtige kommunalpolitische Fragen haben, so müßten Sie gerade deswegen zustimmen, um die Rechte der Stadtvertretung zu erweitern. Vor allem aber müssen Sie konsequent sein. Lassen Sie diese Petition zu, so durchbrechen Sie Ihren früheren Beschluß und bestätigen, daß Sie neulich unsere Petition nur deshalb nicht zur Verhandlung zugelassen haben, weil sie von uns Sozialdemokraten kam. Wir sind begierig auf Ihren jetzigen Beschluß — er wird für uns bald weitere Konsequenzen haben müssen.

Gegen 4 Stimmen wird darauf beschlossen, die Petition für zulässig zu erklären und darüber zu verhandeln. Nach längerer Verhandlung, in der sich der Oberbürgermeister entschieden gegen die ganze Petitionsrechtsausübung wandte, wird der Petition mit großer Mehrheit zugestimmt.

Schluß der Sitzung ¼9 Uhr.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 9. Juni 1914.

Die Aera Holly zu Ende?

Wie wir erfahren, hat der Bürgermeister v. Holly die Absicht, sich am 1. Oktober d. J. pensionieren zu lassen. Dieser allerdings begreifliche Entschluß dürfte durch die Niederlage der Hollyschen Finanz- und Etatskunst bei der letzten Etatsberatung beschleunigt worden sein. Aber — das System Holly will nur verschwinden mit einem großen Aber. Das „Aber" soll finanzieller Art sein, ganz „finngemäß". Herr v. Holly will sich angeblich nur pensionieren lassen, wenn ihm das volle Gehalt von 12000 Mark weitergezahlt werde. Sonst will er sein herrliches Finanzsystem, das durch die letzten Beschlüsse erst halb beseitigt ist, weiter munig verfechten.

Oberbürgermeister Rive hat gestern in der Stadtverordnetenversammlung bei einer Anzahl bürgerlicher Herren die ersten Fühler wegen des „vollen Gehalts" ausgestreckt. Doch ist ihm allerseits bedeutet worden, daß es bei Herrn v. Holly mit dem ihm zustehenden 60 Prozent des Gehaltes sein Bewenden haben müsse. Was wird nun geschehen? Man darf darauf wirklich neugierig sein!

Wer wird Stadttheater-Direktor?

Aus Halle wird einem Berliner Blatt geschrieben, die Frage, wer der Nachfolger des Geheimrats Max Richards wird, sei noch immer nicht entschieden, und es würden wohl noch 14 Tage bis drei Wochen vergehen, ehe der Posten des Stadttheaterdirektors definitiv besetzt sei. „Die Frage der Besetzung bildet in Halle augenblicklich das Tagesgespräch; die verschiedenen Parteien treten mit großem Temperament für ihre Kandidaten ein." (Das ist die übliche Uebertreibung, aus der lebhaften Phantasie des Berichterstatters entsprungen. Die verschiedenen Parteien werden wohl aus drei oder vier Stadtverordneten und ebenso vielen Magistratsräten gebildet. Red.) Aus den 64 Bewerbern schied man zunächst jene aus, die zwar einen Namen als Schriftsteller, Dramaturgen und Regisseure besitzen, sich aber als praktische Theaterleiter noch nicht bewährt haben. Die Theaterdeputation bereiste eine Reihe Städte, um sich die Bewerber an Ort und Stelle anzusehen, und kam wenig vergnügt zurück. Seitdem wird unausgesetzt beraten und unterhandelt. An der Spitze der Bewerber stehen augenblicklich Dr. Johannes Maurach, der Direktor des Essener Stadttheaters, Otto Maurenbrecher, der Direktor des Stadttheaters in Kottbus, und Leopold Sachse, der Direktor des Stadttheaters in Münster i. Westf. und der Sachse-Oper in Berlin. Aller Voraussicht nach wird einer von diesen Herren der neue Direktor des Hallischen Stadttheaters werden.

Für eine neue Direktion Richards ist wenig Stimmung vorhanden. Der G.-A. schreibt: „Daß für eine solche Lösung (Fortsetzung der Direktion Richards) von bestimmter Seite Aus Propaganda gemacht wird, ist uns nicht unbekannt; wir glauben aber auch zu wissen, daß sich innerhalb der städtischen Behörden heute keine Mehrheit für eine neue Direktion Richards finden würde. Ja, bei einem „Umfall" einer augenblicklichen Stadtverordnetenmehrheit nach der Richardsschen Seite wäre wohl kaum mit einer Zustimmung des Magistrats dafür, höchstens mit einem ernsten Konflikt innerhalb der städtischen Behörden selber zu rechnen." Ganz so schlimm wird's ja wohl doch nicht werden. Dafür wird Herr Hofrat Richards schon selbst sorgen.

* **In der geschlossenen Stadtverordneten-Sitzung** wurde die Fluchtlinienänderung und der Landaustausch Robert Franzstraße beschlossen. Zum Bezirksvorsteher des 24. Armenbezirks wurde Rektor Könecke, Richard Wagnerstraße 47, gewählt. Zu Armenpflegern wurden bestellt: Im fünften Bezirk Schneidermeister Hahn, Mansfelderstraße 56, im sechsten Bezirk Kaufmann Knäusel, Kleine Ulrichstraße 24a, im 18. Bezirk Bäckermeister Preußer, Weidenplan 7.

* **Ein neues Regiment Soldaten für Halle?** Dem Vernehmen nach beabsichtigt die Gestütsverwaltung die Verlegung des hiesigen Gestüts nach Graditz. Der Staat möchte das Gestütsgelände mitsamt den Gebäuden nun an die Stadt verkaufen und glaubt, deren Kaufkraft müßte erst gesteigert werden durch die Zusicherung der Verlegung eines weiteren Regiments Soldaten nach Halle. Das ist überflüssig, die Stadt wird das Gelände zu angemessenem Preise vom Fiskus erwerben, auch wenn Militär nicht mehr nach Halle verlegt werden sollte.

* **Blumenkorso auf der Saale.** Vorbehaltene Sitzplätze auf der Peißnitzspitze und dem Cröllmitzer Ufer zum Blumenkorso und Wettschwimmen sind zum Preise von 1,50 Mk. zu haben bei J. L. Heise, Händelstr. 38, Rich. Heinze, Gr. Steinstr. 71 und Gr. Ulrichstr. 40, Arthur Kopsch, Steinweg 29, Franz Beeck, Leipzigerstr. 56, Steinbrecher u. Jaiser, Leipzigerstr. 1 u. Schartenstraße 1, W. F. Wollmer, Gr. Ulrichstraße und in der Geschäftsstelle des Verkehrsvereins, Brüderstr. 4. In letzterer sind auch Plakkarten zur Mitfahrt in geschmückten Gondeln zum Preise von 2 Mk. zu haben.

* **Der städtische Grundeigentumsausschuß** beschloß den Ankauf des 410 Quadratmeter großen Schmiedemeister Dabelowschen Grundstücks, Seebenerstraße, für 50000 Mk. Das Haus soll zur Freilegung der Burgruine Giebichenstein verschwinden und auch zur Verlegung der Straßenbahngeleise von der Mohrecke auf die andere Seite.

* **Das Landwirtschaftliche Institut der Universität Halle** begeht am kommenden Montag und Dienstag — 15. u. 16. Juni — die Feier seines 50jährigen Bestehens. Die Feier wird am Montag eingeleitet mit einem um 11 Uhr in der Aula der Universität beginnenden Festakt. Nachmittags 4 Uhr folgt dann die Einweihung des Instituts für Tierzucht, der sich ein Gang durch den Garten des Instituts anschließt. Abends 7 Uhr ist Festessen, dann folgt die von der Stadt Halle veranstaltete Festbeleuchtung der Moritzburg. Am Dienstag ist von vormittags 10 Uhr ab eine Besichtigung des Landwirtschaftlichen Instituts und des Versuchsfeldes, nachmittags das von der Stadt dargebotene Gartenfest im Zoologischen Garten und abends Festkommers in der Saalschloßbrauerei.

* **Das Trotbaer Wehr.** Zum Schutz vor den Gefahren des Trotbaer Wehres für Ruderboote will der Verein der Gondelbesitzer bei der Wasserbauinspektion die Erlaubnis nachsuchen zu Maßnahmen, die nach der Meinung der Beteiligten jede Gefahr ausschließen. Es sollen vier Meter oberhalb des Wehres auf der ganzen Strombreite schwere Balken mit Ketten verankert werden, die jedes anstoßende Boot am Hinabgleiten sicher hindern. Ein längerer Balken soll, um den wenigen Flößen Durchlaß zu gewähren, zum Ein- und Ausschalten eingerichtet werden. Es fragt sich noch, ob die Wasserbauinspektion auch diese Maßnahmen zulassen wird.

* **Unglücksfall.** Heute Vormittag gegen 10¼ Uhr wurde in der Geiststraße, Ecke Scharrenstraße, ein Dienstmädchen von einem Geschäftsradfahrer angefahren und auf das Pflaster geschleudert. Das Mädchen erlitt eine klaffende Wunde am Kopf und anscheinend eine Verstauchung des linken Armes. Der Radfahrer stürzte gleichfalls, trug aber keine Verletzungen davon.

* **Verscheuchter Dieb.** In der verflossenen Nacht gegen 4 Uhr morgens, fand ein Wächter der Wach- und Schließgesellschaft die Gartentür der Konditorei des Herrn Dietze, Burgstraße, offen. Beim Revidieren entfloh ein Mann, der mehrere Flaschen Wein und Fruchtsaft, die er aus dem Büfett entwendet hatte, zurückließ. Dem Eigentümer wurden die Flaschen wieder zugestellt.

Ammendorf. Gemeindevertretersitzung. Der Antrag des Herrn Gemeindevorstehers an die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft in Berlin, um Fahrpreisermäßigung für die Fahrt zwischen Ammendorf—Halle ist mit nichtssagender Redewendung abgelehnt. — Bewilligt wurden die Mittel zur Reparatur des Pflasters mehrerer Straßen sowie die Anpflanzung diverser Baumsorten (mit Baumschützern) in mehreren Straßenzügen. — Dem Antrag auf Uebernahme der Reklamehäuschen des Herrn Möhle durch die Gemeinde wurde nicht stattgegeben. — Verpachtung der Pflaumen- und Grasnutzung am Wege nach Planena an Frau Kleinert wurde mit 50,50 Mk. akzeptiert. — Für die Fortbildungsschüler wird ein Schuppen zur Unterbringung ihrer Fahrräder bewilligt. — Zum Verbandstage der Landgemeinden am 9. und 10. d. Mts. wird nur Herr Gemeindevorsteher Hähn delegiert. — Ein Antrag der Gemeinde Beesen, Verlegung einer Kanalleitung in der Wilhelmstraße, wird nachträglich bewilligt. — Einen recht peinlichen Eindruck machten verschiedene, von Herrn Vergassessor Schulze hervorgerufene Rencontres mit dem Gemeindevorsteher; ersterer machte seinem Unmute über die Gewerbesteuer in Reden Luft, die (gelinde gesagt) sehr bedauerlich sind in einer Gemeindevertretersitzung, welche doch praktische Arbeit liefern soll. Die Herren wollen, zum Zwecke einer Aussprache hierüber, eine Extrasitzung beantragen, die sehr lebhaft werden dürfte.

Könnern. Vom Rathause. Nachdem man in der letzten Stadtverordnetensitzung von einigen Angelegenheiten Kenntnis genommen hatte, wurde der Betriebsbericht des städtischen Elektrizitätswerkes vom 1. April 1913 bis letzten März 1914 gegeben. Daraus war zu entnehmen, daß die gesamte Einnahme 37303 Mk. betrug. Im Vorjahre waren es nur 34050 Mk., mithin eine Mehreinnahme in diesem Jahre von 3253 Mk. Erzeugt sind insgesamt 184595 Kilowattstunden; daß ist eine Steigerung um 55504 Stunden. Nachdem die Stadt zur Straßenbeleuchtung anstatt der Kohlenfadenlampen Metallfadenlampen verwendet, hat sich der Verbrauch im letzten Jahre um 15522 Kilowattstunden verringert, was den Stadtäckel um 4869 Mk. entlastet. Die gesteigerte Stromerzeugung machte sich durch die Wasserförderung für das Wasserwerk nötig. Da beide Werke miteinander verbunden sind, wurde gleichzeitig eine Uebersicht über die im letzten Rechnungsjahre geförderten Wassermengen gegeben. Die Mindestförderung betrug an einem Tage 56, während die Höchstförderung 635 Kubikmeter betrug. Der Durchschnitt betrug an einem Tage 450 Kubikmeter. — Die Kirchenverpachtung brachte der Stadt eine Einnahme von 925 Mk. — Bekanntlich sollen die Bahnhofs- und Köthenerstraße neu gepflastert werden. Nach dem Voranschlag belaufen sich die Ausgaben auf 19593 Mk. Der Kreis hat dazu eine Beihilfe von 3000 Mk. in Aussicht gestellt, wenn die Straße nach Gorsena vor der Sonne in einer Länge von 24 und einer Breite von 5 Metern ebenfalls neu gepflastert wird. Das würde eine weitere Ausgabe von rund 1000 Mk. bedeuten; die Arbeit soll aber erst im nächsten Frühjahr ausgeführt werden. Eine Petition des Fabrikdirektors Thorwest und des Amtsgerichtsrats Dr. Mayer ersuchte um Neupflasterung des östlichen Teiles der Bahnhofstraße. Die Wünsche dieser Herren werden natürlich nach Möglichkeit erfüllt, und wenn es nicht zu weit zum Herbst hineinkommt, ehe die projektierten Pflasterarbeiten ausgeführt sind, soll auch diese Straße noch in diesem Jahre neu gepflastert werden, damit man auch bei Regenzeiten „trockenen Fußes" zum Bahnhof gelangen kann. — Da die Fortbildungsschule seit einiger Zeit in eine kaufmännische und in eine gewerbliche geteilt ist, sind auch die Ausgaben dafür höhere geworden. Sie betragen in diesem Jahre 2911 Mk., wovon der Staat eine Beihilfe von 995 Mk. gewährt. — Nachdem man noch einem kleinen Landaustausch seine Zustimmung gegeben und für fünf Bureauschränke 725 Mk. bewilligt hatte, die sich auf fünf Jahre verteilen sollen, wurde ein Tarif für die Lichtentnahme ausgearbeitet und angenommen. Es wurden dabei „Einheitspreise" zugrunde gelegt, die sich nach der Höhe der verbrauchten Kilowattstunden zwischen 50 und 20 Pfennig für die Stunde bewegen. Dabei wurde Klage geführt über die ungerechte Verteilung der Zählermiete. Der Magistratsvertreter führte das auf die technischen Einrichtungen zurück, gab aber zu, daß die Miete im allgemeinen etwas hoch bemessen sei. Diese Aussprache veranlaßte nun den erstklassigen Vertreter Thorwest zu Klagen über die ungerechte Verteilung der Wasserlasten. Der Mann hat jetzt die Entdeckung gemacht, daß arme, kinderreiche Familien viel zu viel Wassergeld bezahlen. Er hat damit das bestätigt, was wir wiederholt und nachdrücklich betont haben. Während der Bürgermeister unseren Ausführungen mehrfach entgegen getreten ist und den Tarif als sozialen Mustertarif hinstellte, hüllte er sich diesmal in tiefes Schweigen, auch die Stadtverordneten zeigten wenig Neigung zu einer Debatte über diesen Punkt. Es fehlten wieder die Arbeitervertreter. So wird vorläufig alles beim Alten bleiben.

Aus der Provinz.

Kreistag Mansfeld.

Der Sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Mansfeld hielt am Sonntag im Lokal Fortuna zu Teutschenthal seinen diesjährigen Kreistag ab. Nach zwei Begrüßungsliedern der Arbeiter-Gesangvereins Teutschenthal heißt der Vorsitzende die Delegierten willkommen und wünscht den Verhandlungen guten Erfolg. Er ergänzt sodann den bereits im Volksblatt veröffentlichten Jahresbericht noch in einigen Punkten. Die Mitgliederzahl betrug im Vorjahre 715 männliche und 401 weibliche; sie beträgt jetzt 830 männliche und 423 weibliche, zusammen 1253 Mitglieder. Es ist demnach eine Zunahme von 134 Mitgliedern zu verzeichnen. Wenn der Erfolg in der roten Woche an einigen Orten nicht befriedigt, so liegt das an der Lauheit der dortigen Genossen. Auch der Lokalfrage wurde leider nicht immer das notwendige Interesse entgegengebracht, wodurch uns einige Lokale verloren gingen. Daß bei der letzten Stadtverordnetenwahl in Mansfeld die Gegner das Mandat mit fünf abgegebenen Stimmen in ihren Besitz bekamen, konnte nur geschehen, weil unsere Genossen nicht auf dem Posten waren. Die vom letzten Kreistage den Vorständen anheimgegebene Ausarbeitung einer Vorlage über Sterbeunterstützung ist unterblieben, weil auf Umfrage von vielen Orten erklärt wurde, es läge dafür kein Bedürfnis vor.

Der Kassierer verweist auf den gedruckt vorliegenden Kassenbericht.

Genosse Wenzeck erklärt, daß man in Mansfeld von einer Beteiligung an der Stadtverordnetenwahl abgesehen habe, weil man sich keinen Erfolg versprach. Von einem anderen Genossen wird die Einführung der Sterbeunterstützung befürwortet. Genosse Weber gibt den Bericht des Bildungsausschusses und ersucht, von der Wiederwahl eines solchen abzusehen, da der Bezirks-Bildungsausschuß ins Leben getreten ist. Vom Jugendausschuß berichtet Genosse Besser. Dieser habe auf Grund der Anregungen durch die letzte Jugendleiter-Konferenz gute Erfolge zu verzeichnen. Es müsse deshalb in der bisherigen Weise tüchtig weiter gearbeitet werden. Genosse Heinrich berichtet, daß die Maifeier im Kreise einen sehr befriedigenden Verlauf nahm. Es müsse aber bei allen derartigen Veranstaltungen in Zukunft etwas kaufmännischer gerechnet werden. Ueber gute Fortschritte in der Frauenbewegung berichtet Genosse Hendrich. Beim Flugblattverbreiten und in der roten Woche sei es vorgekommen, daß die Frauen tätiger waren als die Männer; das ist für die Frauenbewegung ein erfreuliches Zeichen.

Die Einführung einer Sterbeunterstützung wird endgültig abgelehnt, da die Genossen anderweit genug Gelegenheit haben, sich gegen solche Fälle zu versichern. Die Anträge Teutschenthal, für Orte mit sozialdemokratischen Gemeindevertretern die große Landgemeindeordnung auf Kreiskosten zu beschaffen, und Mansfeld, die Beiträge für Invaliden auf die Hälfte zu ermäßigen, werden ebenfalls abgelehnt.

Reichstagsabgeordneter Genosse Brandes-Magdeburg hält dann einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über eine wirksame Agitation.

Zum Punkt: Presse referiert Genosse Schmidt-Halle. Vom Verlage werde alles getan, damit das Blatt nach jeder Richtung seiner Aufgabe entspreche. Deshalb muß auch alles daran gesetzt werden, den Abonnenten-Stand nicht nur zu halten, sondern auch zu erhöhen. Die jetzige Situation muß als Ansporn dienen, eine lebhafte Agitation für unsere Presse zu entfalten. Genosse Berg beklagte sich über Maßnahmen des Verlags. — Genosse Wenzeck unterstützt die Aufforderung des Genossen Schmidt. Die Presse ist eine der wichtigsten Waffen der Arbeiterschaft. Das ist auch aus den Verfolgungen und Bestrafungen zu ersehen, denen sie ausgesetzt ist. Der Verlag stellt Agitationsmaterial reichlich zur Verfügung, es muß aber mehr ausgenutzt werden. An den nicht befriedigenden Fortschritten des Volksblattes ist auch die Redaktion schuld, die oft eingesandte Berichte dem Papierkorb einwerfelt. (Lebhafter Widerspruch.) In den kommenden Monaten muß in eine lebhafte Agitation für das Volksblatt eingetreten werden. Genosse Heinrich ist der Ansicht, daß bei der Auswahl der Expedienten mehr Vorsicht geübt werden muß. Beispiele beweisen, daß hier vieles im Argen liegt; die Zeitungskommissionen müssen besser arbeiten. Genosse Berg ist sehr zufrieden mit der Redaktion und kann über Zurücksetzung nicht klagen. Genosse Röthel vertritt einen Antrag Teutschenthal, welcher wünscht, daß die Zeitung früher versandt wird. Es wird dadurch eine pünktlichere Zustellung möglich und vieles besser sein.

Der Vorsitzende gibt sodann die Präsenzliste bekannt. Anwesend sind 23 Delegierte, 2 Genossinnen und 5 Vorstandsmitglieder. Außerdem sind erschienen für die Agitationskommission Genosse Kürbs, Verlag Genosse Schmidt, Preßkommission Genosse Rothe, Redaktion Genosse Fischer und der Referent Genosse Brandes-Magdeburg.

Zu dem am 26. August stattfindenden Bezirkstage gibt der Vorsitzende bekannt, daß die Orte Zappendorf, Teutschenthal, Leimbach, Langenbogen und Ermsleben an der Reihe sind, diesen zu beschicken. Von der Delegation zum Parteitag ist in den letzten Jahren vom Kreis kein Gebrauch gemacht worden. Es wurde beschlossen, in diesem Jahre einen Delegierten in der Person des Kreisvorsitzenden zu entsenden. Nachdem der Kreisvorstand in seiner Gesamtheit wiedergewählt wurde, war die Tagesordnung erschöpft und der Vorsitzende schloß mit der Aufforderung zu reger und fleißiger Parteiarbeit die Tagung.

Wahlkreis Torgau-Liebenwerda.

Die Bezirksleitungen und Gewerkschaftskartelle werden ersucht, die vom Parteivorstand gratis zur Verfügung gestellten Broschüren: Kampf- ums Koalitionsrecht zur weiteren Verbreitung zu bringen. In den Bezirken, wo Gewerkschaftskartelle vorhanden sind, ist eine schnelle Vereinbaring über die Anzahl der Broschüren festzustellen und dem Kreisvorstand mitzuteilen oder durch die Delegierten zum Kreistag am nächsten Sonntag zur Erledigung bringen zu lassen. Das sehr empfehlenswerte Heftchen kann den Gewerkschaftsblättern beigelegt werden. In den Bezirken, wo keine Kartelle bestehen, ist eine Verbreitung ebenfalls sehr erwünscht. Mögen deshalb alle Bezirke schnell handeln und Anzahl und Versandadressen umgehend an die Kreisleitung richten.

Der Kreisvorstand.

Thüringer Schokoladenhaus-Verkaufsstellen: Merseburg, Kleine Ritterstrasse 1 :: Bitterfeld, Hallescherstrasse 17, Eilenburg, Leipzigerstrasse 25 :: Torgau, Bäckerstrasse 16.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140610-10/fragment/page=0007

Donnerstag in der Stadt Halle: Distrikts-Versammlungen.

— **Freiwilliger Tod.** Ein 20jähriges bisher unbekannt gebliebenes Mädchen, fand am Sonntag nachmittag durch Ertrinken in der Saale an der Einmündung des Grabens der Königsmühle den Tod. Nach gemachten Mitteilungen wurden die von in der Nähe weilenden Anglern gemachten Rettungsversuche von ihr abgewehrt. Die angestellten Nachforschungen blieben bisher erfolglos Der Beweggrund zu der unglücksseligen Tat sowie die Personalien der Lebensmüden blieben bisher unbekannt. Den Spaziergängern soll das einfache Kleidung tragende Mädchen schon vorher aufgefallen sein.

— **Dreister Schwindel.** Der arbeitslose Arbeiter Richard Gottschalk, aus Schlesien gebürtigt, versuchte mittels gefälschten Briefes, den er durch einen Schulungen dem Konditoreibesitzer Lauterbach überbringen ließ, Geld (60 Mk.) zu erschwindeln. Dem Geschäftsmann erschien die Sache verdächtig, und da die sofortige telephonische Anfrage bei einem andern Geschäftsmanne die Vermutung bestätigte, erfolgte auf dem Markte, wo Gottschalk auf den Betrag wartete, die Festnahme.

Querfurt. Zwangsinnung für Schneider. Nachdem sich angeblich bei der Abstimmung die Mehrzahl der beteiligten Gewerbetreibenden für die Einführung des Beitragszwanges erklärt hat, wird auf Anordnung des Regierungspräsidenten ab 1. September 1914 eine Zwangsinnung für das Schneiderhandwerk für den Bezirk der Städte Querfurt und Mücheln und der Amtsbezirke Lodersleben, Vitzenburg, Sittichenbach, Obhausen, Bierdörfer, Oberwünsch, St. Ulrich, Geiseltal, Branderoda, Bedra und Kleineichstädt mit dem Sitze in Querfurt und dem Namen Zwangsinnung für Querfurt und Umgegend errichtet. Vom genannten Zeitpunkt ab gehören alle das Schneiderhandwerk betreibenden Personen dieser Innung an — ob sie mit dieser Art Handwerksretterei einverstanden sind oder nicht.

Laucha. Stadtverordnetensitzung. Die Zuckerfabrik beantragte eine Verstärkung der elektrischen Stromleitung bis zur Entnahme von 50 Pferdekräften. Die Legung der Leitung bis zu ihren Scheunen beantragten ferner die Stadtgutsbesitzer Oertel jun. und Eckardt. Nach längerer Erörterung beschloß die Versammlung Vertagung zwecks Beschaffung weiterer Unterlagen. Der Magistrat beantragt, die obere Hauptstraße, die sich in äußerst schlechtem Zustande befindet, einen Meter rechts und links nebst den Gossen mit Schlackensteinen zu pflastern. Die Kosten sind mit 3220,50 Mk. veranschlagt. Hierüber entspann sich eine längere Debatte, in welcher die Meinungen der Stadtverordneten weit auseinander gingen. Stadtverordneter Hoffmann stellte einen Vertagungsantrag bis nach Fertigstellung der Wasserleitung, der aber abgelehnt wurde. Abgelehnt wurden ferner der Magistratsantrag und ein dahingehender Antrag, alte gewöhnliche Steine zu verwenden. Da jedoch an der Hauptstraße etwas getan werden muß und die Tiefbaukommission die ganze Angelegenheit nochmals klarstellte, gelangte schließlich der zuerst abgelehnte Magistratsantrag mit acht gegen drei Stimmen zur Annahme. Zu dem Gesuch des Mühlenbesitzers Tittel, die Genehmigung einer Rohrleitung zur Abführung der Tagesgewässer unter dem Straßenpflaster der Mühlstraße durch seinen Garten bis zur Unstrut, hat die Tiefbaukommission gleich ein Erweiterungsprojekt in Vorschlag gebracht, dahingehend, daß gleich die ganze Salzstraße kanalisiert wird, um dadurch die Abwässer der Oberstadt nach der Unstrut zu leiten. Dieses Projekt fand leider keine Zustimmung und die Versammlung beschloß daher, den Magistrat zu ermächtigen, Tittel gegen eine Anerkennungsgebühr die Legung der Rohrleitung auf seine Kosten zu genehmigen. In die Schuldeputation werden gewählt: Bürgermeister Jöricke, Dr. Rühlemann, Rektor Dau, Beigeordneter Kannis und die Stadtverordneten Eckardt und Hoffmann. Für die Bodelschwingsche Anstalt Hoffnungstal in Bethel wurden 10 Mk. bewilligt. Die Versammlung nahm alsdann u. a. noch Kenntnis von einer Verfügung der Regierung, wonach die von der vorigen Versammlung genehmigte auf ein Jahr anzustellende Lehrerin auf drei Jahre anzustellen ist, sowie einer Unfallsache, in welcher sich der Sohn des Konditors Gutsmuths auf dem Schulhofe durch Fallen eine Verstauchung des Beines zugezogen hatte. Der Vater stellte Schadenersatzansprüche an die Stadt, die jedoch abgelehnt wurden.

Delitzsch. Ungültiges Ortsstatut. In der letzten Sitzung des Schöffengerichts Delitzsch wurde über einen Einspruch des Kaufmanns Rudolf K. gegen einen Strafbefehl wegen Nichtreinigung der Straße verhandelt. Die Verhandlung hatte das überraschende Ergebnis, daß das Ortsstatut betreffend die Straßenreinigung in der Stadt Delitzsch für rechtsungültig erklärt und der Angeklagte freigesprochen wurde. Das Gesetz über die Reinigung öffentlicher Wege vom 1. Juli 1912, das den Begriff der an der Straße angrenzenden Grundstücke selbst bestimmt, läßt keinen Raum für § 2 des Ortsstatuts, der diesen Begriff ebenfalls zu definieren sucht. Ferner trägt das Statut als Datum seiner Genehmigung durch den Magistrat den 15. April und den 19. August 1913, während die polizeiliche Genehmigung bereits am 12. August 1913 ausgesprochen war, sich also nicht mehr auf den Magistratsbeschluß vom 19. August beziehen kann.

Golpa. Ein Fest der „Wirtschaftsfriedlichen". Durch drei Nummern hindurch berichtet das „unparteiische" Gräfenhainicher Tageblättchen von dem 1. Stiftungsfeste, das die gelbe Garde des Kohlenwerkes Golpa am 1. Pfingstfeiertage mit vielem Bumbum und Trara feierte. In nahezu 200 Druckzeilen macht es seine Leser mit den Tiraden der beiden Festredner bekannt und erzählt etwas von dem „frisch pulsierenden Leben", aus dieß „Arbeiterbewegung" durchströme, und der imposanten nationalen Kundgebung. Als erster Redner trat der Vorsitzende (im Nebenamt Obersteiger) auf, der nach dem unvermeidlichen Hoch auf Wilhelm II. die „nationale Arbeit" feierte. Unter nationaler Arbeit versteht der werte Herr jedenfalls auch die Behandlungsweise, die von ihm persönlich ausgeht gegenüber denjenigen Arbeitern, die nicht nach seiner Pfeife tanzen wollen. Mit allen möglichen Schmeichelnamen, wie sie in der Zoologie vorkommen, wirft er um sich, und hält es in der Ordnung, jedermann zu duzen, auch bei jeder Gelegenheit, wo es ihm gegen den Strich geht, die Worte zu gebrauchen: Wem's nicht paßt, der kann gehen! Wirklich nationale Arbeit nennt man das, nicht wahr, Herr Schottmann? Als zweiter Redner sagte dann ein Herr Specht aus Bitterfeld sein Sprüchlein herunter. Er brachte es sogar fertig, von der gelben als der „modernen Arbeiterbewegung" zu reden, „die den Einzelnen herausreißt aus den drückenden Fesseln des Proletariats" (und ihn immer mehr knechtet und fesselt an den Unternehmer und den Kapitalismus, ihm seine Gesinnung gewaltsam raubt und den Arbeiter zum Heloten, zum Stumpfsinn erziehen will), möchten wir uns erlauben hinzuzusetzen. An die organisierte Arbeiterschaft richten wir nun das Ersuchen, mit allen Mitteln dahin zu arbeiten, der wirklich modernen Arbeiterbewegung immer mehr neue Kämpfer, neue Mitglieder zu werben, und das ist nur die sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften; ferner unseren Volksblatt neue Leser zuzuführen und die bürgerliche Presse aus dem Hause eines jeden Arbeiters zu verbannen.

Eilenburg. Abgewiesene Beschwerde. Durch Beschluß der Stadtverordnetensitzung vom 24. November v. Js. sollten die Anlieger der nördlichen Seite der Bergstraße zu den Kosten, welche die Herstellung eines Bürgersteiges dortselbst verursacht, einen gewissen Prozentsatz mit beitragen. Die betreffenden Hausbesitzer wehrten sich dagegen und reichten Beschwerde gegen diesen Beschluß beim Bezirksausschuß in Merseburg ein. Nach einer Bekanntmachung des Magistrats hat der Bezirksausschuß die Beschlüsse der städtischen Körperschaften vom 24. November 1913, betreffend Heranziehung der Anlieger zu Anliegerbeiträgen auf der nördlichen Seite der Bergstraße zwischen Marien- und Brunnenstraße genehmigt und die von den beschwerdeführenden Hausbesitzern angebrachten Einwendungen zurückgewiesen.

Löbnitz bei Bitterfeld. Behördliche Fürsorge — bei Arbeiterfesten. Wie sich die Behörde bemüht, unbewußt die Agitation für unsere Bestrebungen zu fördern, konnten wir wieder am vergangenen Sonntag erleben. Die hiesigen Arbeiter-Radfahrer feierten ihr erstes Stiftungsfest. Der geplante Umzug wurde verboten, da die Straßen angeblich zu enge seien. Die von auswärts kommenden Bundesgenossen durften nur hintereinander durch das Dorf fahren. Das originellste leistete sich aber einer der Gesetzeswächter, indem er bei einem Rundgange im Saal entdeckte, daß Minderjährige anwesend waren. Die Frau eines Bundesgenossen hatte ihr 4—5 Jahre altes Kind auf dem Schoß, das sich freute, wie Jung und Alt das Tanzbein schwang. Das war für das Kind gefährlich und die Frau mußte sich mit ihrem Liebling entfernen. Nur der Besonnenheit der Bundesmitglieder war es zu verdanken, daß es zu keinen erregten Szenen kam. Bei patriotischen Festen merkt man nichts von solcher „Fürsorge", die sich die Arbeiter von Löbnitz und Umgegend gut merken werden.

Eisleben. Der falsche Tierarzt. Der Schmiedemeister H. und der Händler Sch. von hier betrieben gemeinsam einen Pferdehandel. Da dieser wohl nicht nach Wunsch Profite abwarf, beschlossen sie, einen Coup auszuführen. Mit noch einem Dritten erschienen sie eines Tages, Ende März, in einem brandenburgischen Dorfe bei dem Bauerngutsbesitzer Sch., von dem sie wußten, daß er eine größere Summe Geld zu Hause hatte. Der Schmiedemeister stellte sich als Kreistierarzt vor, der das Vieh besichtigen müsse, die andern beiden bildeten die „Kommission". Die Bauersfrau war allein zu Hause und während sie mit dem angeblichen Tierarzt, der „sachgemäß" die Tiere untersuchte, in dem Stall sich aufhielt, stahl die „Kommission" das Bargeld im Betrage von etwa 8000 Mark. Doch konnten sich die beiden Eisleber des gestohlenen Mammons nicht lange erfreuen, denn bereits anderen Tages saßen sie hinter Schloß und Riegel, während der Dritte, der eigentliche Macher in der ganzen Sache, bis jetzt noch nicht verhaftet werden konnte. Die Potsdamer Strafkammer verurteilte jetzt den H. zu einem Jahr Gefängnis, den Sch. zu zwei Jahren. Der Staatsanwalt hatte 1½ resp. 3 Jahre Zuchthaus beantragt. — Die Eisleber Bürgerschaft wunderte sich, wie der Schmiedemeister H., ein Mann, der in guten Verhältnissen lebte, Gesellen und Lehrlinge beschäftigte, sich zu einem solchen Streiche gewinnen lassen konnte.

Schraplau. Das fehlte noch. Am Donnerstag findet eine Stadtverordnetensitzung statt. Ein Punkt der Tagesordnung soll sich mit der Mittelbewilligung zu einem Denkmal für den bekannten Karl Peters in Daresßalam beschäftigen. Ist es schon eine Geschmacklosigkeit, ein Denkmal für einen noch Lebenden zu setzen, so ist es eine Anmaßung sondergleichen, die Oeffentlichkeit mit einer Bettelei zu behelligen, wenn man erst weiß, für wen das Denkmal sein soll. Peters ist nicht der Mann, der sich allgemeiner Sympathien erfreut, seine Schattenseiten werden seinen vermeintlichen Verdiensten wohl kaum die Wage halten. Es liegt gar kein Grund vor, diesem Manne aus öffentlichen Mitteln zu großer Ehre zu verhelfen, besonders nicht für finanziell schwächere Städte.

Ermsleben. Die Kartoffeldiebstahlsgeschichte, die im März hier ziemliches Aufsehen erregte, weil man Pferd und Wagen dabei benutzte, kam jetzt zur gerichtlichen Aburteilung. In der Nacht vom 21. zum 22. März wurden große Quantitäten Kartoffeln von der Miete des Gutsbesitzers Brahne entwendet. Geschätzt wurde der Verlust auf 55 Zentner. Die ermittelten Arbeiter Hermann D. und Christian H. aus Siersleben erhielten je einen Monat Gefängnis, ein Arbeiter aus Endorf bekam wegen Beihilfe 4 Tage, und der Landwirt und Fleischermeister M. aus Reinstedt, der die Kartoffeln zu sich gefahren hatte, wurde zu einem Monat verurteilt.

Lassa. Einen trostlosen Anblick bieten die Kirschbäume in der Richtung auf Zeitzdorf zu. Die Hoffnungen auf eine reiche Kirschenernte, die man im Hinblick auf die überaus reiche Blüte haben konnte, sind zunichte geworden. An allen tiefer gelegenen Stellen und einigermaßen geschützten Lagen der großen Anpflanzungen haben sich die Raupen dermaßen eingenistet, daß die Bäume blattleer wie im Winter dastehen, nur an frei gelegenen Stellen ist ein geringer Anhang wahrzunehmen.

Kelbra. Krise in der Knopfindustrie. Da die Arbeitslosigkeit in der Knopfindustrie immer weiter greift, fühlten sich die sozialdemokratischen Vertreter der Stadt veranlaßt, am Montag beim Magistrat vorstellig zu werden. Bürgermeister Liebing versprach, bei der Bauleitung vorstellig zu werden, daß Knopfarbeiter am hiesigen Bahnbau ebenfalls Arbeit bekommen.

Allerlei.

Hartes Urteil im Frankfurter Salvarsan-Prozeß.

Der viel genannte Frankfurter Salvarsan-Prozeß gegen den Schriftsteller Karl Waßmann ist am 8. Juni vor der Strafkammer verhandelt worden. Die Staatsanwaltschaft hat auf Grund der §§ 186, 200 und 74 des Strafgesetzbuches Anklage erhoben, die der Erste Staatsanwalt Dr. Bluhme vertritt. Im einzelnen fallen dem Angeklagten folgende Vergehen zur Last: Den Frankfurter Magistrat, der übrigens in Verbindung mit der Verwaltung des Städtischen Krankenhauses und den beiden Krankenhaus-Aerzten Prof. Dr. Herxheimer und Oberarzt Dr. Altmann Strafantrag gestellt hat, soll der Angeklagte durch die Behauptungen beleidigt haben, 1. der Magistrat führe hinsichtlich der Salvarsan-Behandlung im Städtischen Krankenhause das Publikum irre und 2. er beobachte ein leichtfertiges Verhalten in der Salvarsan-Affäre. Die Verwaltung des Städtischen Krankenhauses und die beiden Aerzte soll der Angeklagte durch die Behauptungen beleidigt haben, 1. es werde dort mit nachgewiesenermaßen lebensgefährlichem Salvarsan behandelt, 2. diese Behandlung geschehe als Gewaltbehandlung hilflosen Prostituierten gegenüber, 3. die Frankfurter Prostituierten würden in frivoler Weise als Versuchskaninchen für Salvarsan benutzt, 4. die Aerzte seien mit Titel und Geld gewonnene Agenten gewisser profitsüchtiger Unternehmer, denen nichts mehr heilig sei, und 5. die Gewinnsucht dieser Leute schreite sogar zum vorsätzlichen Mord. Die inkriminierten Artikel sind am 20. Dezember 1913 und 7. Februar 1914 im Freigeist erschienen. Den ersten Artikel hat der Angeklagte selbst geschrieben, während der zweite Artikel den bekannten Vivisektionsgegner Dr. Fischer-Hohenhausen in Wiesbaden zum Verfasser hat, der aber in dem bevorstehenden Prozesse nicht mitangeklagt ist.

Nach vielstündiger erregter Verhandlung, Vernehmung einiger behandelter Prostituierten und mehrerer ärztlicher Sachverständiger wurde der Angeklagte zu **einem Jahr Gefängnis verurteilt.** Auf die Verhandlung kommen wir noch zurück.

Ein halbes Jahr vor dem Schafott!

In Güstrow wurde am 6. Juni der 25jährige Schmiedegeselle Karl Koch, der im Herbst vorigen Jahres seine Geliebte ermordet hatte, hingerichtet. Das Todesurteil war am 11. Dezember vorigen Jahres gefällt worden. Ein halbes Jahr hat der Verurteilte auf die Vollstreckung des Urteils gewartet, an hundertundachtzig Tagen hat er der Verkündung seines endgültigen Schicksals entgegengeharrt, in hundertundachtzig Nächten hat er im Traum den kalten Stahl an seinem Nacken gefühlt! Das Tier, das zur Schlachtbank geführt wird, ahnt nichts von seinem Schicksal. Ein Mensch — wenn auch ein Verbrecher — ein Mensch wird ein halbes Jahr lang der grauenhaften Folter einer ihm angekündigten Tötung unterworfen, bis endlich der Schneckengang der Formalitäten beendet ist und ihm der Tod Erlösung bringt. Daß doch unser menschliches Zeitalter dem Verbrecher ein Recht auf den Tod gäbe, wenn es ihm kein Recht mehr auf das Leben gibt! Aber Menschen für ein halbes Jahr lang in Magazine zu sperren, um sie dann hervorzuholen und ihnen den Kopf abzuschneiden, das vermag nur jener fühllose Apparat, der sich „moderne" Strafjustiz nennt. Wann endlich kommt die Zeit, die uns von solchen Schenßlichkeiten befreit!

Eheskandalosa des Präsidenten von Frankreich.

Wie der Rheinisch-Westfälischen Zeitung aus Paris gedrahtet wird, hat der Präsident Poincaré in der Ehe zwei Vorgänger gehabt. Der zweite Gatte der jetzigen Frau Poincaré galt als verdorben und gestorben, als sie Poincaré die Hand zum Ehebunde reichte. Vor einigen Tagen aber ist der zweite Gatte der Frau Poincaré in Paris wieder aufgetaucht — und er hat die Anklage wegen Bigamie gegen Frau Poincaré veranlaßt.

So etwas kann uns in unseren monarchistischen Vaterländern nie passieren.

Schiffsunglück im Hamburger Hafen.

Der Vergnügungsdampfer Viktoria Luise, die frühere Deutschland, die zur Zeit bei Hamburg im Kuhwerder Hafen liegt, geriet am Montag in den frühen Morgenstunden in die Gefahr des Versinkens. Nach dem Eintritt der Ebbe war der Bug des Dampfers auf Grund geraten und das Schiff neigte sich stark nach der Backbordseite. Dabei drang eine große Wassermenge in das Innere des Schiffes durch die Bollaugen, und der Dampfer drohte in die für die Auslahrt des Dampfers Vaterland ausgebaggerte Rinne zu versinken. Mit Eintritt der Flut richtete sich das Schiff jedoch wieder auf, worauf sofort Sicherheitsmaßnahmen getroffen wurden.

Kleines Allerlei. Eisenbahners Tod. Montag abend wurde der Streckenläufer Ernst Jung aus Haarbrücken von dem 10.32 Uhr in Koburg abgehenden Zuge auf bisher unaufgeklärte Weise erfaßt und überfahren. Er war sofort tot. — Der Kinematograph in der Kirche. Vom Oktober d. J. ab werden die presbyterianischen Kirchen in 400 Städten der Vereinigten Staaten Kinematographen-Apparate erhalten, um ihren Gläubigen Szenen aus dem Leben Jesu und aus anderen biblischen Geschichten im Lichtbilde vorzuführen. Damit wird aber die Frömmigkeit in Amerika rapid zunehmen. — Zwischenfall bei einem Stierkampf. Bei einem Stiergefecht in der Nähe von Bordeaux kam es zu einem rohen Exzeß. Ein ungeschickter Stierkämpfer konnte einen Stier, dem er 17 Stiche beigebracht hatte, nicht töten. Das Publikum stürzte sich auf den Stierkämpfer und es kam zu einer wüsten Schlägerei. Der Stierkämpfer wurde schwer verletzt nach dem Krankenhaus gebracht.

Aus den Gerichtssälen.

Strafkammer.

Das gemaßte Fuhrwerk. Dem Althändler Graßmeyer von hier, waren am 21. April dieses Jahres zwei Pferde samt dem Wagen gestohlen worden. In der Delitzscher Straße hatte ein Mann dem Kutscher einen Zettel übergeben, wodurch er aufgefordert wurde, in der Franckestraße eine Kiste Altmetall abzuholen. Als er dem nachkam, stellte es sich heraus, daß der Auftrag fingiert war, und bei seiner Rückkehr aus dem Hause waren Pferde und Wagen verschwunden. Der in Kenntnis gesetzte Besitzer machte sich sofort im Auto auf die Suche und kurz vor Leipzig fand man das Geschirr von zwei Männern geleitet. Als diese sahen, daß sie verfolgt wurden, ergriffen sie die Flucht, wurden aber eingeholt und festgenommen. Es war der schon vielfach vorbestrafte Kutscher Loh aus Dresden, 30 Jahre alt und der 22jährige Hutmacher Fritzsche aus Berlin gebürtig. Loh, der kurz zuvor erst wegen einer ähnlichen Sache in Dresden bestraft war, will mit F. nach Halle gefahren sein, um ein Paar Pferde für sein Fuhrgeschäft zu kaufen. Offenbar war aber die ganze Reise nur gemacht, um Gelegenheit für einen derartigen Diebstahl zu suchen; denn die Tat war sehr gut vorbereitet. Beide hatten sich vor dem hiesigen Landgericht wegen Rückfalldiebstahls zu verantworten. Sie waren geständig und es wurde L. zu 2 Jahren Zuchthaus und F. zu 1 Jahre Gefängnis verurteilt.

Verantwortlich für: Leitartikel, Politische Uebersicht und Parteinachrichten Paul Hennig; Kultur und Feuilleton Karl Bock; Gewerkschaftliches, Soziales, Genossenschaftsbewegung und Vermischtes Wilhelm Steenen; Halle und Saalkreis Otto Kilian; Aus der Provinz Gottlieb Kasparek; Anzeigen Wilhelm Herzig. Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Dr. Oetker's „Hellkopf"

ist die Schutzmarke für das echte „Backin"-Backpulver und die übrigen Fabrikate „Dr. Oetker's", die wohl in jeder Küche Verwendung finden. Unserer heutigen Nummer liegt eine Beilage mit Back- und Einmacherezepten bei, auf deren erster Seite unten auch zwei helle Köpfe abgebildet sind, deren Namen oft genannt werden. Wer die Namen dieser beiden hellen Köpfe auf einer Postkarte der Firma Dr. A. Oetker, in Bielefeld mitteilt, erhält postfrei Dr. Oetker's Schulkochbuch — ein praktisches bürgerliches Kochbuch mit über 200 Rezepten — zugesandt. *697

Für schwächliche Kinder und Magenleidende ist das altbewährte Nestlé'sche Kindermehl eine leicht verdauliche, wohlschmeckende und gern genommene Nahrung, welche die Körperkräfte hebt und Verdauungsstörungen verhütet. Probe und illustrierte Broschüre kostenfrei durch Nestlé's Kindermehl-Gesellschaft, Berlin, W. 57. *713

KNORR

Knorr-Hafermehl, das altbewährte Nährmittel für Kinder.

Knorr-Haferflocken, beste kräftigende Nahrung für Magenschwache und Blutarme.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140610-10/fragment/page=0008

Unterhaltungs-Beilage

Halle, 10. Juni — des Hallischen Volksblattes. — Nummer 132 — 1914.

Gram um Dinge, die nicht abzuwenden, höhlt, statt zu heilen, unsern Busen aus. Shakespeare.

Präsidentendämmerung.

Gustw Janson, der kürzlich verstorbene berühmte schwedische Dichter, dessen Növellen aus dem Tripolitanischen Kriege „Lügen“ vor zwei Jahren Aufsehen erregten, hat ein Buch hinterlassen, das uns anmutet wie eine vorausgeschriebene Geschichte der Republik Mexiko, mit allen Schikanen, mit seinen Bürgerkriegen bis hin zum Konflikt mit Amerika. Jansons Buch heißt: Die Spekulation Costa Negra, ein Abenteurer-Roman. Es kostet 4 Mk. brosch., 5 Mk. geb., und ist in der Nordischen Bücherei von Georg Merseburger erschienen. Ein amerikanisches Bankhaus hat einem costa-negranischen General ein Schiff mit Waffen und Munition geliefert zur Beseitigung des Präsidenten. Als Entschädigung soll der General dem Bankhause die Staatszölle überweisen. Der General verschwindet restlos mit seiner Beute und läßt nichts mehr von sich hören. Der Sohn des Geschäftsinhabers, ein smarter, junger Amerikaner, macht sich auf die Suche nach dem General und findet ihn in der Republik als wohlbestallten Minister des alten Präsidenten. Ein Yankee läßt sich aber nicht prellen wie ein simpler Europäer, und so entspinnt sich denn zwischen dem Minister und dem Amerikaner ein Kampf auf Leben und Tod, der hier mit allen Mitteln der raffiniertesten Erzählungskunst durchgeführt wird. Dumas und Mark Twain in einer Person, sagt ein schwedischer Kritiker vom Verfasser. Wir bringen hier mit Erlaubnis des Verlages einen Abschnitt, der ebenso gut eine Berichterstattung über den Regierungsabschied des mexikanischen Präsidenten sein könnte, wenn auch der Dichter vielleicht den famosen Kollegen Huertas, den Venezolaner Castro, dessen Land er genau kennen gelernt hat, als Vorbild nahm.

Der Amerikaner hat seine kontraktlich zugesicherte Revolution nunmehr selbst ins Werk gesetzt und sich mit den Feinden des Präsidenten verbündet. Die Revolution ist auf der ganzen Linie geglückt, aber in der Hauptstadt selbst ist man noch ahnungslos über den Erfolg der Aufständischen: —

Auch dieser Abend war einem glänzenden Fest im Präsidentenpalais gewidmet. Ueber den strahlender als gewöhnlich erleuchteten Regierungsplatz strömten die Gäste herbei. Die Mitglieder des diplomatischen Korps langten gemeinschaftlich mit den Konsuln fremder Mächte an. Nach den sich widerstreitenden Gerüchten hielt man dies für geraten. Vorsicht war schon deshalb notwendig, als man es mit einem so unberechenbaren Mann, wie dem Diktator, zu tun hatte. Bedeutungsvolle Blicke wurden gewechselt, aber die Lippen waren versiegelt. Die Kunde von dem Todesurteil der am letzten Abend Verhafteten hing wie eine Gewitterwolke am Himmel. Daß Alcosta auf dem Rückzug zwei Minister und vier hochgestellte Beamte erschießen ließ, war ebenfalls bekannt, und ein jeder war gespannt, wen der nächste Blitzstrahl treffen werde.

Das Vestibül, die Garderobe und die Korridore füllten sich auf einmal mit den Gästen. Das Schweigen der sonst so lebhaften Südländer verlieh der Gesellschaft etwas Gespenstisches. Alte Freunde vermieden es, einander anzusehen, und Feinde warfen sich gegenseitig höhnische Blicke zu oder zuckten bezeichnend die Achseln. Eiligst befreite man sich von Ueberröcken und betrat den großen Saal. Die unausgesprochenen Fragen, die forschenden Seitenblicke und ängstlich abgemessene Bewegungen zeugten von einer überreizt nervösen Unruhe.

Zunächst bemerkte man, daß die Wachen überall verdoppelt, und wie es bald bekannt wurde, die Gewehre der Polizei geladen waren. Vielleicht gedachte Alcosta ein Blutbad unter wirklichen oder eingebildeten Feinden anzurichten. Die Unruhe wuchs. Alle Vorsicht vergessend, begannen die Diplomaten eifrig zu flüstern, wo sie saßen und standen.

Es lief ein Säuseln durch den Saal, als Acosta eintrat. In Gesellschaftstracht, die Brust mit Orden bedeckt, machte er seine Runde und zeigte sich so liebenswürdig und einnehmend, wie noch keiner ihn je gesehen hatte. Seine strahlende Miene begann sich bald in den Gesichtern der Anwesenden wiederzuspiegeln. Die Spannung wich und die Unruhe legte sich. Man nahm an, daß die Aufruhrarmee noch weit entfernt sein müsse und Moran nichts als der unverbesserliche Haudegen sei, den man nur belächele.

Die Cour sollte um elf Uhr beginnen. Unmittelbar darauf würde eine Deputation eine Adresse mit Tausenden von Unterschriften überreichen.

Kurz vor seinem Eintritt in den Saal hatte Acosta einen Lancier empfangen, der außer Atem und bestaubt zu ihm geführt wurde.

„Um diese Zeit ist alles abgemacht, Präsident,“ hatte der Lancier gesagt. „Als ich hierher abging, sahen wir sie im Abstande einer halben Meile . . .“

„Sind Sie sicher, alle: Moran, Quiroga und das Gefolge beisammen gesehen zu haben?“

„Ich sah sie mit eigenen Augen, Präsident.“

Alcosta klatschte vergnügt in die Hände: „Sie können gehen, mein Freund, ich werde Sie nicht vergessen.“

Nachdem er eine Weile den verbindlichen Wirt gespielt, wurde Alcosta abermals unruhig und unterbrach seine Runde auf eine Weise, wie es niemand, außer ihm, sich erlaubt hätte. Uebelgelaunt und verschlossen nahm er im Thronsessel Platz und brütete vor sich hin, ohne sich an die Gesellschaft zu kehren.

Ein Adjutant bahnte sich einen Weg durch die Menge und meldete, daß soeben ein Kurier angelangt sei.

„Endlich!“ brach Alcosta aus, indem er aufsprang.

„Gute Neuigkeiten?“ bemerkte ein alter General.

Der Präsident lachte laut: „Für uns alle, ja.“

In dem Zimmer, das Alcosta zuweilen benutzte, um sich zurückzuziehen, wartete der breitschultrige Lancieroffizier, dem der Plan, die offiziellen Führer des Aufruhrs unschädlich zu machen, mißglückt war. Seine Kleidung war zerrissen und beschmutzt, die eine Wange blutete aus einer offenen Wunde.

„Hast du deine Koffer gepackt, Juan?“ begrüßte er den Präsidenten.

Alcosta setzte sich in Positur, warf den Kopf zurück und steckte zwei Finger zwischen ein paar Westenknöpfe.

„José, vergessen Sie nicht, mit wem Sie sprechen!“ sagte er streng.

„Alter Junge, kümmre dich nicht um die Form, die Posse ist ausgespielt. Jetzt gilt's deinen Hals, wenn du dich nicht augenblicklich aus dem Staube machst.“

„Ich verstehe nicht . . .“

„Das alte Knochengerippe Moran und der amerikanische Schreihals, den sie zum General ernannt haben, sind mir auf den Fersen. Zwei, drei Meilen vor der Stadt entdeckten sie mich und einige andere und begannen höllisch auf uns zu schießen, ein reines Wunder, daß ich mit heiler Haut davonkam.“

„Aber dein Bote behauptete . . .“

„Was der Gelbschnabel gefaselt, geht mich nichts an. Kurz und gut, wir fielen über sie her. Ich sah's mit eigenen Augen, wie der alte Moran aus seinem Wagen stürzte, das war seine Rettung. Na, sein Tod wäre trotzdem sicher gewesen, wenn nicht . . .“

„Wenn nicht . . .?“ keuchte Alcosta, der jetzt erst begriff, daß sein Plan völlig mißglückt sei.

„Aber da hatte auch schon der andere Amerikaner mit seinen verdammten Höllenmaschinen zu knallen angefangen. Ich begreife nicht, woran der Kerl dachte, wenn er blindlings in den Haufen schoß. Wir haben schon einmal diese Bekanntschaft gemacht, man setzt sich dem nicht zum zweitenmal aus. Pferde und Kerle waren wie besessen, und unser bester Trupp floh über Hals und Kopf. Juan Alcosta hat ausgespielt.“

„Stümper!“ schrie letzterer außer sich.

„Leicht gesagt, alter Junge, aber . . . du brauchst nicht mit den Augen zu rollen, Juan! Das nützt nichts. Wir müssen an unsere Sicherheit denken.“

„Unsere Sicherheit . . . Bekümmere dich um dich selbst, ich . . .“

„Keine Dummheiten, Juan! In allen diesen Jahren habe ich dir redlich geholfen, und so oft dir jemand im Wege war, brauchtest du nur zu blinken, und dem Kerl wurde zu den seligen Jagdgefilden verholfen. Du hast mir viel zu verdanken. Wir haben zu lange zusammengehalten, um uns jetzt zu trennen.“

„Was hast du vor, Schlingel?“

„Zu allererst, mir dergleichen Namen zu verbitten. Dann begleite ich dich, habe ich gesagt.“

„Keine Dummheiten! sagtest du selbst.“

José trat hastig einen Schritt näher und sagte nachdrücklich: „Juan, wir kennen einander und haben nicht Zeit, kostbare Minuten zu vergeuden. Ich weiß, daß du zwanzig, dreißig Millionen in europäischen Banken . . .“

„Zwanzig, dreißig Millionen . . . du bist verrückt,“ wiederholte Acosta mit ungezwungenem Lachen.

José trat einen Schritt näher: „Wir haben beide gewußt, daß diese Präsidentenrolle nur ein kurzes Vergnügen würde. Du bist klug gewesen und hast die Zeit benutzt, während ich . . . ja, ich war dein gehorsames Werkzeug. Aber mir hat's nur Haß eingebracht, während du deine Kassen gefüllt hast. Ich gebe zu, daß du der klügere warst, Juan. Aber bin ich bis jetzt einfältig gewesen, so ist damit nicht gesagt, daß ich's fernerhin auch sein werde. Du hast das Spiel verloren und brennst nach Paris durch. Ich habe dich manchmal davon reden hören. Kurz und gut, ich habe nichts dagegen, dich zu begleiten und . . .“

„Ich . . . reisen! Nein, mein Junge, jetzt bleibe ich und schlage mich bis zum letzten Blutstropfen.“

José blickte seinen Spießgesellen überrascht an und sagte dann mit schlauem Lächeln: „Du warst immer ein verdammt guter Komödiant, aber mich kannst du nicht betrügen. Ich begleite dich, habe ich gesagt, und so wahr ich lebe . . .“

„Bedenke, was du sagst,“ unterbrach ihn Alcosta streng, der die Hand in die Brusttasche gesteckt hatte.

„Ich hab's satt, mein Leben für dich zu riskieren,“ entgegnete der Lancier mürrisch. „Jetzt verlange ich den Lohn für meine Mühe und Ruhe, vor allem Ruhe. —“ Er zog seinen Revolver hervor und spannte den Hahn. „Reize mich nicht, Juan, ich stehe nicht für die Folgen ein. Der Boden brennt mir unter den Füßen, und es stehen mir nur zwei Wege offen, entweder dir zu folgen oder dich wie einen Hund niederzuschießen. Der alte Moran und Quiroga werden schon ungerade gerade sein lassen und mir nach diesem Schuß vieles vergeben. Aber ich ziehe das erstere vor.“

„Verräter!“ Mit einer blitzschnellen Bewegung riß Alcosta einen kleinen Revolver aus der Tasche, und noch ehe José blinken konnte, waren zwei Schüsse abgefeuert. Der Lancier wackelte, griff mit beiden Händen nach der Brust und fiel dumpf zu Boden. „Narr!“ murmelte Alcosta mit einem verächtlichen Blick auf sein Opfer, „du wußtest zu viel . . . mir zu drohen!“ fügte er mit geringschätzigem Achselzucken hinzu.

Draußen ließen sich nahende Schritte hören, und eilig griff er nach dem Revolver, der José entfallen war. In der nächsten Sekunde hatte Alcosta dessen Mündung gegen sein linkes Handgelenk gerichtet und eine Kugel durch den Aermel seines Fracks geschossen. Kaum hatte er die Waffe fortgeworfen, als sich die Tür öffnete und mehrere Offiziere und einige Minister hereinstürzten. „Ein Attentat . . . ein Attentat!“ rief ihnen Alcosta zu, indem er den linken Arm erhob. „Der Hund hat sich von meinen Gegnern kaufen lassen, aber ich kam ihm zuvor! Welch gemeiner Verrat! Aber ich werde die Elenden strafen, sie vernichten . . . Meine Freunde, haben Sie Dank für Ihre Teilnahme! Sie können ruhig sein, Alcostas Kugel ist noch nicht gegossen. Sehen Sie, nur mein Rockärmel ist durchschossen, mir selbst ist nicht die Haut geritzt. Es gibt doch eine Vorsehung! Herr Kriegsminister,“ wandte er sich einem kleinen Herrn zu, der erbleichend sich vorgedrängt hatte, „geben Sie sofort Befehl, daß die Verschworenen um elf Uhr heute abend erschossen werden! Hören Sie, um elf Uhr! Herr Kultusminister, wollen Sie augenblicklich dafür sorgen, daß in allen Kirchen der Stadt geläutet werde. Lassen Sie ebenfalls einige Freudenfeuer anzünden! Kriegsminister, doppelt Salut von der Zitadelle! Diese wunderbare Rettung soll auf würdige Weise gefeiert werden. Schaffen Sie die Leiche des Undankbaren fort und lassen Sie mich allein! Ich muß erst zur Ruhe kommen, er war doch ein alter Freund . . . Danke, danke, meine Herren, Ihre Teilnahme tut mir wohl. Natürlich wird die Galacour fortgesetzt und dann die Deputation empfangen. Ja, ja, es ist noch eine halbe Stunde bis dahin. Niemand soll mich stören. Schicken Sie mir nur meinen Kammerdiener!“ (Schluß folgt.)

52] [Nachdr. verb.

Die Fanfare.

Roman von Fritz Mauthner.

Richard wollte frei sein! Sie las aus seinen finsteren Zügen, daß er nicht mehr unter ihrem Banne stand, daß er sich nur durch sein Wort gebunden glaubte und daß es ihn zurückzog zu der adeligen Bettlerin, die er immer geliebt hatte. Für sie wollte sie ihn nicht freigeben! Mit seinem Worte wollte sie ihn festhalten, so lange sie Luft hatte, und ihn quälen, damit Fräulein von Havenow nicht glücklich wurde.

Sie hatte Richards Frage überhört; als er sie wiederholte, erwiderte sie sanft:

„Lies, wenn du willst!“

Johanna hatte geschrieben.

Gnädige Frau!

„Ich danke Ihnen für die Freundlichkeit, mit der Sie mir eine lohnende Arbeit zuwiesen. Leider kann ich die Wohltat, als welche ich den in Aussicht gestellten Lohn empfand, nicht annehmen. Eine regelmäßige Beschäftigung, die mich weniger anstrengt, und der ich mich mit mehr Liebe ergeben kann als dem Abschreiben dieser Noten, nimmt den größten Teil meiner Zeit in Anspruch und würde die Abschrift der Oper über Gebühr verzögern.

Ergebenst

Johanna von Havenow-Trienitz.“

Richard warf auch dieses Blatt ins Feuer. Leontine zuckte nicht einmal mit den Achseln.

„Du warst es auch, die bei dem abscheulichen Angriff auf die Ehre von Fräulein von Havenow mitwirkte?“ fragte er sehr ernst.

Leontine hatte beschlossen, es zu keinem Bruch kommen zu lassen. Der Einfall zu dem Artikel in der Fanfare sei von Richards Vater ausgegangen; man habe ihr die Ausarbeitung vorgelegt und sie habe einige milde Worte eingestreut und böswillige Andeutungen streichen lassen.

„Mit all diesen Vorwürfen mußt du dich an deinen Vater wenden,“ sagte sie freundlich; „er war unser Feldherr, unser Redakteur, ich war nur der letzte Journalist in seinen Diensten, und wenn wir dir die Augen geöffnet haben über die Stellung eines Malermodells, in welches du dich vergafft hattest, so solltest du uns Dank wissen. Das heiratet man nicht; wir haben aus Freundschaft und Liebe so gehandelt, ich und dein Vater!“

Sie sprach mit milder Stimme, so herzlich, daß es schwer war, den harten Ton des Richters gegen sie festzuhalten.

„Das alles ist so häßlich, so entwürdigend für dich und für mich!“ rief Richard. Er stand auf und stellte sich zum Fenster; vorhin hatte er so tapfer sein Werk vernichten können und jetzt erschlaffte seine Tatkraft vor der Ruhe dieser Frau. Seine Sinne waren nicht mehr im Spiel, aber die Erinnerung an leidenschaftliche Stunden hielt ihn ab, noch rücksichtsloser gegen ein Weib zu sein, welches er geküßt hatte, welches ihn liebte und seine bisherigen Kränkungen so geduldig hinnahm.

Leontine wollte ihren Vorteil verfolgen.

„Komm zu mir, lieber Richard,“ sagte sie schmeichelnd, „oder wie du willst, hör' mich nur an. Da wir nun einmal einander angehören, so ist es gut, uns nichts zu verschweigen. Dein Vater war es, der uns verbinden wollte; er hatte wohl nur die ganz gewöhnliche Ansicht, dich reich zu machen. Ich lachte ihn aus, doch als ich dich kennen gelernt hatte, da lachte ich nicht mehr. Du mußt mir meine Schwachheit verzeihen; komm', setz' dich her, ich vermag nicht laut zu reden.“

Richard ging langsam zum Sofa, sie zog ihn ruhig neben sich nieder und behielt seine Hand in der ihrigen.

„Wir gefielen einander; ich hatte dich sehr lieb gewonnen, Richard, du warst ganz anders als dein Vater, aber du trugst eine unmögliche Neigung im Herzen. War es da unrecht, daß wir sie bekämpften? Und als du dich endlich besiegt fühltest, warst du nicht selbst glücklich?“

Mit glänzenden Augen wandte sie sich ihm zu.

Was half es ihm, wenn er ihr nun zurief: „Nein, niemals war ich glücklich, niemals habe ich Johanna vergessen!“ Nur noch häßlicher wurde alles, nicht besser. Sie hatte ein Recht darauf, ihn festzuhalten, ein Recht auf sein Leben; nur der Tod löste sein Wort ein, und todtraurig erwiderte er ihren leidenschaftlichen Blick.

Da verwandelten sich unwiderruflich ihre Züge, der Glanz ihrer Augen erlosch und der sehnsüchtig geöffnete Mund schloß sich; als ob sie ihm den Entschluß abgelesen hätte, schaute sie ihn mit grausamer Ruhe wie ein verfallenes Opfer an. Wie eine schöne Mörderin erschien sie ihm; er sprang auf und rief außer sich:

„Ein Schatten steht zwischen uns! Du hast Martha Pitersen in den Tod getrieben, so magst du auch mich ermorden!“

Leontine mußte die Augen schließen, so furchtbar erschreckte sie der Name Martha Pitersen. Hier von dieser Zimmerecke aus hatte sie zum letzten Male die bleichen Züge der Toten gesehen und hier stieg dann und wann wie ein drohender Schatten das Bild des armen Opfers vor ihr auf. Alle Welt wußte, daß die Tochter des Kommerzienrats um ihretwillen sich in den Halensee gestürzt hatte, aber bis heute hatte niemand Marthas Namen vor ihr auszusprechen gewagt, und gerade dieser unselbständige Mann mußte in seiner Schwäche die Kraft finden, sie an der einzigen Stelle zu treffen, an der sie verwundbar war. Das sollte er teuer bezahlen!

Mit großen Augen blickte sie ihn wieder an, erhob sich dann rasch und sagte:

„Du spionierst mein Leben aus? Du wirst nichts darin finden, als das rastlose Streben eines armen, schönen Weibes, reich zu werden. Wäre ich häßlich gewesen, ich hätte mich nicht nach dem Lichte gesehnt; wäre ich leichtsinnig gewesen, ich hätte niemals mein Ziel erreicht; ich bin unerschrocken meinen Weg gegangen, ohne ein Verbrechen zu begehen. Ich hatte kein Gift bei mir, ich hatte keine Waffen als meine Schönheit, und wenn das genügte, um jemand zu töten, der meinen Weg kreuzte, was geht es mich an? Wer kann auch bei solchem Unglücksfall untersuchen, wer die größte Schuld trägt? Geh bei deinem Vater in die Schule; den hat die Tote, die du gegen mich beschwören willst, zuerst mit mir verbunden!“

Richard war erregt bis zum Kamin gegangen und spielte mechanisch mit dem Schäfermädchen aus Porzellan, das vorhin sein Gegenüber verloren hatte.

„Also mein Vater wußte auch darum, als er mich bei dir einführte? Ich war wohl der einzige Mensch, der dich nicht kannte?“

Leontine hatte jetzt beinahe ihre Freude an Richards Verzweiflung.

„Dein Vater erfuhr die Sachen in sehr aufgetragener Weise durch Pitersen selbst, der einige Male bei der Erinnerung an seine Tochter schlimme Wutanfälle bekam und mich dann verleumdete. Der Rechtsanwalt und später dein Vater sind die einzigen Zeugen solcher Ausbrüche gewesen. O, es war kein vergnügtes Leben an der Seite des Kommerzienrats Pitersen!“

„Und was sagte mein Vater zu solchen Enthüllungen?“ Richard sagte es mit heiserer Stimme.

Leontine kam mit ihren leichten großen Schritten auf ihn zu und nahm ihm lächelnd die Porzellanfigur aus der Hand.

„Mein verliebter Schäfer ist vernichtet, wie ich sehe; ich möchte nicht auch noch das Fräulein verlieren. Ja, dein Vater brachte den Kommerzienrat mit derben Worten zum Schweigen, und als wir nachher allein waren, sagte er zu mir: Wenn wir von altem Adel wären, Sie und ich, wir würden denselben Wahlspruch im Wappen führen!“

„Welcher Wahlspruch meinte mein Vater?“

„Ueber Leichen! Und damals zuerst hatte er den Einfall, so gleichgesinnte Geschlechter mit einander zu verbinden. Du wurdest aus England zurückerwartet und solltest dort die praktische Uebung unseres Spruchs lernen.“

Leontine kreuzte die Arme über die Brust und blickte spöttisch auf Richard. So hoch hatte sie sich aufgerichtet und so tief gebeugt stand er am Kamin, daß sie auf ihn niederschauen konnte. An der Tür entstand ein Geräusch, dann schlüpfte der Diener unhörbar herein und meldete den Grafen Trienitz. Ob gnädige Frau den Herrn Grafen empfangen wollten?

Leontine biß sich auf die Lippen. Die Witterung eines ungewohnten Ereignisses mußte für ihre Dienerschaft in der Luft liegen; sonst fragte man nicht, sonst folgte der Graf dem Diener auf dem Fuße.

„Ist schon seine Zeit?“ fragte sie gelassen. „Wahrhaftig, wir haben die Essenszeit verplaudert. Ich lasse bitten! Du gehst, lieber Richard?“

„Ich habe nicht so viel Selbstbeherrschung, um jetzt ein leeres Gespräch zu führen,“ und mit einer stummen Verbeugung eilte er hinaus.

Im Vorzimmer traf er auf den Grafen, der mit Hilfe beider Diener mühsam aus seinem Pelze schlüpfte; bei Richards Erscheinen raffte er sich zusammen, richtete sich in den Hüften und sagte geläufig:

„Ich vertreibe Sie doch nicht, lieber Meitmann?“

Und er streckte taktmäßig fast seine ganze Hand dem Bräutigam Leontinens entgegen.

Richard aber ging, ohne die Hand zu bemerken, mit einem kurzen: „Guten Abend, Herr Graf; ich bin sehr eilig!“ vorüber.

Der Graf schlich mit seinen weichen Schritten durch den langen Korridor bis zum gelben Zimmer, dort richtete er sich zuckend

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219140610-10/fragment/page=0009
DFG

wieder empor und trat mit unverändertem Lächeln ein, er fand die Hausfrau in der größten Aufregung, sie hatte die heile Porzellanfigur in der Hand und pochte mit ihr auf den Kaminsims. Es war ein Wunder, daß das Stück nicht entzwei brach.

„Setzen Sie sich, lieber Graf, machen Sie sich's bequem; ich will Ihnen gleich zu Gebote stehen, nur lassen Sie mir Zeit, mich zu beruhigen."

Der Graf war sofort auf seinen Lehnstuhl zugegangen und hatte sich mit seinen regelmäßigen drei Bewegungen darauf niedergelassen; dann streckte er mit unmerklichem Zucken seine Beine aus, legte die Hände in den Schoß und sagte mit den einschmeichelndsten Tönen seiner Stimme:

„Also muß ich Ihnen heute Adieu sagen, liebe Freundin?"

Leontine drehte sich scharf um und eilte zu ihm.

„Nicht doch, ich will nicht wieder heftig sein!" rief sie schnell.

„Ich muß bitten," sagte der Graf mit unverändertem Lächeln; „Sie wissen, ich bin ein wenig nervös. Wenn ein Mann zu hastig vorüberläuft, so habe ich davon Schmerzen; wenn eine schöne Frau mit Porzellan auf Marmor klopft, so tut mir das weh; wenn meine schöne Freundin sich aufregt und ich mich darüber echauffiere, so spüre ich es auch. Ich fühlte seit meinem Eintritt in diese Wohnung vielmal meine Nerven."

Der Graf sagte das so gütig lächelnd, so ganz ohne jeden Vorwurf, als erzähle er eine heitere Geschichte, aber Leontine kannte den grenzenlosen Egoismus dieses Mannes und hoffte kaum mehr, ihn halten zu können.

„Bleiben Sie nur immer hier," sagte sie dennoch mit der ruhigen Kälte, die der Graf an ihr so hoch schätzte, „ich will nie wieder Marmor klopfen und niemals schneller sprechen als eben jetzt."

„Nun werden Sie gar bitter," sagte der Graf freundlich. „Hüten Sie sich vor Unordnung, liebe Freundin. Sie haben noch nicht dinniert, und dieser junge, gesunde Herr Mettmann ist böse fortgegangen; das tut Ihnen nicht gut, auch wenn ich es vertragen könnte."

Leontine hatte sich vollkommen gefaßt.

„Befehlen Sie, verehrter Meister," sagte sie, „Ihre Schülerin horcht den Worten der Weisheit!"

„Nein, nein," erwiderte der Graf und tippte ihr lächelnd auf die Finger, „ich würde jedesmal Schmerzen haben, wenn ich diesem Herrn Mettmann begegnete, der so schnell an einem vorüberlaufen kann; wenn Sie sich mit ihm gezankt haben, so muß es für mich oder für Sie das letztemal gewesen sein, daß er hier über den Korridor läuft. Man kann doch nicht mit Leuten verkehren, welche laut sprechen, so oft sie wollen!"

(Fortsetzung folgt.)

Kleines Feuilleton.

Reinigung des Wassers durch ultraviolette Strahlen.

Die von unserem Genossen Dr. Arons erfundene Quecksilberlampe, bei der in einer Röhre aus geschmolzenen Quarz Quecksilberdämpfe durch den elektrischen Strom zum Glühen gebracht werden, hat wegen ihres außerordentlich geringen Stromverbrauchs (ein Viertel Watt pro Hefnerkerze) schon eine weitgehende Anwendung in der Technik gefunden. Sie wird vor allem zur Beleuchtung von Arbeitsräumen usw. benutzt, während sie sich zu allgemeinen Beleuchtungszwecken weniger eignet wegen der Leichenfarbe, die ihr an roten Strahlen armes Licht den Gesichtern verleiht. (Durch Beimischung von anderen Metallen hat man übrigens der Quecksilberlampe schon eine freundlichere Färbung zu geben versucht). Ein sich ihr neuerdings eröffnendes Gebiet ist die Reinigung von Wasser für Trink- und sonstige Haushaltungszwecke.

Das Licht der Quecksilberlampe ist außerordentlich reich an ultravioletten Strahlen, die, für unser Auge unsichtbar, doch zu den wirksamsten Strahlen gehören, die wir kennen. Die Quarzumhüllung der Lampe läßt diese Strahlen ungehindert nach außen dringen, während bei den Aronslampen der ursprünglichen Konstruktion, die Glas für die Röhren verwandte, alle ultravioletten Strahlen durch dieses verschluckt wurden. Das ultraviolette Licht übt auf lebendes Gewebe eine zerstörende Wirkung aus. Die Ausstrahlung einer solchen Lampe ruft selbst noch in einigen Dezimetern Entfernung Hautverbrennungen, Sonnenstich und heftige Augenentzündungen hervor. Auf dieser Eigenschaft der ultravioletten Strahlen beruht eben erwähnte Anwendung zur Reinigung des Trinkwassers. Wirft man das ihr vergrößerte Bild eines Wassertropfens mittels einer starken Lichtlinse auf einen Schirm, so kann man deutlich das Leben der Infusorien, ihre raschen Bewegungen und grotesken Kämpfe beobachten. Enthält man nun plötzlich eine in der Nähe befindliche Quecksilberdampflampe, so dauert es nur wenig Sekunden und jene ganze Welt im Kleinen ist erstarrt und tot. Alle Bazillen und Mikroben, die harmlosesten so gut wie die gefährlichen Typhus-, Eiter- und Syphilisbazillen werden durch die ultravioletten Strahlen im Augenblick abgetötet.

Unsere Großstädte geben heute schon riesige Summen für die Reinigung ihres Trinkwassers aus. Paris hat beispielsweise für diesen Zweck schon 600 Millionen Frank geopfert und ist im Begriff, weitere 400 Millionen zu opfern. Schon seit einer ganzen Reihe von Jahren ist von verschiedenen Ingenieuren der Vorschlag gemacht worden, die Quecksilberlampe zur Reinigung des Wassers zu verwenden. Man hat auch praktische Experimente in dieser Richtung angestellt. Es wurde Wasser aus dem Kanal von Marseille genommen, aus dem in weniger als einem Jahre 17 menschliche und 1139 Tierleichen gefischt worden waren. Die Resultate waren durchaus ermutigend. Voraussichtlich wird sich also die Trinkwasserreinigung durch ultraviolette Strahlen bald einen Platz neben der durch Filter, Wärme, Ozon oder chemische Mittel erringen.

Rockefellers Sündengeld.

Welchen Umfang die Erbitterung über das grausame Vorgehen von Rockefeller Vater und Sohn gegen die Streikenden in Kolorado in den Vereinigten Staaten hervorgerufen hat, davon zeugt eine Debatte im Senate zu Washington. Bei der Beratung einer Ackerbaugesetznovelle, die die Errichtung von Versuchsfarmen zum Ziele hat, kam auch zur Sprache, daß für diesen Zweck vom Unterrichtsministerium überwiesene Kapitalien aus dem Rockefellerfonds verwandt werden sollen. Kaum hatte der Redner die betreffenden Worte geäußert, als weitaus die Mehrheit des Hauses ihr Mißfallen deutlich zum Ausdruck brachte. Rufe wie „Verbrecher! Mörder!" und ähnliche Verdammungsurteile über den Oelkönig erschallten. Es half auch einem Verteidiger Rockefellers nichts daß er ihn in eine Parallele mit Alfred Nobel stellte, der ja gleichfalls ein Riesenvermögen auf nicht immer zu billigendem Wege erworben, der dann aber mit Hilfe dieses Geldes die großartige Nobelstiftung gemacht habe, eine Stiftung, über die in aller Welt nur ein Wort des Lobes zu hören sei. Mit diesem Schachzug hatte er jedoch kein Glück. Senator Martine, der Vertreter New Jerseys im Senate, wies in scharfen Worten diesen Vergleich zurück und brandmarkte die Sünden und die Schuld, die die Rockefellers, besonders durch ihr jüngstes Vorgehen gegen die streikenden Arbeiter, auf sich geladen haben, in den schärfsten Worten. „Wenn der Staat dieses Geld für die Versuchsfarmen verwenden und eine Familie davon leben würde, so erwähre sich diese von einem Sündengelde," meinte er unter lautem Beifall. Dann erzählte er, wie drei Frauen aus den Streikbistrikten Kolorados zu ihm gekommen seien und herzzerreißende Geschichten von den dortigen Greueln berichtet hätten. „Wenn der Verteidiger Rockefellers und seiner Schandbuben dieses vernommen hätte, würde er sich wohl hüten, auch nur einen Pfennig Rockefellerschen Geldes für diese Zwecke nutzbar machen zu wollen." Schließlich gelangte der Beschluß, die Rockefellerschen Gelder zurückzuweisen und der Regierung zu untersagen, sie für diesen und ähnliche Zwecke nutzbar zu machen mit überwältigender Mehrheit zur Annahme.

Die Schwäche der Frau — die Schuld des Mannes.

Wenn man heute von dem „schwachen Geschlecht" spricht und es Tatsachen gibt, die diesen Ausdruck zu rechtfertigen scheinen, — wer trägt daran die Schuld? Der Mann natürlich! Mit dieser Anklage tritt eine der Führerinnen der amerikanischen Frauenbewegung, Mrs. Charlotte Perkins Gilman, hervor. „Es ist eine Tatsache," erklärt sie, „daß die Frau ihrer Körperbeschaffenheit nach durchaus nicht dem Mann unterlegen ist. Wenn es heute anders geworden ist, als die Natur wollte, so liegt das an der falschen Erziehung. Nur eine kleine Klasse als Parasiten lebender Frauen sind wirklich schwächere Geschöpfe — schöne Frauen mit kleinen weichen weißen Händen. Sie sind schön aus demselben Grunde, wie die vornehmen Chinesen sechs Zoll lange Fingernägel erhalten — sie arbeiten nicht. Dieses Ideal der „wahren" Frau stimmt nicht zu den Tatsachen. Dieses hat unsere moderne Form sogenannter „Mittelrichtigkeit" erzeugt, dieses „Oeffne-die-Tür- und Hebt-den-Handschuh-auf-Ideals von Ritterlichkeit". Heute haben sich diese Anschauungen geändert, und mit ihnen haben sich die Frauen körperlich und geistig geändert, und zwar in so hohem Grade, daß es schwer zu sagen ist, welche Eigenschaften normal sind. Gibson, der Künstler, hat mit seinen Zeichnungen ein neues Frauenideal geschaffen, und die Frau gin[illegible] und modelte sich danach um. Hat man je eine ähnliche Verwandlung im Aeußern des Mannes beobachtet? Weder für die Mutter noch für ihre Kinder ist es gut, einen kleinen Körper zu haben. Dieses Ideal der kleinen Frau kam von der Tatsache, daß die kleine und schwache Frau viel leichter zu regieren war." —

Eine fünftausendjährige Zypresse.

Der bekannte Baumkundige des botanischen Gartens von Missouri in den Vereinigten Staaten, v. Schenk, hatte gelegentlich eines Aufenthalts in Mexiko Veranlassung genommen, eine Zypresse, die auf dem Kirchhof von Santa Maria del Tule steht, zu untersuchen. Nach einem eingehenden Studium des Baumes kommt v. Schenk zu der Ansicht, daß dieser Baum ein Alter von mindestens fünftausend Jahren hat.

Dieser Baum, der zuerst für die Wissenschaft durch Alexander v. Humboldt bekannt wurde, hat einen Stammumfang von 38 Metern, also einen Durchmesser von mehr als 12 Meter. Schon Humboldt schätzte nach Vergleichen mit anderen Zypressen das Alter des Baumes auf fünf- bis sechstausend Jahre. Schenk wollte zu einem ganz sicheren Resultate kommen und daher den Baum aushöhlen. Durch ein besonderes Verfahren wollte er dann die Jahresringe der Zypresse feststellen. Doch dieser etwas überflüssige Vandalismus wurde verhindert. Der Bevölkerung ist die Zypresse heilig und so mußte der Gelehrte von seinem Vorhaben abstehen. Bleibt somit das Alter des Baumes immerhin ein wenig zweifelhaft, so ist es doch nicht unwahrscheinlich, daß die Zypresse von Santa Maria del Tule der älteste Baum der Welt ist, der mithin sogar die biblische Sündflut glücklich überstanden hat.

Ueber eine neue Methode der künstlichen Atmung

berichtet Dr. G. E. Weinländer in der Umschau. Bei der bisher gebräuchlichen Silvesterschen Methode, die zur Wiederbelebung Ertrunkener oder Ersticter angewandt wird, waren eigentlich zwei Menschen notwendig, um die Atmung auf kürzere Zeit durchzuführen. Die Ausatmung kam durch einen starken, auf den Brustkorb geübten Druck zustande. Bei der neuen Methode liegt der Patient auf einem Tische, und zwar so, daß sein Kopf tief über die Tischkante herabfällt. Die behandelnde Person sitzt ihm zu Häupten und hält die nach hinten zurückgeschlagenen Arme des Patienten zunächst in äußerster Streckstellung etwas gespreizt von einander. Zur Vollführung der Einatmungsbewegung werden nun die Arme tief nach unten und innen gezogen, wodurch der Brustkorb soweit ausgedehnt wird, als dies überhaupt möglich ist. Bringt man nun die Arme in die Ausgangsstellung zurück, so sinkt der Brustkorb von selbst ein u. die Ausatmung kommt zustande. Diese Bewegungen müssen 30 bis 40 mal in der Minute gemacht werden; die können ohne große Ermüdung begaem von einer Person unter Umständen stundenlang durchgeführt werden.

Im Waldesfrieden.

Wie der vollen Wipfel Rauschen
Fremd und feierlich erklingt.
Kühlung weht aus ernstem Schweigen,
Tief im Wald ein Vogel singt

Fern die Welt. Verrauscht, zerstoben
Ist ihr unruhvolles Spiel.
Und ein schlichtes Kinderlachen
Scheint des Lebens höchstes Ziel.

Mußte Liebe mich verraten,
Eh ich diesen Frieden fand?
Trägt des Schmerzes dunkle Schwinge
Nur allein in dieses Land?

Nimm mich auf in deine Kreise,
Eh das Leben uns noch scheid,
O Natur, es rauscht der Seele
Tröstung auf in deinem Lied.

Otto Krille.

Humor und Satire.

Kostspieliger Beweis. Frau (schmeichelnd): „Das neue Kostüm ist ja allerdings ziemlich teuer geworden, Männchen, aber ich gedenke es auch recht lange zu tragen! Hier ist der Beweis: Ich habe mir gleich zwölf Paar dazu passende Handschuhe gekauft!"

(Flieg. Bl.)

Genossenschaftsbewegung.

Kauft Genossenschaftsfabrikate.

Weil die Käuferinnen zu wenig Interesse für Genossenschaftsangelegenheiten haben, muß leider festgestellt werden, daß eine ziemlich große Anzahl Konsumvereine ihren Bedarf nicht in ausreichendem Maße bei der Großeinkaufs-Gesellschaft deckt. Auch der Bezug der Vereine aus den eigenen Produktionsbetrieben der Großeinkaufs-Gesellschaft läßt in manchen Vereinen und in manchen Artikeln sehr zu wünschen übrig. So ist besonders mit Bedauern aus der Statistik festgestellt, daß viele Konsumvereine die Seifenfabrikate der Großeinkaufs-Gesellschaft nicht genügend berücksichtigen. Im Herbst wird die zweite Seifenfabrik der Großeinkaufs-Gesellschaft in Düsseldorf in Betrieb genommen. Es wird dadurch eine wesentliche Frachtersparnis für die Konsumvereine erzielt, an der alle Konsumvereine, auch die sächsischen, teilnehmen. Der Umsatz der Seifenfabrik betrug 1912 5 569 641 Mk., 1913 6 343 683 Mk. Der Umsatz ist so groß, daß in Gröba gegenwärtig die Produktionsmenge in Kernseifen nicht mehr gesteigert werden kann. An Personen wurden 1913 in der Seifenfabrik allein 246 beschäftigt. Die besonderen Vergünstigungen, die den beschäftigten Personen gewährt werden, belaufen sich im Durchschnitt pro Woche und Person auf 2 Mark. Außerdem sind Tarife mit den in Frage kommenden Gewerkschaften abgeschlossen. Die produzierte Menge der Seifen stieg:

bei Kernseifen	um 550 000 Kilogramm	= 13	Proz.
„ G. E. G. Seifenpulver	„ 200 000 „	= 21	„
„ diverse Seifenpulver .	„ 310 000 „	= 20	„
„ Bleichsoda	„ 274 000 „	= 25	„
„ Famos	„ 234 000 „	= 51	„
„ Toilette-Seifen	„ 60 000 Dutzend	= 16	„

Besonders erfreulich ist die enorme Steigerung des Umsatzes in dem Waschmittel Famos, das die Konsumvereine als Ersatz für Persil führen. Sehr gute Zeugnisse sind der Qualität durch verschiedene Untersuchungsämter; dem Waschmittel Famos ausgestellt worden. Es ist diese Absatzsteigerung um so erfreulicher, als in gerade hier bei den Konkurrenzfabrikaten eine ungeheure Reklame bezahlt werden muß. Man schätzt die Reklame, die die Firma Henkel u. Co. jährlich ausgibt, auf 3 bis 5 Millionen Mark.

Ueber den Seifeneinkauf schreibt jemand dem Genossenschaftlichen Volksblatt folgende Plauderei:

„Als ich kürzlich einer Frau klarzumachen suchte, daß sie die Seifenfabrikate der Großeinkaufs-Gesellschaft kaufen solle, erhielt ich die soeben wiedergegebene Antwort. „Ich kaufe meine Seife schon jahrelang beim Seifenhändler S. Dort bekomme ich das Stück Seife ebenso groß und noch größer als bei Ihnen. Wenn sie dort höheren Lohn und mittags billiges Essen bekommen, so müssen wir es doch mitbezahlen!" fügte die Frau hinzu! Welche Selbstsucht liegt doch in diesen Worten! Das eigene Ich geht über alles. Ich sagte: „Liebe Frau, nicht mehr. Sie sind doch Ihren drei Kindern recht herzlich gut und würden alles tun, um ihnen eine bessere Existenz zu schaffen. Nehmen wir an, Ihr Gustav würde Tischler. Nun wird irgendwo eine genossenschaftliche Möbelfabrik errichtet. Da Ihr Sohn nun gerade an dem fraglichen Ort arbeitet und ein tüchtiger Kerl ist, wird er Werkführer. Die Fabrik stellt wunderbar schöne Möbel her, aber die Konsumenten in Berlin, Hamburg, Dresden usw. sagen: „Was gehen uns denn die Tischler da draußen an! Wir kaufen unsere Möbel schon jahrelang beim Tischler N.; der macht sie ebenso schön!" Die Aufträge der Fabrik genügen nicht, es tritt Arbeitsmangel ein, und Ihr Sohn, welcher wöchentlich 10 Mk. mehr verdiente als früher, muß entlassen werden. Wer würde da wohl am meisten über die Verständnislosigkeit der Konsumenten schimpfen?" So wie jene Frau denken leider auch noch viele. Diesen Kurzsichtigen möchte ich zurufen: Ihr begeht ein Verbrechen an euren Kindern, wenn ihr nicht helft, die Eigenproduktion der Genossenschaften zu fördern. Jede Frau, welche Seifenpulver der Konkurrenz und nicht die Artikel mit der Schutzmarke GEG kauft, trägt dazu bei, daß auch ihre Kinder unter denselben Verhältnissen leben müssen wie sie selbst. Wenn eine Frau als Mutter ihre Pflicht erfüllen will, muß sie auch auf diesem Gebiet ihre Pflicht tun.

K. N.

Genossenschaftlicher Triumph und die Dummheit der Gegner.

Vor einigen Wochen ging der Verband schweizerischer Konsumvereine mit der Groß-Schlächtereifirma Bell A.-G. in Basel, die zirka 80 Filialen im Lande hat, eine Alliance ein, vermöge deren es dem Verband der Konsumvereine ermöglicht werden sollte, Mitgliedern billiges und gutes Fleisch zu liefern, um so den wucherischen Bauern und Viehzüchtern einen Streich zu spielen. Der Verband erwarb ein Drittel der Aktien dieser Firma, um den nötigen Einfluß ausüben zu können und erhielt auch die entsprechende Vertretung im Aufsichtsrat der Firma Bell. Torsch großes Geschrei bei den Gegnern! Bissig lauten die diese Alliance die Bell-Alliance und denunzierten die Beziehungen des Verbandes bei den Mitgliedern als Verräter, weil sie sich mit einem kapitalistischen Geschäft eingelassen, denunzierten zugleich die Firma Bell als sozialdemokratisch verseucht, weil sie sich „unter die Fittiche der sozialdemokratischen Konsumvereine begeben" habe.

Und die Folgen? Die Hetzer waren wieder einmal ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft: infolge der ungeheuerlichen Hetze gegen Bell wurden die Inhaber der Aktien dieser Firma stutzig, wurden schließlich, als man ihnen den Ruin der Firma voraussagte, wenn sie länger in der Alliance mit den Konsumvereinen bleibe, sogar ängstlich und — verkauften in ihrer Angst ihre Aktien! Und wer kaufte sie ihnen ab? Mittelspersonen des Verbandes der Konsumvereine! Und die Folge? Dem Verbande ist es auf diese sehr einfache Weise gelungen die größere Hälfte der Aktien in seine Hände und damit die Mehrheit und den entscheidenden Einfluß in der Generalversammlung der Firma Bell zu erhalten. Und damit die totale Dummheit der Gegner völlig offenbar werde, das geheime Zirkular, in welchem der Verband diese erfreuliche Nachricht an seine Mitglieder meldete, wurde in den Organen der Gegner des Verbandes veröffentlicht und nun ein großes Geschrei darüber erhoben, daß die angesehene Schweizer Firma Bell gänzlich im Verband der Konsumvereine aufzugehen im Begriff steht. Ihr Zorn ist erklärlich: Mit der Erwerbung der Aktien ist eine der größten Aktiengesellschaften auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung der Schweiz in die Hände der Konsumvereine gegeben und damit die Möglichkeit geschaffen worden, trotz aller Wucherversuche der bäuerlichen Viehzüchter zirka 270 000 schweizerischen Genossenschaftern billiges und gutes Fleisch zu liefern und indirekt die Fleischer im Lande zu zwingen, mit ihren hohen Fleischpreisen ebenfalls herabzugehen. Im Lager der Konsumvereine herrscht über die Folgen der Dummheit der Gegner ungeheure Freude. Es ist aber keine Ansicht vorhanden, daß die Feinde der Konsumvereine daraus lernen werden.

Genossenschaften und Parteibewegung in England.

In einer Sitzung des gegenwärtig in Belfast (Irland) tagenden britischen Genossenschafts-Kongresses kamen die bereits mehrfach verhandelten Vorschläge zur Anbahnung engerer Beziehungen zwischen den Genossenschaften, Gewerkschaften und der Arbeiterpartei wieder zur Sprache. Der Vorstand unterbreitete dem Kongreß einen Vorschlag, wonach ein Vereinigter Genossenschafts- und Arbeiterrat, in dem die Cooperative Union, die Großeinkaufs-Genossenschaft, der Gewerkschaftskongreß und die Arbeiterpartei vertreten waren, gegründet werden sollte. Als Zwecke dieses Vereinigten Rates, wurden in der Vorstands-Resolution angegeben:

„Die Förderung eines besseren Einverständnisses und einer engeren Arbeitsgemeinschaft; die Durchführung eines gemeinsamen Programms für erzieherische und praktische Zwecke; die Einflußnahme auf die Angestellten und Mitglieder der Genossenschaftsbewegung damit sie ihren respektiven Gewerkschaften beitreten; die wechselseitige und zufriedenstellende Beilegung von Differenzen über Arbeitsbedingungen, ehe eine Arbeitseinstellung (in einem genossenschaftlichen Betriebe) erfolgt; die Untersuchung, inwiefern die überschüssigen Kapitalien der respektiven Bewegungen zur Förderung von genossenschaftlichen Unternehmungen verwendet werden können; die Gewerkschaften zu veranlassen, ihre Bank- und Versicherungsgeschäfte in Verbindung mit der Genossenschaftsbewegung zu betreiben; und als Vermittlungsglied zwischen der Genossenschaftsbewegung und der Arbeiterpartei zu dienen, wenn die erstere ihre Wünsche in bezug auf Gesetzesvorschläge fördern will."

Die Vorstands-Resolution war, wie man sieht, recht vorsichtig abgefaßt und legte den größten Nachdruck auf die Vorteile, die den Genossenschaften aus der Arbeitsgemeinschaft erwüchsen. Sie stieß dennoch bei vielen Delegierten auf Widerspruch. Diese wollten die Arbeiterpartei von der Arbeitsgemeinschaft ausgeschlossen wissen und setzten sich energisch für die politische Neutralität der Genossenschaftsbewegung ein. Zum Schluß wurde die ganze Diskussion auf den nächsten Kongreß vertagt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191406 10-10/fragment/page=0010